

11. Sitzung

Dienstag, dem 12. Mai 2020

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Schutzstreifen für
Radfahrer in der Gastfeldstraße**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhler,
Schäck, Frau Wischhusen und Fraktion
der FDP
vom 13. März 2020 565

**Anfrage 2: Wie viele Wohnungen
sollen bis 2023 zusätzlich entstehen?**

Anfrage der Abgeordneten Frau
Neumeyer, Strohmänn, Röwekamp
und Fraktion der CDU
vom 30. März 2020 566

**Anfrage 4: Torfbestandteile in
Blumenerde**

Anfrage der Abgeordneten Gottschalk,
Güngör und Fraktion der SPD
vom 28. April 2020 569

**Anfrage 3: Verschärfung der Lage für
Prostituierte**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr.
Müller, Fecker und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
vom 7. April 2020 570

**Anfrage 5: Wie wird die prioritäre
Sanierung der Fahrrad- und Fußwege
in Bremen im Haushalt 2020/2021
sichergestellt?**

Anfrage der Abgeordneten Frau
Schiemann, Güngör und Fraktion der
SPD
vom 28. April 2020 572

**Anfrage 6: Äußeres Erscheinungsbild
des Bremer Fernmeldeturms – ein
Ärgernis?**

Anfrage der Abgeordneten Wagner,
Güngör und Fraktion der SPD
vom 28. April 2020575

**Anfrage 7: Finanzielle Belastung
durch Anliegerbeiträge – informiert
Bremen die Eigentümerinnen und
Eigentümer?**

Anfrage der Abgeordneten Frau
Neumeyer, Röwekamp und Fraktion
der CDU
vom 5. Mai 2020576

*Die schriftlich beantworteten Anfragen
der Fragestunde finden Sie im Anhang.*

**Bürgerantrag
vom 13. Februar 2020
(Drucksache 20/125 S)**

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die
Grünen)579

Abgeordnete Schiemann (SPD)581

Abgeordneter Strohmänn (CDU)582

Abgeordneter Schäck (FDP)583

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE)585

Bürgermeisterin Dr. Schaefer585

Abstimmung587

**Bremer Hans-Koschnick-Flughafen
erhalten**

**Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache 20/126 S)**

Abgeordneter Magnitz (M.R.F.).....	587	Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	608
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	588	Abgeordneter Schumann (DIE LINKE)	610
Abstimmung	589	Abgeordneter Schäck (FDP)	611
Möglichkeiten für neue Standorte für Windkraftanlagen an der A27 prüfen! Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Februar 2020 (Drucksache 20/127 S)		Abgeordneter Strohmann (CDU).....	612
Abgeordneter Michalik (CDU).....	589	Bürgermeisterin Dr. Schaefer	614
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	590	Abgeordneter Strohmann (CDU).....	616
Abgeordneter Bruck (Bündnis 90/Die Grünen)	591	Abstimmung	616
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	592	Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 7 vom 8. Mai 2020 (Drucksache 20/164 S).....	616
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	593	Änderung des Namens der städtischen Deputation für Klima, Umweltschutz, Landwirtschaft und Tierschutz Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 12. Mai 2020 (Drucksache 20/165 S).....	617
Abgeordneter Michalik (CDU).....	594	Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG) Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2020 (Drucksache 20/166 S).....	617
Abgeordneter Gottschalk (SPD).....	595	Anhang zum Plenarprotokoll	
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE)	596	Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 12. Mai 2020	618
Bürgermeisterin Dr. Schaefer.....	596	Anfrage 8: Möglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigungen in betreuten Wohnformen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Zeiten der Corona-Pandemie	
Abstimmung	598	Anfrage der Abgeordneten Pörschke, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Mai 2020.....	618
Entlastungskräfteprogramm für Bremer Kitas neu auflegen! Antrag der Fraktion der FDP vom 10. März 2020 (Drucksache 20/140 S)		Konsensliste.....	620
Abgeordnete Bergmann (FDP).....	598		
Abgeordnete Krümpfer (SPD)	599		
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)	600		
Abgeordnete Ahrens (CDU).....	601		
Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen)	602		
Abgeordnete Bergmann (FDP).....	603		
Senatorin Dr. Bogedan.....	604		
Abstimmung	605		
Informationsdefizit beenden – Planungsprozess für das Sparkassenareal „Am Brill“ transparent gestalten! Antrag der Fraktion der CDU vom 21. April 2020 Drucksache 20/158 S)			
Abgeordneter Strohmann (CDU)	605		
Abgeordneter Wagner (SPD).....	607		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Dr. Eschen, Saffe, Tebje, Frau Tuchel, Frau Wischhusen.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die elfte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

(Beifall)

Ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen und darum bitten, doch die Abstandsregeln einzuhalten. Wir haben sichergestellt, dass die Plätze weit genug auseinander sind, und falls Sie in Gesprächen sind, dann möchte ich Sie bitten, auch auf die Abstandsregeln zu achten. – Danke schön!

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass eine Behandlung des Tagesordnungspunktes 13 in dieser Sitzung sichergestellt werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 17, 18 und 19.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12, 14, 15 und 16.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen acht frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Schutzstreifen für Radfahrer in der Gastfeldstraße

Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Schäck, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP vom 13. März 2020

Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche Erfahrungen hat Bremen bezüglich der Markierungen der Straßen mit Schutzstreifen für Radfahrer und bezüglich der Markierung mit dem Sinnbild „Radverkehr“ gemacht, die in der StVO und in den VwV-StVO geregelt werden?

2. Wie langlebig beziehungsweise nachhaltig sind die Markierungen bei Schutzstreifen allgemein und insbesondere vor dem Hintergrund der in der Gastfeldstraße zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Meyerstraße zu einem Großteil abgefahrene Markierungen?

3. Wann werden die Markierungen in der Gastfeldstraße erneuert, und mit welchen Kosten ist bei der Erneuerung zu rechnen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Fahrradschutzstreifen werden durch das Verkehrszeichen „Leitlinie“, also eine schmale, gestrichelte Linie, ausgewiesen. Auf einem Schutzstreifen für Radfahrer ist das Parken und durch die am 28. April in Kraft getretene Novelle der StVO das Halten untersagt. Schutzstreifen für das Fahrrad sind, anders als Radwege oder Radfahrstreifen, nicht baulich oder durch eine durchlaufende Markierung von der Kfz-Fahrbahn getrennt. Da es sich nicht um einen amtlich ausgewiesenen Radweg handelt, besteht keine Benutzungspflicht für Radfahrer. Allerdings gilt das Rechtsfahrgebot, was die Nutzung in der Regel einschließt.

Fahrradschutzstreifen kommen in Bremen dort zum Einsatz, wo für separate Radverkehrsanlagen kein Platz vorhanden ist. Beispiele dafür sind neben der Gastfeldstraße unter anderem die Graf-Moltke-Straße, die Huchtinger Heerstraße oder die Münchener Straße. Sie führen und integrieren den Radverkehr in der Fahrbahn und leiten den Kfz-Verkehr beim Vorbeifahren beziehungsweise Überholen von Radfahrenden.

Beim Überholen von Radfahrenden ist dabei ein Abstand von mindestens 1,50 Metern einzuhalten. Kann dieser Abstand nicht eingehalten werden, darf nicht überholt werden. Dies wird in der Novellierung der StVO gegenüber der aktuellen Fassung herausgestellt. Die Erfahrungen sind aufgrund der leitenden und lenkenden Wirkung bei direkter

Sichtbeziehung der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer untereinander grundsätzlich positiv.

Zu Frage 2: Schutzstreifen sind, wie alle anderen Markierungen auch, in Abhängigkeit der Überrollungen unterschiedlich langlebig. Aus diesem Grund werden sie regelmäßig im Rahmen der Straßenbegehung auf ihren Zustand und die Verkehrssicherheit begutachtet.

Zu Frage 3: Die Fahrbahnmarkierungen der Gastfeldstraße sind bereits als mittelfristig zu überarbeiten in der Liste des Jahresprogramms Instandsetzung von Fahrbahnmarkierungen 2020/2021 des Amtes für Straßen und Verkehr aufgenommen. In Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist von einer Erneuerung bis 2021 auszugehen. Die Kosten für die Neumarkierung der Gastfeldstraße betragen circa 15 000 Euro. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Frau Senatorin, Sie sagten, bis 2021. Heißt das, bis 2021 inklusive, oder bis Ende dieses Jahres?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich kann jetzt nicht ganz genau die Aussage machen, ob es noch in diesem Jahr gelingt oder im nächsten Jahr, ich habe ja 2020/2021 genannt. Ich habe aber ja auch gesagt, es hängt von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ab. Also, ich hoffe, dass wir den Haushalt auch zügig beschließen können, dann geht das in das übliche Verfahren. Insofern würde ich mich ungern heute und hier für das Jahr 2020 bekennen, aber je früher, desto besser, das ist doch klar!

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Das war ja eine Verständnisfrage!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Wie viele Wohnungen sollen bis 2023 zusätzlich entstehen?

Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. März 2020

Frau Kollegin Neumeyer, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Teilt der Senat das Ziel aus der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, 10 000 zusätzliche Wohneinheiten bis zum Ende der 20. Legislaturperiode zu realisieren?

Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang den Rückgang der erteilten Baugenehmigungen von 2 270 im Jahr 2018 auf 1 632 im Jahr 2019?

Welche Maßnahmen wird der Senat vor dem Hintergrund der sinkenden Anzahl von Baugenehmigungen ergreifen, um das Ziel von 10 000 zusätzlich fertiggestellten Wohneinheiten zu erreichen?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat teilt das Ziel der Koalition, bis zum Ende der Legislaturperiode die Voraussetzungen für den Bau von zusätzlich 10 000 Wohneinheiten zu schaffen. Dafür hält es der Senat für erforderlich, dass in Bremen auf hohem quantitativen und qualitativen Niveau zusätzlicher Wohnraum in allen Segmenten bereitgestellt wird.

Zu Frage 2: In der Statistik des Senats werden die beantragten, die genehmigten und die fertiggestellten Wohneinheiten erfasst. Genehmigt wurden im Jahr 2019 mit 1 632 Wohneinheiten zwar deutlich weniger als in den vorangegangenen Jahren. Dieser Rückgang hatte sich aber schon im Jahr vorher abgezeichnet, weil 2018 die Zahl der beantragten Wohneinheiten auf 1 766 zurückgegangen war. Bereits zwei bis drei größere Vorhaben, die nicht innerhalb des Erfassungszeitraumes berücksichtigt werden, können zu diesen Schwankungen führen.

Derzeit sind eine Reihe von großen Vorhaben in Planungs- und Genehmigungsverfahren und im Rahmen der Wohnraumförderung vorangemeldet. In Bremen wurden 2019 1 723 Wohneinheiten fertiggestellt. Dieser Wert ist nach 2018 der zweithöchste seit 2012. Vor diesem Hintergrund geht der Senat davon aus, dass weiterhin auf einem hohen Niveau neuer Wohnraum in Bremen entstehen wird. Der zwischenzeitliche Rückgang kann nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht auf einzelne dominante Ursachen zurückgeführt werden, sondern es wird davon ausgegangen, dass hier eine Reihe

von Faktoren des Marktgeschehens zusammengespielt haben.

Im Rahmen der Entwicklung eines weiteren Wohnraumförderprogramms sind Gespräche mit der Wohnungswirtschaft terminiert, bei denen es auch um die Klärung der möglichen Ursachen für die Entwicklung in 2019 und Möglichkeiten zur Erhöhung der Zahl der genehmigten Wohneinheiten gehen wird.

Zu Frage 3: Der Senat berät fortlaufend mit den Akteuren im Bremer Bündnis für Wohnen, wie die Anzahl der Baufertigstellungen durch die Aktivitäten der öffentlichen Hand, der Wohnungswirtschaft und der privaten Akteure weiter gesteigert werden kann. Aktuell erarbeitet die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ein weiteres Landesprogramm zur Wohnraumförderung sowie ein ausgeweitetes Eigenheimprogramm und einen Vorschlag für eine Genossenschaftsförderung. Parallel werden im Stadtentwicklungsplan Wohnen die mittelfristigen Strategien erarbeitet und im vierten Quartal 2020 der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt. Ein Schwerpunkt liegt auf bezahlbarem Wohnraum in lebenswerten Quartieren. Mit Beschluss vom 3. März 2020 hat der Senat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie die in der Ressort-AG Wohnen vertretenen Ressorts darüber hinaus gebeten, Impulsflächen zu identifizieren und zu entwickeln, um die Voraussetzungen für den Bau von zusätzlich 10 000 Wohneinheiten zu schaffen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Neumeyer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Können Sie mir den Begriff „die Voraussetzungen schaffen“ etwas genauer definieren?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ja, das kann ich sehr gern. Eine Voraussetzung zu schaffen ist ja etwas anderes als zu sagen, wir werden auch alles am Ende fertiggestellt haben. Die Voraussetzungen zu schaffen heißt ja, wir identifizieren Flächen, wir bearbeiten Bebauungspläne, wir genehmigen, aber wir bauen als Stadt in der Regel ja nicht selbst. Deswegen heißt Voraussetzungen zu schaffen für 10 000 Wohneinheiten: Alles, was in unserer Macht steht, werden wir dafür tun, aber am Ende müssen dann auch die Investoren bauen, und das ist

manchmal auch die Diskrepanz in den Statistiken, wie viele Wohneinheiten sind genehmigt, und wie viele sind am Ende dann aber auch fertiggestellt? Da gibt es oft einen zeitlichen Gap.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Neumeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Ist Ihr Bürgermeister, Herr Bovenschulte, da einer anderen Auffassung, oder wie erklären Sie sich, dass er in einer Pressemitteilung am 14. November davon sprach, dass in der vierjährigen Legislaturperiode neue Wohnungen zusätzlich errichtet werden sollen? Das verstehe ich etwas anders.

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen, geht damit einher, dass wir dann auch neue Wohneinheiten realisiert haben wollen. Wir wollen ja nicht nur die Genehmigungen aussprechen, sondern ich glaube, wir teilen doch alle, Sie, der Bürgermeister und ich, das Ziel. Es macht am Ende doch nur Sinn, wenn der Wohnraum auch fertiggestellt wird, damit Leute dort einziehen können. Deswegen sehe ich jetzt nicht wirklich die Differenz zwischen „Wir wollen Wohnraum schaffen!“ und „Wir wollen die Voraussetzungen schaffen!“. Dass am Ende Wohnungen fertiggestellt werden, das Ziel teilen wir, Sie und ich, doch auch.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Neumeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Selbstverständlich möchte ich möglichst viel Wohnraum schaffen, aber wie schätzen Sie denn die Chance ein, dass Sie diese 10 000 Wohneinheiten in dieser Legislaturperiode schaffen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sie sind ja auch Deputierte und wissen, wie viele B-Pläne es gibt. Wir haben ja auch heute am Ende der Tagesordnung noch einige, die wir gerade für größere Flächen auf den Weg bringen, also die Voraussetzungen schaffen. Sie wissen, dass wir nicht nur über das Hulsbergquartier reden, sondern auch für das Tabakquartier in der Deputation die Voraussetzungen schaffen. Für Haven Hööv't haben wir das gerade gemacht und für viele andere Flächen eben auch. Insofern bin ich optimistisch, dass wir die Voraussetzungen auch schaffen, weil wir die Flächen ja

schon identifiziert haben. Wie ich aber vorgetragen habe, müssen wir in einem weiteren Prozess immer wieder updaten und auch weitere Flächen identifizieren, um diese Voraussetzungen zu schaffen, aber wir brauchen dafür auch die Investoren, das ist ganz klar.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Neumeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Wir diskutieren morgen ja noch einmal, es reicht mir für heute!)

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Wagner! – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Frau Bürgermeisterin, Sie haben bereits auf die Diskrepanz zwischen Genehmigungen und Fertigstellungen hingewiesen. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang den Umstand, dass für 3 200 Wohnungen im Lande Bremen schon fertige Baugenehmigungen vorliegen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich finde das sehr positiv, vielen Dank für die Frage! Das zeigt, dass wir in den Genehmigungsverfahren oftmals deutlich weiter sind als, als es in den Realisierungsphasen der Fall ist. Trotzdem müssen wir schauen, dass wir beides noch enger zusammenbringen. Man sieht aber, dass wir auf einem sehr guten Weg sind.

Präsident Imhoff: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Schumann! – Bitte sehr!

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, wie ist denn im Bereich der Bauerstellung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus der Stand der Dinge, gerade bei unseren Gesellschaften? Haben Sie dazu einen Stand?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben gerade im Bereich der GEWOBA und der BREBAU sehr viele Neubauvorhaben, das Gelände der Scharnhorstkaserne ist zum Beispiel ein größeres Gelände, wo es gerade jetzt einen guten Schritt weiter gegangen ist. Insofern finde ich, dass gerade unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften eine wichtige Rolle spielen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage wird zunächst zurückgestellt, weil die zuständige Senatorin zurzeit noch nicht anwesend ist.

**Anfrage 4: Torfbestandteile in Blumenerde
Anfrage der Abgeordneten Gottschalk, Güngör
und Fraktion der SPD
vom 28. April 2020**

Bitte, Herr Kollege Gottschalk!

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass stadtbremische Betriebe wie die Recyclingstationen Blumenerde verkaufen, die Torf aus Hochmooren enthält?

2. Wie bewertet der Senat den Verkauf und die Verwendung von torfhaltiger Blumenerde unter Berücksichtigung umweltpolitischer Gesichtspunkte, unter anderem des Arten- und Klimaschutzes und des Schutzes von jahrtausendealten Mooren?

3. Inwieweit beabsichtigen der Senat und städtische Betriebe, auf den Verkauf und den Einsatz torfhaltiger Blumenerde zu verzichten und diese durch umweltfreundliche Alternativen, beispielsweise aus Kompost, Holzfasern, Tonmineralien oder Lavagranulaten, zu ersetzen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Dem Senat ist bekannt, dass „Die Bremer Stadtreinigung“ derzeit noch Restbestände einer torfhaltigen Blumenerde verkauft. Die Umstellung auf torffreie Produkte ist nach Angabe der DBS bereits in der Umsetzung.

Zu Frage 2: Torfabbau ist weiterhin eine großflächige Bedrohung für die europäischen Moore. Dabei sind sie wichtiger Lebensraum spezialisierter Tiere und Pflanzen. Moore beheimaten bedrohte Tier- und Pflanzenarten wie Goldregenpfeifer, Hochmoorbläuling oder Sonnentau, und sie binden zudem große Mengen klimaschädliches Kohlendioxid. Aus vielfältigen Gründen des Umweltschutzes sollte deshalb auf den Einsatz von Torf in Blumen- und Pflanzerden verzichtet werden.

Zu Frage 3: Torffreie Blumenerde war nach Auskunft der DBS in der Vergangenheit deutlich schwerer zu vermarkten, was mangelnde Akzeptanz bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern vermuten lässt. Aktuell hat sich der Absatz stabilisiert, und torffreie Erden mit den Zuschlagsstoffen Holzfasern, Tonmineralien und Kokosfasern werden deutlich besser akzeptiert. Ab 2021 werden auf den Recyclingstationen aus Gründen des Umweltschutzes nur noch torffreie Erden zu kaufen sein. Der Senat tritt dafür ein, dass der Verkauf und die Verwendung torfhaltiger Blumenerde durch stadtbremische Betriebe kontinuierlich minimiert und mittelfristig eingestellt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Sie haben gesagt, dass die Restbestände noch abverkauft werden und dann ab 2021 kein Verkauf mehr stattfindet. Ich nehme einmal an, das gilt dann ab dem 1. Januar 2021. Meine Frage lautet: Sind die Restbestände so groß, dass man sie in diesem Jahr alle noch abverkaufen muss, oder werden jetzt immer noch kontinuierlich Bestände nachgekauft, um den Verkauf zu bedienen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie groß die Restbestände sind. Je früher sie verkauft sind, desto früher gibt es auch keine Nachlieferungen. Sie sind ja Mitglied im Verwaltungsrat. Vielleicht sollten Sie dort die Frage noch einmal platzieren, dann ist sie nämlich auch am richtigen Ort gelagert, nämlich bei der DBS. Klar ist aber doch – da sind wir einer Meinung –, in Wahrheit sind auch alle Kundinnen und Kunden gefragt, wirklich darauf zu achten, dass man torffreie Blumenerde kaufen sollte, die Gründe dafür habe ich ja genannt. Ich glaube aber, dass es erst einmal auch eine Sensibilisierung für dieses Thema brauchte. Deswegen bin ich auch dankbar für die Frage, denn vielleicht nehmen das doch noch einmal einige zum Anlass, beim Einkauf von Blumenerde darüber nachzudenken, was man dann auch wirklich kauft.

Ich nehme das aber auch noch einmal zum Anlass – denn die DBS oder die Recyclinghöfe sind ja nicht die einzigen Verkaufsstellen, in einer Hintergrundinformation habe ich gelesen, dass es auch Stellen gibt, ich glaube, beim Martinshof, wo Blumenerde verkauft wird –, dass wir noch einmal aktiv an alle

Stellen herantreten und darauf hinweisen, dass wir nicht wollen, dass dort torfhaltige Blumenerde verkauft wird, das auch noch einmal als ein deutlicher Appell.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Sie haben natürlich recht, dass ich im Verwaltungsrat sitze, aber natürlich nicht überall. Deshalb noch einmal zu dem, was Sie jetzt angesprochen haben: Haben Sie denn einen Überblick, in welchen bremsischen Betrieben möglicherweise torfhaltige Erde verkauft wird?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Einen kompletten Überblick haben wir nicht. Die einzige Information, die uns noch vorlag, ist die über eine Verkaufsstelle des Martinshofs, dort können wir das sicher noch einmal auf kurzem Wege feststellen. Ansonsten liegen uns bisher keine weiteren Informationen vor.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Nein, dann gehe ich davon aus, dass das noch nachgeliefert wird, und dann hat die Sache ihren Sinn erfüllt! – Danke!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer. – Bitte sehr!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Frau Bürgermeisterin, Ihre Antwort von eben mit dem Verkauf der Restbestände hat mich dann doch genötigt, jetzt diese Zusatzfragen zu stellen. Derzeit wird ja nichts verkauft, und eine Ihnen auch bekannte Petentin, die sich um Recyclingstationen kümmert, hatte sich in der letzten Woche bei mir gemeldet und gefragt, wann denn der Verkauf dieser Kompostartikel bei den Recyclingstationen überhaupt wieder genehmigt wird, er ist ja derzeit ausgesetzt.

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Genau! Wir sind gerade im Gespräch mit der DBS, weil wir auch wollen, dass die bisher noch geschlossenen Recyclinghöfe – aufgrund der Coronapandemie sind ja nicht alle Recyclinghöfe offen geblieben – jetzt auch wieder geöffnet werden. Es gab bei der DBS wie bei vielen anderen Unternehmen und Betrieben einen

Pandemieplan, einen Stufenplan, der vorsah, dass wegen der auch dort reduzierten Mitarbeiterschaft ganz oben auf der Agenda stand, dass der Müll abgeholt wird und die Recyclinghöfe in dieser Kaskade weiter unten standen. Jetzt wollen wir, dass die Recyclinghöfe wieder hochgefahren werden, und dann wird auch der Verkauf entsprechend wieder stattfinden können.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Rohmeyer (CDU): Sie sagten, sie möchten das und sind im Gespräch. Möchte das die Bremer Stadtreinigung denn auch?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: In dem Fall ja! Wir können die DBS dort nicht anweisen, aber wir können ja Gespräche mit der DBS führen, und es haben sehr intensive Gespräche stattgefunden. Herr Staatsrat Meyer ist da in einem engen Austausch, und insofern kann ich Ihnen das Signal geben, dass die DBS auch die Recyclinghöfe wieder öffnen möchte.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Verschärfung der Lage für Prostituierte

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Müller, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. April 2020

Frau Dr. Müller, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welche Hilfe und Unterstützung erhalten Prostituierte, die durch die angeordneten Corona-Schutzmaßnahmen faktisch einem Berufsverbot unterliegen?

2. Ist Prostituierten trotz der Schließung von Prostitutionsstätten das Übernachten in geschlossenen Prostitutionsstätten erlaubt, und wenn nicht, welche Unterstützungsmaßnahmen bietet der Senat für von Wohnungslosigkeit betroffene oder bedrohte Prostituierte an?

3. Wurden für die Zeit der Corona-Schutzmaßnahmen die verpflichtenden Meldungen bei Gesundheitsämtern ausgesetzt?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Bernhard.

Senatorin Bernhard: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Selbstständig arbeitende Prostituierte können wie die Betreiberinnen/Betreiber von Prostitutionsstätten die Hilfsmaßnahmen aus dem Coronaprogramm für Unternehmerinnen/Unternehmern und Gewerbetreibende in Anspruch nehmen. Prostituierte, die selbstständig sind, können grundsätzlich ergänzende Hilfeleistungen nach dem SGB II erhalten. Voraussetzung dafür ist, dass sich ihre finanzielle Situation drastisch verschlechtert hat, weil durch die Coronakrise ein Großteil ihrer Aufträge ausblieben. Der Antrag auf Grundsicherung sieht hier eine vereinfachte Anlage für Einkommen aus Selbstständigkeit vor. Wenn eine Gewerbebeanmeldung vorliegt, ist eine Hilfe auch für selbstständige EU-Bürger*innen möglich, die ein anerkanntes Prostitutionsgewerbe ausüben.

Zu Frage 2: Nach dem Prostituiertenschutzgesetz ist eine Trennung von Arbeits- und Wohnraum vorgeschrieben. Das heißt, die Prostituierten dürfen nicht in den Räumen in der Prostitutionsstätte wohnen, in denen sie auch ihre sexuellen Dienstleistungen anbieten. Die Prostituierten müssen über eine Wohn- beziehungsweise Schlafmöglichkeit außerhalb der Prostitutionsstätte oder in einem separaten Raum in der Prostitutionsstätte verfügen. Auch während der Schließung der Prostitutionsstätten durch die Coronaverordnung ist eine Nutzung der dort bisher zu Wohn- und Schlafzwecken genutzten Räume erlaubt.

Sofern die Wohn- und Schlafplätze außerhalb der Prostitutionsstätten nicht mehr zur Verfügung stehen, ist eine Nutzung der Räume der Prostitutionsstätten zu Wohnzwecken grundsätzlich möglich, muss aber der Gewerbebehörde angezeigt werden. Bisher ist dies in drei Fällen – Stand 24. April 2020 – geschehen. Die Nutzung wurde durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa erlaubt. Für eine weitere Prostitutionsstätte wurde eine entsprechende Anzeige angekündigt.

Zu Frage 3: Die publikumsorientierte Sachbearbeitung einschließlich der Anmeldeverfahren nach dem Prostitutionschutzgesetz wurde wegen der

Coronapandemie ausgesetzt. Da die Ausübung der Prostitution nach der Coronaverordnung nicht erlaubt ist, besteht auch kein Bedarf für die Durchführung der Anmeldeverfahren. Es gibt aber durchaus einen Bedarf für die Durchführung der gesundheitlichen Beratungen.

Nach Angaben des Gesundheitsamtes finden nach wie vor Beratungen statt, derzeit vorrangig zu der aktuellen Lage und den dazu bestehenden Fragen. Die Beratungen finden überwiegend in telefonischer Form, per Mail oder im Einzelfall auch über eine Videogegensprechanlage statt. In dringenden Fällen konnten Vorsprachen im Übrigen trotz der generellen Schließung für das Publikum durchgeführt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Frau Dr. Müller, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Senatorin, für die Klarstellung, für wen die Soforthilfemaßnahmen auch gelten, und auch für die Informationen zu den Übernachtungsmöglichkeiten! Ich habe noch eine Frage zusätzlich: Es wird immer wieder besorgt gemeldet, dass es offensichtlich einen Anstieg der Straßenprostitution als Folge der Coronamaßnahmen gibt. Teilt der Senat diesen Eindruck, oder hat der Senat Informationen darüber?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Bernhard: Wir haben keine gesicherten Informationen darüber. Ich finde die Vermutung nachvollziehbar, ich fürchte das auch, aber bisher ist bei den Beratungsstellen in der Hinsicht nichts aufgetaucht, was das letztendlich belegen würde. Es ist gerade in solchen Zusammenhängen immer so, dass leider Dunkelziffern und Illegalität um sich greifen, der wir momentan aber nicht habhaft werden können.

Präsident Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Tegeler! – Bitte sehr!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, dass Beratungsstellen gerade auch aufgrund der verschärften Lage andere Bedarfe bei der Unterstützung der Beratungsarbeit haben, und inwieweit wird beispielsweise der Verein Nitribitt anders logistisch und finanziell unterstützt als sowieso schon?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Bernhard: Nitribitt hat sich bislang nicht im Sinne zusätzlicher Bedarfe bei uns zurückgemeldet. Ich bin der Meinung, wenn das tatsächlich der Fall wäre, müssten wir entsprechend nachsteuern, denn ich finde, das Beratungsangebot ist das A und O in solchen Zeiten. Wie ich vorhin schon gesagt habe, gerade wenn es Anzeigen in Bezug auf Illegalität und Härtefälle gibt, muss man, finde ich, entsprechend eingreifen können. Wir sind da auch in engem Kontakt, und bislang ist das nicht zurückgemeldet worden.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Sie haben ja erwähnt, dass Sexarbeiter*innen, die derzeit nicht tätig werden können, im Zweifelsfall auch Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben. Gibt es Überlegungen oder Bestrebungen – auch in Richtung Bund –, denen gerecht zu werden, die üblicherweise vom Sozialleistungsbezug ausgeschlossen werden, also Sexarbeiter*innen mit EU-ausländischem Pass beispielsweise?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Bernhard: Ich werde jetzt bezüglich des Prostitutionsschutzgesetzes aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, das ist damals in einer harten Auseinandersetzung quasi eine Kompromisslösung geworden, die, wie ich glaube, nicht für alle Seiten so befriedigend ausgegangen ist, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Ich bin der Meinung, dass wir tatsächlich darüber nachdenken müssen, inwieweit wir da noch unterstützend tätig werden können. Derzeit gibt es keine Bestrebungen auf Bundesebene, aber die Anregung werde ich auf jeden Fall verfolgen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 5: Wie wird die prioritäre Sanierung der Fahrrad- und Fußwege in Bremen im Haushalt 2020/2021 sichergestellt?

Anfrage der Abgeordneten Frau Schiemann, Güngör und Fraktion der SPD vom 28. April 2020

Abgeordnete Schiemann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Für welche konkreten Einzelmaßnahmen sollen die im Haushaltsentwurf 2020/2021 im Vergleich

zum letzten Doppelhaushalt vervierfachen Finanzmittel zur Förderung des Fahrrad- und Fußverkehrs verwendet werden?

2. Welche dieser Maßnahmen dienen dem Ziel, das Radwegenetz – insbesondere auch in den innenstadtfernen Gebieten – zu sanieren und zudem die Anbindung dieser Gebiete und der Gewerbegebiete an das Radwegenetz zu verbessern?

3. Soweit Planungen zu den Fragen eins und zwei noch nicht abgeschlossen sind: Wann werden die Planungen verwaltungsseitig abgeschlossen, und welchen Gremien werden sie zur Beschlussfassung vorgelegt?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für 2020/2021 sind folgende Programme vorgesehen: Zielplanung Fahrrad mit zwei Millionen Euro im Jahr 2020 und 2,65 Millionen Euro im Jahr 2021, Erneuerung und Ausbau von Radwegen mit je 1,2 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021 sowie erstmalig Mittel für die Stärkung des Radverkehrs mit 4,27 Millionen Euro im Jahr 2020 und 1,179 Millionen Euro im Jahr 2021.

Im Entwurf des Wirtschaftsplans des Sondervermögens Infra für die Jahre 2020 und 2021 sind spezifisch benannte Einzelmaßnahmen mit jeweils eigenen Haushaltspositionen für die Projekte Radpremiumrouten, Projekt Wallring, Steffensweg und Fahrradquartier Ellener Hof vorhanden.

Die Mittel für das Programm „Erneuerung und Ausbau von Radwegen“ wurden in der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung im März 2020 maßnahmenbezogen beschlossen. Die Maßnahmenplanung für das kommende Jahr wird im Winter 2020/2021 vorgenommen und anschließend der zuständigen Deputation vorgelegt.

Die Aufstockungsmittel für den Radverkehr, die bisher noch nicht mit konkreten Maßnahmen hinterlegt sind, sollen in Abstimmung mit den von der Deputation zu beratenden Konzepten für Maßnahmen zu Ergänzungen der Zielplanung Fahrrad und zur Sanierung von Radwegen sowie für Maßnahmen aus der zurzeit erstellten Konzeption Fußverkehr eingesetzt werden. Zum Fußverkehr wird ein

Bericht der Verwaltung für die Mai-Sitzung der Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vorgelegt.

Des Weiteren ist geplant, die Planung und den Bau von Bike-and-ride-Anlagen an den DB-Bahnhöfen Mahndorf und Neustadt aus dem Programm „Stärkung des Radverkehrs“ zu realisieren. Aufgrund der diesjährigen haushaltslosen Zeit sind aktuell keine Vergaben von Planungsleistungen oder der Start neuer Projekte möglich. Daher wird angestrebt, mit einem Teil dieser Haushaltsmittel im Herbst dieses Jahres Geh- und Radwege sowohl fahrbahnbegleitend als auch in Grünanlagen zu sanieren.

Zu Frage 2: Mit den unter Punkt eins benannten Einzelmaßnahmen Radpremiumrouten, dem Projekt „Wallring“ sowie den geplanten Fuß- und Radverkehrsbrücken über die Weser sind grundlegende Verbesserungen zur Vernetzung im gesamten Stadtgebiet vorgesehen, die insbesondere die Erreichbarkeit der Innenstadt aus den Stadtteilen betreffen sowie die beiden Weserseiten besser miteinander verbinden. Die Maßnahmen schaffen die Grundlage für einen Qualitätssprung im Radverkehrsnetz.

Als innenstadtferne Maßnahme ist hier die Fuß- und Radverkehrsbrücke zwischen Hemelingen und Obervieland hervorzuheben, mit der eine Netzlücke geschlossen wird, die die fahrradfreundliche Erreichbarkeit von starken Arbeitsplatzstandorten im Bremer Osten aus dem Bremer Umland ermöglicht. Die Vernetzung in die Region wird für die Premiumrouten mit den Nachbarkommunen Achim und Delmenhorst konkretisiert. So wird zurzeit eine Machbarkeitsstudie für die Trassierung der Premiumroute vom Tabakquartier voraussichtlich über Wardamm und Huchtinger Heerstraße zur Delmenhorster Stadtgrenze vorbereitet.

Einige weitere Maßnahmen, die zur Stärkung des Fuß- und Radverkehrs in den Stadtteilen beitragen, werden aktuell bearbeitet, zum Beispiel die auch unter Punkt eins genannte Einzelmaßnahme Fahrradquartier Ellener Hof, wo durch den Ausbau von Geh- und Radwegen, eine Fahrradstraße, Querungshilfen und Radfahrstreifen die Infrastruktur in Osterholz aufgewertet wird. Insbesondere dient aber auch die Sanierung von Radwegen in allen Stadtteilen dazu, die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit zu verbessern. Die Radwegsanierungsmittel wurden und werden so eingesetzt, dass möglichst viele Stadtteile Bremens davon profitieren.

Zu Frage 3: Die betroffenen Beiräte werden bei den Einzelmaßnahmen in der Planung kontinuierlich beteiligt. Je nach Höhe des finanziellen Volumens werden die Planungen den Deputationen beziehungsweise dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung wird regelmäßig über konzeptionelle Maßnahmen oder Programme unterrichtet: Zum Konzept zur Fußverkehrsstrategie wird im Mai dieses Jahres ein Bericht vorgelegt, im Herbst dieses Jahres ist ein Bericht zum Radverkehr in Bremen vorgesehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Schiemann (SPD): Zunächst einmal vielen Dank für die sehr ausführlichen Antworten! In Ihrer Antwort zu Frage zwei haben Sie ausgeführt, dass die Radwegesanierungsmittel so eingesetzt werden sollen, dass möglichst viele Stadtteile Bremens davon profitieren. Ist davon auszugehen, dass die unter anderem den Beiräten in Huchting, der Vahr und Osterholz bisher abschlägig beschiedenen Haushaltsanträge nach Paragraph 32 Absatz 1 Ortsbeirätegesetz zur Finanzierung der dort notwendigen Sanierung von Fuß- und Radwegen nach Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/2021 erneut auf eine positive Bescheidung geprüft werden?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe Ihnen ja gesagt, auch die Deputation wird sich damit befassen. Ihnen wird ja der Vorschlag vorgelegt und dann auch zur Beschlussfassung vorgelegt. Insofern: Wir haben so viele Anmeldungen aus sehr vielen Beiratsgebieten, dass das Geld dafür nicht reicht, und deswegen gibt es ja eine Priorisierung. Man schaut sich den Zustand der Fahrradwege an, und klar ist – das ist das erklärte Ziel –, dass man das eben über das gesamte Stadtgebiet macht.

Ich kann Ihnen das jetzt nicht ganz konkret zu genau diesen Fahrradwegen sagen, aber wenn das der Wunsch ist, dann kann man das sicherlich in der Deputation auch noch einmal diskutieren und schauen, ob es dann in den Plan hineinpasst oder ob wir das auf einen späteren Zeitpunkt verschieben müssen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Schiemann (SPD): Darf ich dann davon ausgehen, dass in dem Bericht zu den Radwegen, der für den Herbst angekündigt ist, die Einzelmaßnahmen zur Sanierung der Radwege noch einmal ganz konkret benannt werden?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Genau! Das werden wir machen!

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk. – Bitte sehr!

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Das sind sehr beeindruckende Pläne, und ich freue mich auch darauf, dass jetzt auch gerade so viel in Fahrradbereich gemacht wird. Mich sorgt so ein bisschen die Frage, ob wir ausreichend Planungskapazitäten haben, also auch Personalressourcen, um dies alles umzusetzen. Wie beurteilen Sie das denn? Steht da noch ein großes Fragezeichen hinter den Planungen, die Sie jetzt genannt haben, oder sagen Sie, na ja, mit einem gewissen Kraftakt bekommen wir das schon in den Griff?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es ist auf jeden Fall eine größere Herausforderung. Wir haben zum Beispiel in der Tat die Planungsmittel für die Fahrradbrücken zur Verfügung gestellt, aber wir wissen, dass uns gerade Brückenbauingenieure sehr fehlen, und das ist nicht nur ein bremsisches, sondern ein bundesweites Problem. Also, man muss aufschreiben, und man muss darauf hoffen, dass es dann auch entsprechend nachbesetzt werden kann. Insofern würde ich das Problem jetzt nicht kleinreden wollen, aber auch nicht gleich den Kopf in den Sand stecken, aber es muss uns gelingen, gerade in dem Bereich wirklich noch einmal mehr Personal zu akquirieren.

Wir befinden uns da in einem harten Konkurrenzkampf, und deswegen diskutieren wir zum Beispiel gerade auch mit dem ASV und den Personalräten, wie man auch Studierende aus einem dualen Ausbildungsgang, die vielleicht auch gerade frisch anfangen, dann auch direkt übernehmen kann, damit sie sich gar nicht mehr sonst wohin bewerben können. Also, es ist ein Problem, dass wir einen Fachkräftemangel haben.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Saxe. – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Huchting ist ja schon erwähnt worden, damit ist die Huchtinger Heerstraße gemeint. Ich unterstütze die Aussage, dass da wirklich etwas passieren muss. Ich würde gern wissen: Würden Sie das einfach noch einmal mitnehmen als mehrfachen Wunsch aus diesem Hause, da wirklich noch etwas zu bewegen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Da ja ein Huchtinger hinter Ihnen sitzt, komme ich gar nicht darum herum, noch einmal ganz klar zu sagen: Ja, das werden wir noch einmal mitnehmen. Der Wunsch ist deutlich angekommen, und wir werden das prüfen, aber bitte bringen Sie es dann auch noch einmal zu gegebener Zeit in der Deputation ein, da bin ich ziemlich sicher, dass das erfolgen wird. Ich nehme das aber auf jeden Fall noch einmal mit, natürlich!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben dankenswerterweise auch sehr viel über den Fußgängerverkehr ausgeführt, und ich finde es sehr gut, dass da so viel Bewusstsein geschaffen worden ist. Sie haben noch nichts darüber gesagt, was da möglicherweise noch zusätzlich an Personal- und Finanzmitteln bereitgestellt werden müsste, damit wir da wirklich etwas bewegen können. Können Sie dazu jetzt etwas sagen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das kann ich so ad hoc nicht, weil jetzt ja explizit mehr nach den Fahrradwegen gefragt worden ist. Ich kann Ihnen noch einmal sagen, welche Einzelmaßnahmen zum Teil zur Stärkung des Fuß- und Radverkehrs in den Stadtteilen bearbeitet werden: Das ist einmal der Ellener Hof – das habe ich ja gesagt –, der Umbau des Osterfeuerberger Rings, die Haltestelle Barbarossastraße, da geht es um Neuplanungen und Verbesserung der Querung für den Fuß und Radverkehr, Grünes Band Lüssum, das betrifft jetzt wieder mehr den Radverkehr, Umgestaltung Steffensweg, Discomeile, zweite Ausbaustufe, und Umsteigeanlage Gröpelingen, auch da gibt es eine Verbesserung der Rad- und der Gehwegführung im Zusammenhang mit der städtebaulichen Umfeldverbesserung. Ich kann Ihnen das jetzt nicht in Zahlen sagen – das liefere ich Ihnen sonst auch gern nach –,

aber der Fußverkehr, Sie haben es ja gesagt, ist uns genauso wichtig wie der Radverkehr.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Äußeres Erscheinungsbild des Bremer Fernmeldeturms – ein Ärgernis?

Anfrage der Abgeordneten Wagner, Güngör und Fraktion der SPD vom 28. April 2020

Herr Kollege Wagner, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Wagner (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Zustand des äußeren Erscheinungsbildes des Fernmeldeturms in Bremen-Walle im Hinblick auf dessen Wirkung und Bedeutung für das Stadtbild?

2. Sind dem Senat Planungen zu zukünftigen Pflege- und Renovierungsarbeiten durch den Betreiber bekannt, und wenn ja, welche und in welchem Zeitrahmen?

3. Befindet sich der Senat hierzu in Gesprächen mit dem Betreiber, beziehungsweise beabsichtigt der Senat, entsprechende Gespräche zu führen?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer. Im Dauereinsatz heute!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bremer Fernmeldeturm ist mit seinen 235 Metern das mit großem Abstand höchste Gebäude in Bremen. Mit seiner signifikanten Form ist seine Funktion von Weitem gut zu erkennen, daher wird er oft als Wiedererkennungsmerkmal für den Stadtteil Walle verwendet. Die konkurrenzlose Höhe bietet Orientierung im Stadtbild und setzt einen Akzent im Höhenprofil Bremens. Die Hülle aus Beton ist zu großen Teilen unbehandelt, inzwischen sind witterungsbedingte Verfärbungen an der Betonhülle zu erkennen.

Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet. Der Eigentümer der Anlage steht seit einem guten Jahr mit der Bauaufsicht in Kontakt, da Änderungen an der Brandmeldeanlage geplant sind. Bei

den in diesem Zusammenhang stehenden Besichtigungen des Objektes war erkennbar, dass der Betreiber kontinuierlich Wartungsarbeiten durchführt und die technische Anlage in einem guten Unterhaltungszustand hält. Konkrete Pläne für Renovierungsarbeiten an der Außenhaut des Turms sind dem Senat nicht bekannt, der Senat wird jedoch dieses Thema bei seinem nächsten Gespräch mit dem Eigentümer erörtern. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Vielen Dank, dass Sie das Thema aufnehmen! Darf ich davon ausgehen, dass Sie in der Baudeputation über den Fortgang der Gespräche berichten werden?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ja, das mache ich sehr gern. Ich war eigentlich dankbar für Ihre Anfrage, weil jeder, der den Fernsehturm sieht, diese witterungsbedingten Abnutzungen erkennt, ich will es einmal freundlich als Shabby Chic oder Vintage einordnen. Ich habe verstanden, dass es in den Achtzigerjahren einen Oberflächenschutz für den Beton gab, weswegen es auf der einen Seite deutlich weiß, aber auf der anderen Seite nicht mehr so aussieht. Deswegen nehme ich das sehr gern auf, und wir werden auch gern berichten, ob wir da weitergekommen sind. Wir haben darauf keinen direkten Einfluss. Es gehört uns nicht, deswegen können wir auch nur mit dem Besitzer sprechen.

Vielleicht darf ich einen positiven Punkt ansprechen, ich habe gelernt, dass auch in diesem Jahr wieder ein Wanderfalkenpaar an der Betriebskanzel brütet. Es gibt also auch noch schöne Nebenefekte.

Präsident Imhoff: Herr Kollege, haben Sie außer zu den Falken noch eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Ich hätte gern noch darauf hingewiesen, dass es dazu ganz wunderbare Wandkalender im Walle-Center zu erstehen gibt. Tatsächlich darf ich zum Abschluss noch darauf hinweisen, dass der Senat in Hamburg erreicht hat, dass der dortige Telemichel – –.

Präsident Imhoff: Ist das eine Frage?

Abgeordneter Wagner (SPD): Ja, ist es, ich frage, ob dem Senat bekannt ist, dass der Senat in Hamburg erreicht hat, dass der Telemichel saniert wird. Können wir vor dem Hintergrund die Hoffnung haben, dass das auch für den Waller Spargel klappt?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich würde gern auf diese Frage antworten, ich hoffe, dass wir in Bremen den Hamburgern dann in nichts nachstehen und das Gleiche erreichen werden.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

**Anfrage 7: Finanzielle Belastung durch Anliegerbeiträge – informiert Bremen die Eigentümerinnen und Eigentümer?
Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 5. Mai 2020**

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern werden Käuferinnen und Käufer von Immobilien in noch nicht erstmalig ausgebauten Straßen über die finanziellen Folgen eines Straßenausbaus informiert?
2. Welche Vorteile hätte nach Auffassung des Senats die Information über mögliche Anliegerbeiträge für Käuferinnen und Käufer von Immobilien in noch nicht erstmalig ausgebauten Straßen?
3. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien in noch nicht erstmalig ausgebauten Straßen über die finanziellen Belastungen in Form von Anliegerbeiträgen zu informieren?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Information der Käuferinnen und Käufer von Immobilien in noch nicht erstmalig endgültig hergestellten Straßen erfolgt durch das ASV nur auf Antrag. Im Rahmen einer Finanzierung wird teilweise die Vorlage einer Bescheinigung

verlangt, die Auskunft über eine grundsätzlich noch bestehende Beitragspflicht gibt. Darüber hinaus erlangt das ASV keine Kenntnis von Grundstücksverkäufen.

Zu den Fragen 2 und 3: Eine Vorabinformation der Bürgerinnen und Bürger über nach der sogenannten erstmaligen endgültigen Herstellung einer Straße anfallende Erschließungsbeiträge hätte für die Bürgerinnen und Bürger den „Planungsvorteil“ zu wissen, dass gegebenenfalls zukünftig eine finanzielle Belastung auf sie zukommt. Dieser Vorteil relativiert sich dadurch, dass seitens des ASV im Vorfeld keine Informationen über die Höhe der zu erwartenden Beiträge bereitgestellt werden können. Die Kosten für die erstmalige Erschließung variieren je nach Zustand/Ausbauzustand und sind valide erst nach einer Planung zu beziffern und stehen erst nach Abschluss der Maßnahme fest.

Aus diesen Gründen ist es nicht möglich, die Bürgerinnen und Bürger noch nicht erstmalig endgültig hergestellter Straßen vorab über die auf sie zukommenden finanziellen Belastungen zu informieren. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Sie sprachen eben davon, dass man es wegen des Zustands der Straße et cetera noch nicht genau beziffern kann, aber Sie sprachen auch von einem von/bis. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass es auch für die Stadt sinnvoller wäre, wenn man eine erstausgebaute Straße ausbauen will und die Anlieger schon informiert wären und es deshalb vielleicht nicht zu so vielen Bürgerprotesten kommen würde, weil sie darauf vorbereitet sind?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben ja – das wissen Sie aus der Deputation – in Bremen-Nord ungefähr 400 Straßen, die noch nicht ersterschlossen sind. Das hat etwas mit der Historie von Bremen-Nord zu tun – wir beide sind ja Nordbremerinnen und wissen das –, dass in ganz Bremen ansonsten schon fast alle oder zumindest die Meisten diese Anliegergebühren bezahlen mussten, nur eben nicht in Bremen-Nord.

Jetzt gab es genau zwei Beispiele: Die Turnerstraße und jetzt die Allhardstraße, wo man überhaupt angefangen hat, im Rahmen einer Straßensanierung solche Anliegergebühren zu erheben. Es ist

schwierig, die Höhe zu beziffern, denn es hängt ja auch von der Grundstücksgröße ab. Für ein Eckhaus muss man wahrscheinlich sehr viel mehr zahlen als für ein Haus, das nur mit sieben Metern Straße an der Straße liegt, also wir sehen, die Kosten variieren.

Ich glaube, wir tun gut daran, überhaupt noch einmal eine Diskussion darüber zu führen – und das mache ich auch gerade –, wie wir mit diesem gesamten Themenkomplex in Bremen-Nord umgehen, weil sie jetzt dort die zwei Straßen haben, aber noch 400 Straßen hätten. Eigentlich kann man davon ausgehen, dass ein Großteil in Bremen-Nord wahrscheinlich noch gar nicht diese Anliegergebühren gezahlt hat, es aber langfristig machen muss. Sich aber einzelne Straßen herauszusuchen, ist jetzt vielleicht ein bisschen schwierig, denn es hängt ja davon ab, wann sie saniert werden, und wenn eine Straße erst in fünf oder in zehn Jahren saniert wird, sind die Kosten natürlich schon deutlich anders.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Ich wollte jetzt auch nicht zwei Straßen herausuchen, Sie sprachen eben von 400.

(Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das sind die, wo wir das überhaupt erhoben haben, vorher gab es das gar nicht! Deswegen habe ich die beiden Straßen genannt!)

Sie sprachen jetzt ja von circa 400 nicht ausgebauten Straßen, die Zahl ist mir auch bekannt. Die Straßen sind in einem sehr desolaten Zustand und hätten aus meiner Sicht schon lange saniert werden müssen, also wird das in jüngster Zeit auf uns zukommen. Sehen Sie das genauso?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich glaube, das betrifft nicht alle 400 Straßen. Bei der Turnerstraße und der Allhardstraße war der Zustand so, dass man sagt, jetzt muss man da sanieren, um es einmal so vorsichtig zu sagen. Der Zustand der 400 Straßen ist ja sehr unterschiedlich, deswegen kommen die einen in der Prioritätenliste nach vorn, und andere warten oder kommen weiter nach hinten. Das macht dann ja auch die Preisunterschiede aus, denn wenn wir davon ausgehen, dass die Kosten

immer weiter steigen, wird eine Straße in zehn Jahren teurer sein, als wenn wir sie in diesem Jahr sanieren.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): In anderen Städten gibt es diese Beiträge überhaupt nicht. Wir sind ein armes Bundesland, das weiß ich, aber sind Sie der Meinung, dass man vielleicht generell, wie Sie es eben schon fast angekündigt haben, über die Art und Weise und in welcher Höhe gezahlt werden soll, diskutieren und schauen sollte, ob man da nicht vielleicht eine andere Regelung finden kann?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe ein bisschen mit dem Kopf geschüttelt, denn das Gegenteil ist der Fall: In den meisten anderen Bundesländern und in den meisten anderen Kommunen gibt es Anliegergebühren. Ich weiß das zum Beispiel aus dem Ort, wo meine Eltern gewohnt haben. Sie haben zweimal Anliegergebühren gezahlt: Einmal, als die Straße neu gemacht wurde, und 20 Jahre später, als die Straßenlaternen ausgewechselt wurden, mussten sie einen Beitrag zahlen, und noch einmal bei der erneuten Teerauflage. Dass Bremen jetzt die einzige Kommune ist, die Anliegergebühren erhebt, ist gerade nicht der Fall, sondern sehr viele andere, also eigentlich die Mehrheit in Deutschland, zahlen Anliegergebühren.

Gleichwohl ist es so, dass wir das aufgrund der Historie nicht mehr richtig auseinanderdividieren können, wann zum Beispiel jemand in der Stadt, wenn er ein Haus kauft, dafür einmal Anliegergebühren zahlt. Es ist wahrscheinlich irgendwann passiert und dann in den Kaufpreisen immer weiter mit verrechnet worden. In Bremen-Nord ist es aber eben anders, und deswegen finde ich schon, dass man noch einmal darüber reden muss, ob bei einem Kaufpreis, der sich ja in der Regel nicht an den Anliegergebühren orientiert, sondern an der Lage, an der Größe des Hauses und so weiter, dann entweder die Anliegergebühren mitdiskutiert werden müssen oder ob wir noch einmal neu diskutieren, wie wir eigentlich mit dem Problem umgehen, dass es 400 Straßen gibt, in denen noch keine Anliegergebühren gezahlt worden sind und wo es, wenn es auf sie zukommt – das haben Sie ja zu Recht beobachtet –, dann in der Regel Unverständnis und Proteste gibt.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Sie sind sicherlich mit mir einer Meinung, dass gerade in Bremen-Nord jetzt ein großer Umbruch stattfindet. Viele ältere Menschen verkaufen ihre Häuser, viele junge Menschen kaufen gebrauchte Häuser, die an solchen Straßen liegen. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass man sich darüber schnell einmal Gedanken machen sollte, wie man damit umgeht, weil gerade dieser Umbruch stattfindet?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich finde, dass man sich nicht nur wegen des Umbruchs Gedanken machen sollte, sondern weil auch gerade Ältere noch in ihrem Haus leben – wir haben ja immer wieder Debatten, es leben Singles, Witwen/Witwer, vielleicht in zu großen Häusern, weil sie sie aber auch nicht mehr so schnell loswerden –, aber vielleicht auch kein finanzielles Polster haben. Insofern haben wir beides: Für diejenigen, die als junge Familie ein Haus kaufen, ist es dann wichtig zu wissen, ob sie eines Tages möglicherweise Anliegergebühren zahlen müssen, aber auch für die Menschen, die jetzt dort wohnen und vielleicht nicht zu den gut Verdienenden gehören, muss es auch eine wichtige Information sein, ob sie Geld zur Seite legen müssen. In den Kommunen, in denen es Anliegergebühren gibt, machen es viele Leute so, dass sie sich jeden Monat etwas Geld zur Seite legen, weil sie wissen, dass Anliegergebühren auf sie zukommen. Insofern hat das, glaube ich, aber nicht nur etwas mit dem Generationswechsel zu tun, sondern damit, dass wir uns deswegen bei 400 Straßen generell Gedanken machen, wie wir damit umgehen.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Strohmann. – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ich habe einmal unabhängig vom Geld eine Frage: Wie viele Straßen können Sie denn eigentlich im Jahr erschließen?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es geht in dem Fall nicht um eine Erschließung, da gibt es ja schon Teer, also wir fangen ja nicht an, ganz neue Straßen zu bauen, sondern in der Regel werden die Anliegerbeiträge dann erhoben, wenn eine Sanierung der Straße anliegt.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ich möchte meine Frage noch einmal wiederholen, weil sie nicht so richtig beantwortet wurde. Nur Teer ist ja keine Erschließung, sondern wir haben ja seit 1990 das Zweikanalsystem mit Regenwasser, und das ist ja das Hauptproblem bei den Erschließungen. Das ist ja nicht die Teerdecke – da kostet ein Meter, ich weiß es nicht, vielleicht 3 000 Euro –, sondern es geht ja darum, dass der Kanal und alles andere gemacht werden muss. Also ist es dann praktisch eine Neuerschließung. Noch einmal die Frage: Genau dies, ob Sie die Sanierung oder Erschließung nennen, wie viele Straßen schaffen Sie im Jahr?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich möchte Ihnen ungern widersprechen, manchmal hat es nichts mit der Sanierung des Kanals zu tun, aber wir schauen, wenn wir eine Straße wegen vieler Schlaglöcher sanieren, dass wir das dann möglichst kombinieren, zum Beispiel mit Kanalarbeiten, weil es dumm wäre, eine Straße zu teeren und ein halbes Jahr später wegen Kanalarbeiten wieder aufzureißen. Ich will also nur einmal sagen, dass die Kanalarbeiten nicht unbedingt die Voraussetzung für eine Straßensanierung sind, sondern oft schon der mangelfhafte Belag.

Sie kennen selbst – ich kann Ihnen jetzt nicht die Zahlen nennen, aber ich habe es ja vorhin gesagt, es waren jetzt in den letzten, ich glaube, es sind jetzt fünf Jahre – zwei Straßen, in denen wir überhaupt diese Anliegergebühren gezogen haben. Das ist jetzt aktuell die Allhardstraße und die Turnerstraße, wo die Diskussion, ich glaube, vor fünf Jahren begonnen hat. Wir sanieren eine Vielzahl von Straßen. Sie kennen das aus der Deputation, da werden ja auch immer wieder Vorlagen über den aktuellen Stand von Straßensanierungen und den Zustand der Straßen vorgelegt.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Sanieren und reparieren ist für mich ein Unterschied, und bei der Neuerschließung ist der Kanal mit enthalten. Ich will Ihnen aber helfen: Soweit ich die Zahl kenne, sind wir bei drei, vier oder fünf, die neu über diese Reparaturen, wo die Löcher geflickt werden, hinaus. Also reden wir in Bremen-Nord über 100 Jahre?

Präsident Imhoff: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich will es noch einmal sagen: Herr Strohmann, Sie sind ja auch in der Deputation, wir haben diese Diskussion jetzt ja schon öfter gehabt, wie wir mit dieser Situation umgehen, und ich glaube, wir waren alle erstaunt, als wir – Frau Neumeyer, helfen Sie mir! – vor eineinhalb oder zwei Jahren erfahren haben, dass es 400 Straßen sind.

(Zuruf Abgeordnete Neumeyer [CDU])

Genau!

(Zuruf Abgeordnete Neumeyer [CDU])

Genau! Es war Ihre Nachfrage, weil wir lange über die Turnerstraße diskutiert haben. Es ist ja in der Tat nicht so, wie Sie es jetzt suggerieren wollen, Herr Strohmann, dass es jetzt 100 Jahre dauern wird, bis überhaupt Straßen in Bremen-Nord saniert sind. Es wird da ja auch laufend etwas gemacht, auch in Bremen-Nord gibt es Straßen, für die im Übrigen auch schon einmal Anliegerbeiträge gezahlt wurden, aber es gibt eben noch einen großen Rest von 400 Straßen, bei denen das eben nicht gemacht wurde, und wir sehen uns sehr wohl auch mit Ihnen immer wieder in der Deputation an, welche Straßen in welchem Zustand sind.

Ich möchte einmal sagen, der schlechte Zustand der Turnerstraße war immer wieder in der Kritik. Die Anwohner haben sich nicht über den Kanal beschwert, sondern über die vielen Schlaglöcher. Das war der Grund – die Straße drei Kilometer lang –, warum man sich irgendwann dazu durchgerungen hat, diese fast drei Kilometer lange Straße zu sanieren. Da ging es aber mehr um die Teerdecke, weil dort auch die Busse entlangfahren und die Straße stark von der BSAG frequentiert wird. In dem Zuge, weil gesagt wurde, dass man mit diesem schlechten Zustand der Oberfläche nicht mehr zufrieden ist, kam die Diskussion auf, dass die Anlieger der Straße noch nie Anliegerbeiträge gezahlt haben und dass es dann eben diesen Beitrag geben sollte. Das führte zu einer großen politischen Diskussion, weil es große Unzufriedenheiten gab. Bisher musste, glaube ich – so ist meine Information –, noch kein Anlieger das Geld überhaupt bezahlen, weil das ASV die Rechnungen noch gar nicht erstellt hat; aber zu sagen, es dauert über 100 Jahre, bis wir überhaupt Bremen-Nord saniert haben, das kann ich so nicht stehen lassen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Nein, nur eine Anmerkung, das will ich nur richtigstellen: Das habe ich nicht gesagt! Sanieren und erschließen sind zwei verschiedene Paar Schuhe, Frau Senatorin!)

Das wäre jetzt keine Frage, Herr Strohmann!

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Ich weiß, aber das kann ich hier nicht stehen lassen!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Damit sind wir am Ende der Fragestunde angekommen. (Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 618.](#))

**Bürgerantrag
vom 13. Februar 2020
(Drucksache [20/125 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative Platz da!, die diesen Bürgerantrag initiiert haben.

Herzlich willkommen bei uns im Hause!

(Beifall)

Als erster Redner das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich sehr auf diese Debatte gefreut, aber ich freue mich weniger darüber, dass ich die Debatte jetzt noch ein paar Mal führen muss, nämlich in Deputationen und dann wieder hier. Ich möchte auch noch einmal die Initiatoren dort sehr würdigen, die, finde ich, eine ganz tolle Arbeit gemacht und einen ganz tollen Bürgerantrag vorgelegt haben.

Es war auch gar nicht so einfach, ehrenamtlich diese Unterschriften zusammenzubekommen, aber das ist eine andere Debatte, ob die Hürde mit den 4 000 Stimmen nicht viel zu hoch ist, um hier überhaupt eine Debatte in der Bürgerschaft hinzubekommen. Darüber will ich jetzt aber nicht reden,

sondern mich ausdrücklich noch einmal bei den Initiatoren bedanken, die im Prinzip in der Stoßrichtung, die sie da gewählt haben, das unterstützen, was wir von der Koalition in dieser Stadt verkehrspolitisch wollen. Deswegen möchte ich mich für diesen Rückenwind ausdrücklich bedanken. In dem Antrag stehen ein paar Sachen, die etwas über das hinausgehen, was in der Koalitionsvereinbarung steht. Wenn sie aber das Gleiche aufschreiben wollten, was in der Koalitionsvereinbarung steht, bräuchten sie keinen Bürgerantrag zu stellen, deshalb hat er für mich eine absolute Berechtigung.

Ich habe dann einmal in dieser Synopse, die ich hier vor mir habe, nebeneinandergelegt, was denn eigentlich in der Koalitionsvereinbarung und was in diesem Bürgerantrag steht, und es gibt noch ein drittes Feld, weil wir dort nämlich eigentlich schon einen Kompromiss mit den Bürgerinnen und Bürgern gehabt haben, weil ein paar Sachen vielleicht nicht ganz realistisch sind. Da muss ich sagen, die Unterschiede sind ehrlich gesagt nicht so groß. Ich will das hier einmal kurz sagen, sie betreffen eigentlich nur den Punkt zwei, wo eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung bis 2022 gefordert wird. Das ist etwas schwierig – darüber sind wir uns auch im Klaren –, aber wir hatten uns eigentlich schon miteinander geeinigt zu sagen, wir wollen das erst einmal nur in den Hotspots machen, also in der Innenstadt, und das steht sowieso auch in der Koalitionsvereinbarung, dass wir so etwas machen wollen.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Die Vervierfachung des Etats für den Radverkehr, der auch darin steht, steht auch in der Koalitionsvereinbarung, jetzt ist die Frage, von welcher Bezugsgröße man ausgeht. Es gibt ja diese Kasseler Studie mit 9,32 Euro, und wenn ich das mit vier malnehme, dann bin ich bei ungefähr 36 Euro. Da sind wir also nicht weit voneinander entfernt, und deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir eigentlich diesen Kompromiss, der zum Greifen nahe war, auch wirklich miteinander gemacht hätten und hier nicht noch einmal eine Runde machen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dieser Bürgerantrag ist vor der Coronakrise gestellt worden. Ich bin der Auffassung, dass er noch viel mehr Berechtigung in und nach der Coronakrise hat, und deswegen ist er so wichtig für mich. Wir haben es dann koalitionsintern diskutiert. Die Fachsprecher waren einer Einigung nahe, man muss damit leben, dass man am Ende noch eine

Schleife gehen muss, weil man das fachlich noch einmal ein bisschen vertiefen muss. Ich hätte mir hier eine Zustimmung gewünscht. Wir werden jetzt eine Überweisung vorschlagen, weil eben nicht alle Partner dieser Koalition der Meinung waren, dass das hinlänglich geklärt ist. Das ist ein normaler Vorgang, den wir auch in der Koalitionsvereinbarung geklärt haben, dass wir dann eben noch einmal eine Schleife machen und versuchen, dann wirklich Einvernehmen herzustellen.

Es ist dann auch öfter in der Debatte gesagt worden, nein, es gibt da formale Gründe, man kann doch nicht einfach einen Bürgerantrag ändern. Wenn wir das von hier aus machen würden, ohne mit den Antragstellerinnen und Antragstellern im Einvernehmen zu sein, dann stimmt das, dann hätten wir das nicht machen dürfen, aber wir sind in dem Kompromiss doch schon lange im Einvernehmen mit ihnen, und deswegen hätten wir das meiner Ansicht nach miteinander machen können. Es ist es auch bezweifelt worden, ob man denn überhaupt formal so einen Bürgerantrag mit einem Änderungsantrag verändern kann. Natürlich kann man das!

Der Senat kann Anträge an die Bürgerschaft stellen, die Bürgerschaft kann das selbst tun, und es gibt dieses Instrument der Bürgeranträge, und natürlich kann das von der Bürgerschaft durch einen Änderungsantrag verändert werden. Wenn das nicht ginge, dann müsste man es so machen wie bei dem letzten Bürgerantrag, den wir hier miteinander behandelt haben, indem wir uns auch mit den Antragstellerinnen und Antragstellern zusammensetzen und versuchen, da eine vernünftige Lösung zu finden. In dem Fall haben wir den Bürgerantrag abgelehnt, aber eine einvernehmliche Lösung mit ihnen hinbekommen, und das sollten wir hierbei auch versuchen. Das Anliegen, das da vertreten wird, ist für mich ein ganz, ganz wichtiges, und deswegen sollten wir sehen, dass wir das jetzt nicht zurückweisen, sondern versuchen, mit ihnen einvernehmlich etwas hinzubekommen.

Ich bin ja auch für Bürgerbeteiligung zuständig, und ich finde, wir sollten uns in der Zukunft vornehmen, dass wir, wenn so ein seltener Bürgerantrag am Ende das Licht der Bürgerschaft erblickt, dann etwas schneller damit umgehen. Ich weiß, wir haben noch einmal eine Schleife genommen, weil wir die Beteiligung der Antragstellerinnen und Antragsteller sicherstellen wollten, aber am Ende wird es so sein, dass der Antrag, glaube ich, im November abgegeben worden ist und wir dann, wenn es gut läuft, nach dieser Schleife, die wir jetzt über die

beiden Deputationen ziehen werden, sieben bis acht Monate brauchen. Da wünsche ich mir beim nächsten Mal, dass wir Bürgerbeteiligung auch etwas schneller hinkommen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Schiemann.

Abgeordnete Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Bürgerantrag Platz da! schildert die aktuelle Situation auf vielen Straßen unserer Stadt. Derzeit spielt die Automobilität dabei die Hauptrolle. Entsprechend dominiert das Auto wie kein anderes Verkehrsmittel auch in Bremen das Bild unserer Straßen und beansprucht, sei es parkend oder auch fahrend, einen Großteil des öffentlichen Raumes.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich noch sehr genau an andere Zeiten, nämlich Ende der Sechziger-, Anfang der Siebzigerjahre, als ich Kind war und zumindest die Wohn- und Nebenstraßen in Bremens Stadtteilen aufgrund des damals noch recht niedrigen Verkehrsaufkommens Orte der nachbarschaftlichen Begegnung und des Spielens waren.

Heute – und da stimme ich mit dem vorliegenden Bürgerantrag überein – bestimmen vielerorts zugesperrte Straßen und Fußwege gerade auch in den innenstadtnahen Stadtteilen Bremens das Straßenbild. Dabei werden nicht selten gehbehinderte, auf Rollstühle und Rollatoren angewiesene Menschen, aber auch Eltern mit Kindern durch verkehrswidrig zugesperrte Fußwege in ihrer Mobilität behindert und gefährdet.

Auch Rettungsfahrzeuge und Entsorgungsunternehmen werden durch verdichtetes und falsches Parken in ihren Einsätzen behindert, und auch da gehe ich mit dem vorliegenden Bürgerantrag konform: Ein solch rücksichtsloses Fehlverhalten ist nicht zu tolerieren, sondern konsequent zu ahnden!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb werden derzeit nach Auskunft des Innenstadtsenators die Verkehrsüberwachenden des Ordnungsamtes auch im gesamten Stadtgebiet eingesetzt, und bei der Steuerung des Einsatzes wird versucht, alle Stadtteile ausgewogen zu überwachen. Auch deshalb setzt sich die SPD für den Ausbau des Ordnungsdienstes ein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der konkrete Einsatz der Kräfte der Verkehrsüberwachung erfolgt dabei mit dem Ziel, möglichst viele Problemlagen in allen Stadtteilen abzudecken. Dazu zählt auch die Überwachung der Einhaltung der Parkzeit an durch Parkscheinautomaten ausgewiesenen Parkflächen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass insbesondere in Quartieren mit hohem Parkdruck Maßnahmen zur Ordnung und Lenkung des Parkens auf öffentlichen Straßen ergriffen werden.

Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise die Einführung von Bewohnerparkvorrechten, der Ausbau der Carsharing-Angebote durch Einrichtung zusätzlicher mobil.punkte, das Freihalten bestimmter Stellen durch technische Einrichtungen, zum Beispiel Markierungen, Poller oder Ähnliches, sowie die Neuordnung der Verkehrs- und Parkanordnung. Die SPD begrüßt deshalb das Strategiepapier des Senators für Inneres und der Senatorin für Klimaschutz, Umweltmobilität und Stadtentwicklung für das Parken in Quartieren, das diese beiden Senatsressorts entwickelt haben.

Dieses Grundsatzpapier sieht vor, dass eine entsprechende Ordnung des Parkraums stufenweise erfolgt und nach Umsetzung der Maßnahmen in einem Quartier die Verkehrsüberwachung intensiviert wird. Die Umsetzung des Strategiepapiers ist bereits in zwei Pilotquartieren in Bremen, derzeit in Findorff und in Hulsberg, angelaufen. Begleitet wird der Prozess durch eine umfangreiche Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der betroffenen Beiräte, wie es sich gehört. Werden die Ziele erreicht, ist vorgesehen, die Maßnahmen, soweit möglich, auch in anderen Quartieren und Stadtteilen umzusetzen.

Warum wollen wir den Antrag nicht einfach beschließen, wenn wir doch mit der Zielrichtung an vielen Stellen einverstanden sind? Das will ich gern beantworten.

Mit dem Bürgerantrag wird teilweise über das Ziel hinausgeschossen. Die Forderung zum Beispiel, die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend umzusetzen, sehe ich sehr kritisch. Dies würde nämlich bedeuten, dass auch in Stadtteilen ohne Parkdruck, sogar in Strom oder Seehausen, das Parken im öffentlichen Raum bewirtschaftet und überwacht werden müsste. Das macht keinen Sinn.

(Beifall SPD)

Ganz generell sind wir der Meinung, in einer lebenswerten Stadt wie Bremen sollte auch bezüglich des Lebens- und Aufenthaltsorts Straße das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit gelten, und natürlich muss unser Ziel die gleichberechtigte Teilhabe aller Verkehrsteilnehmer sein, seien es Fußgänger, Fahrradfahrer oder Autofahrer.

Abschließend sind wir der Auffassung, dass die Mobilitätswende und damit einhergehend die gerechte Umverteilung des Aufenthaltsortes Straße als Prozess zu sehen ist, der gut vorbereitet und geplant sein muss, um Schritt für Schritt voranzugehen. Das ist jedoch ein Marathon und kein Sprint. Wir wollen und müssen die Menschen unserer Stadt mitnehmen und an manchen Stellen auch überzeugen. Nur mit Gängelung, Überwachen und Strafen kommen wir nicht ans Ziel.

Wir werden in der Koalition ausführlich beraten, ob der Antrag in geänderter Fassung angenommen werden kann. Aus Respekt vor den Initiatoren und den vielen Menschen, die dieses Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt haben, halten wir die Änderungsvorschläge unsererseits für vermessen. Dazu bedarf es fachlicher und sorgfältiger Prüfung. Wir möchten daher den Bürgerantrag zur weiteren Beratung in die Deputation für Mobilität und Stadtentwicklung sowie die Innendeputation verweisen.
– Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Lesen des Antrags habe ich gedacht, eigentlich eine gute Idee, und ich finde nicht, dass die Initiatoren diesen Antrag jetzt ausgesprochen dogmatisch geschrieben haben. Das sind Lobbyisten, das ist korrekt, und sie kämpfen – dafür ist man ja auch da als Lobbyist – für mehr Raum für die Fahrradfahrer und Fußgänger, das ist auch in Ordnung, aber dass man ihnen vorwerfen kann, das muss jetzt so sein und nicht anders, das ist hier wirklich nicht so.

Ich glaube, hätten wir diesen Antrag heute angenommen, auch mit den Stimmen der CDU, hätten wir uns ehrlicher Weise nicht schwergetan. Ich finde die Aussagen von Frau Schiemann, oder Ausreden will ich es einmal nennen, ziemlich eigenartig.

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich kenne ja auch den Koalitionsvertrag dieser Regierung, und auf den ersten Blick habe ich gedacht: Ach, das ist eine Auftragsarbeit von Herrn Saxe, er hat seinen Freunden einmal gesagt, macht da einmal einen Bürgerantrag, denn das steht sowieso im Koalitionsvertrag, es wird sowieso umgesetzt. Ich glaube auch, dass wir während des Wahlkampfes ja auch einige Veranstaltungen gemeinsam gemacht haben, wo wir uns über alle Parteien hinweg –. Bei der FDP weiß ich es jetzt nicht hundertprozentig, aber jetzt sind wir uns einig, dass wir eine andere Parkraumbewirtschaftung brauchen und dass die Autos in bestimmten Stadtteilen unsere Lebensqualität massiv behindern. Ich glaube, wir sind uns auch einig, dass es so nicht weitergehen kann, dass wir im ruhenden Verkehr ersticken.

Ich sage ganz ehrlich, wir haben ja jetzt auch neue Instrumente mit dem neuen Bußgeldkatalog der Bundesregierung an die Hand bekommen, um die Refinanzierung der Parkraumbewirtschaftung auch ansatzweise kostendeckend zu machen. Es war ja immer so ein bisschen das Problem, dass es nur zu 70 Prozent kostendeckend war und man sich so ein bisschen zurückgelehnt hat. Deswegen verstehe ich diese Schleife nicht, aber die machen wir mit.

Liebe Frau Schiemann, aber ganz ehrlich: Dann muss man klar und deutlich gleich sagen, nein, das wollen wir so nicht! Das ist auch in Ordnung, das geht über das hinaus, was im Koalitionsvertrag steht, aber hier so eine Sonntagsrede zu halten, fand ich ehrlicher Weise nicht so gut. Deswegen machen wir das mit, aber das sollten wir dann unterlassen. Für ist mich sind Ehrlichkeit und Direktheit und dass man den Leuten sagt, woran sie sind, immer wichtig.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dogan: Herr Strohmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wagner?

Abgeordneter Strohmann (CDU): Immer gern!

Vizepräsidentin Dogan: Bitte, Herr Wagner!

Abgeordneter Wagner (SPD): Herr Kollege Strohmann, ehrlich und direkt: Sie sind für Parkraumbewirtschaftung in Farge, in Mahndorf, in Strom und in Seehausen, habe ich das richtig verstanden?

Abgeordneter Strohmann (CDU): Sehen Sie? Man kann natürlich gute Ideen auch formaljuristisch zerstören. Punkt eins: Selbst wenn wir eine andere Regierung hätten, die etwas umsetzen kann, außer Sonntagsreden zu halten – einmal angenommen, wir hätten das! –, würde es auch eine tolle Regierung nicht schaffen, diese Parkraumbewirtschaftung flächendeckend über das ganze Stadtgebiet hinaus hinzubekommen. Klar muss aber sein, dass dann die Parkraumbewirtschaftung für das ganze Stadtgebiet organisiert werden muss. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Initiatoren dann irgendwann sagen würden, das ist jetzt aber sehr gemein – ich weiß gar nicht, wo in Farge, in Seehausen oder in Strom Parkräume sind, die bewirtschaftet werden müssten! –, das geht jetzt nicht. Der Ansatz war schon richtig, und Sie ziehen sich hier jetzt auf formaljuristische Kleinigkeiten zurück. Das ist nicht im Sinne der Antragsteller dieses Bürgerantrags!

(Beifall CDU)

Deswegen habe ich damit gar kein Problem.

Vizepräsidentin Dogan: Herr Strohmann, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Wagner?

Abgeordneter Strohmann (CDU): Gern! Ich habe ja noch zwei Minuten!

Vizepräsidentin Dogan: Bitte, Herr Wagner!

Abgeordneter Wagner (SPD): Dann ist Ihr Verständnis von Bürgerbeteiligung nach meinem Verständnis dieses: Wir beschließen das, was da steht, aber wir meinen das eigentlich nicht wirklich ganz genau so, wie es da steht?

(Beifall SPD)

Ich frage das deshalb, weil mein Verständnis von Bürgerbeteiligung ein anderes ist.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Mein Verständnis von Bürgerbeteiligung ist aber nicht, dass man den Bürgern dann irgendwelche formaljuristischen Sachen aufbürdet. Wir werden es ja dann in der Deputation sehen, und dann wird die Bürgerinitiative darüber sprechen, wie dogmatisch – –.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Tun wir doch gar nicht! Wir überweisen doch!)

Ja, in der Deputation werden wir darüber sprechen, wie dogmatisch sie das dann letztlich sieht,

(Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD])

aber man kann auch formal Bürgerbeteiligung konterkarieren und zerstören mit solchen formalistischen Sachen. Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Das können Sie mir jetzt nicht erzählen! Nein, Sie brauchen jetzt auch nicht so eine Geste zu machen! Genau das ist es! Sie halten hier nur Sonntagsreden, und Sie behindern gerade Ihre Fraktion. Sie behindern seit Jahren genau diesen Weg einer Verkehrswende. Ob es beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs war: Wer war das in Huchting? Das waren Sie! Es ist genauso bei den Fahrradbrücken gewesen: Wer war es? Sie waren es! Und jetzt wollen Sie mir mit solchen Sachen erzählen – –. Natürlich kann man alles kaputtreden, und irgendwann wird es ja auch so kommen: Wir werden kein Geld haben. Das kann man alles machen, aber ich glaube nicht, dass das eine Ehrung des Engagements ist.

(Beifall CDU)

Ich bin fertig, nicht?

Vizepräsidentin Dogan: Eine Minute haben Sie noch!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Ach so! Nein, ich war jetzt aber so weit fertig. Auch noch einmal vielen Dank für die Zwischenfragen, dann ist das letztlich auch geklärt! Wir werden auch weiterhin unsere Unterstützung zusagen, weil ich glaube, dass wir eine lebenswerte Stadt brauchen. In der Bundesregierung haben wir uns dafür eingesetzt, auch die formaljuristischen Sachen, die finanziellen Sachen ein bisschen zu unterfüttern, dass man es refinanzieren kann, und jetzt sind wir alle gefordert, das Ziel umzusetzen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Frau Präsidentin liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Saxe hat ja im Vorfeld schon in einem Gespräch mit dem „Weser-Kurier“ deutlich gemacht, dass er die Hürde von 4 000 Unterschriften, um einen Bürgerantrag hier einzubringen, kritisiert, das haben Sie ja auch eben in Ihrer Rede noch einmal gesagt. Ich persönlich sehe das ein bisschen anders. 4 000 Stimmen sind 0,7 Prozent der Bremerinnen und Bremer, ich finde das durchaus in Ordnung, und das schützt

uns ja auch davor, dass jede Initiative mit zehn Unterstützern uns dazu zwingt, uns damit auseinandersetzen. Deshalb ist diese Hürde für mich durchaus in Ordnung, und sie zwingt auch ein Stück weit dazu, sich Unterstützung zu suchen und auch im Vorfeld einmal abzu prüfen: Wie viele Unterstützerinnen und Unterstützer bekommt mein Thema an dieser Stelle eigentlich?

Die Bürgerinitiative hat es geschafft, sie hat sogar mehr als 4 000 Stimmen und Unterschriften eingesammelt, deshalb ist es richtig, und es ist auch wichtig, dass wir uns heute hier mit diesem Thema auseinandersetzen, und auch ich möchte der Bürgerinitiative an dieser Stelle erst einmal für das Engagement danken. Wir brauchen in dieser Stadt Menschen, die die Stadt mitdenken, die ein Interesse daran haben, diese Stadt weiterzuentwickeln und eigene Ideen einzubringen. Ich glaube, das ist nicht selbstverständlich, und das ist für mich ein sehr wichtiger Baustein einer Demokratie. Deswegen an dieser Stelle dafür erst einmal vielen Dank!

Wenn man politische Ideen einbringt, muss man aber auch damit zurechtkommen, dass diese dann kritisch diskutiert werden. Sie fordern in Ihrem Bürgerantrag, dass Parkverbote konsequent durchgesetzt und umgesetzt werden. Das ist etwas, bei dem wir durchaus mitgehen. Wenn wir uns gemeinsam Regeln geben, dann ist wichtig, dass die Einhaltung der Regeln kontrolliert und gegebenenfalls auch sanktioniert wird, aber das ist letztendlich nur der erste Halbsatz.

Das eigentlich dahinter verborgene Problem ist ja ein Mangel an Parkraum in den Quartieren. Dazu haben wir in der Vergangenheit viele Vorschläge gemacht, unter anderem Quartiersgaragen, die leider von der rot-grün-roten Regierung nicht aufgenommen worden sind. Die Durchsetzung von Regeln ist natürlich wichtig, das habe ich schon gesagt, aber sie würde gerade dort, wo auf dem Bürgersteig aufgesetzt geparkt wird und nicht immer sichergestellt werden kann, dass entsprechend Fußweg noch in einer ausreichenden Breite zur Verfügung bleibt, in letztendlicher Konsequenz bedeuten, dass ein Großteil der Bremerinnen und Bremer keinerlei Möglichkeit mehr hätte, auch nur ansatzweise in der Nähe der eigenen Wohnung oder des eigenen Hauses das Auto abzustellen. Das ist am Ende eine Frage des Angebots, was hier im Moment in diesem Antrag leider nicht groß thematisiert wird. Man kann sanktionieren, das ist auch immer ein Mittel, um Regeln durchzusetzen, aber

man muss auch überlegen: Wie schaffen wir eigentlich Möglichkeiten, das dahinter verborgene Problem zu lösen?

Sie schreiben ja auch weiter, dass Bremen in Zukunft deutlich mehr Geld in den Fuß- und Radverkehr investieren soll. Das ist etwas, bei dem wir als FDP-Fraktion auch in Teilen mitgehen. Der Zustand vieler Radwege und vieler Gehwege in Bremen ist katastrophal, und natürlich muss dort mehr Geld investiert werden, aber das passiert ja auch. Die Ausgaben für den Pkw-Verkehr steigen um rund 23 Prozent, die Ausgaben für den Fahrradverkehr um rund 400 Prozent. Das ist meines Erachtens eine deutliche Steigerung zu dem, was vorher in die Hand genommen worden ist. Allerdings muss man auch sagen, dass ein Großteil der Gelder gerade nicht in den Erhalt der bestehenden Fahrradwege fließt, sondern in verschiedene neue Projekte, in Prestigeprojekte, und ich glaube, das sollte nicht der Fokus von Fahrradpolitik in Bremen sein.

(Beifall FDP)

Für mich ist das ein Ausspielen verschiedener Verkehrsteilnehmer gegeneinander, und – das habe ich auch in vorherigen Reden immer wieder gesagt – keine Lösung. Die meisten Menschen nutzen ja nicht entweder das Auto oder das Fahrrad, sondern die meisten Bremerinnen und Bremer nutzen sowohl das Auto als auch das Fahrrad und den ÖPNV, und sie gehen zu Fuß. Wie soll ich denn zur Haltestelle kommen, wenn ich keinen vernünftigen Fußweg habe? Dieses Ausspielen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander bringt uns, glaube ich, an dieser Stelle nicht weiter, und nur zu sagen, was man nicht möchte und was alles verschwinden soll, funktioniert in der Politik nicht. Nur zu verbieten, löst keine Probleme, sondern verlagert sie meistens und sorgt dafür, dass die Probleme an anderer Stelle wieder aufkommen. Die Aufgabe von Politik ist es nun einmal, sich die Ursachen anzuschauen, sich die dahinter liegenden Probleme anzuschauen und dann Lösungen zu erarbeiten, die für alle halbwegs tragbar und in Ordnung sind. Das sollte Politik auch immer mit Augenmaß tun und vor allem mit einem Sinn für den Ausgleich zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmern.

Dieser Antrag ist für mich zu einseitig und schafft genau diesen Ausgleich nicht. Trotzdem sind in dem Antrag auch viele interessante Ansätze, die es, glaube ich, wert sind, weiter diskutiert zu werden, und wir stehen dafür auch gern bereit, über dieses Thema mit Ihnen weiter zu diskutieren. – Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte gern noch einmal inhaltlich einige Punkte nennen und auch die Sinnhaftigkeit dieses Antrags verschärfen. Der öffentliche Raum sollte für alle da sein, das ist er aber nicht. Insbesondere abgestellte Autos nehmen viel Platz auf öffentlichen Parkplätzen, auf der Straße und auf den Fußwegen ein. Parkflächen nehmen ungefähr zehnmal so viel Platz ein wie zum Beispiel Spielplätze. Insbesondere Autos brauchen viel mehr Platz als andere im Individualverkehr. Da, wo ein Auto steht, könnten zehn Fahrräder stehen. Autos werden am Tag durchschnittlich nur eine Stunde bewegt, manchmal sogar weniger. Manchmal stehen sie wochenlang nur da und nehmen Platz weg.

Parken ist sehr günstig. Weniger als ein Prozent der durchschnittlichen Haushaltskosten machen die Kosten für Bewohnerparken aus, und Parken ist in Deutschland auch im Vergleich zum ÖPNV sehr günstig. In Bremen kostet jede angefangene Stunde im Parkhaus einen Euro, maximal zwölf Euro pro Tag, am Wochenende und nachts sogar maximal nur vier Euro. Zum Vergleich: Jede angefangene Stunde kostet in Berlin 3,20 Euro, in München 2,50 Euro, sogar in Braunschweig 1,80 Euro, vom europäischen Niveau ganz zu schweigen! In Amsterdam kostet das Parken pro Stunde 7,50 Euro, in London 5,70 Euro, in Kopenhagen fünf Euro. Auch im Vergleich zum ÖPNV ist das Parken günstig. Ein Einzelticket kostet beim ÖPNV 2,85 Euro.

Seit Jahren steigt die Anzahl der zulassungspflichtigen Kraftfahrzeuge, und gleichzeitig nimmt der Anteil an großen Fahrzeugen wie SUVs und Geländewagen jährlich zu, wodurch der für alle anderen Verkehrsteilnehmer noch zur Verfügung stehende Platz abnimmt. In Bremen ist die Anzahl der Kraftfahrzeuge von 2015 bis zum Jahr 2019 um 4,25 Prozent gestiegen, und seit Jahren werden alle Autos, egal welcher Klasse, immer größer, breiter und höher. Je größer das parkende Auto, desto schlechter ist die Sicht auf eventuell querende Kinder und andere Personen, desto schlechter die Sicht von querenden Fußgängerinnen und Fußgängern, insbesondere auch wieder Kindern auf der Straße, und die Unfallgefahr steigt.

Falsch abgestellte Autos behindern Zufahrten für Rettungskräfte und gefährden schwächere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, aber auch andere Autofahrer, die zum Beispiel in zweiter Reihe parken. In Bremen mussten Polizei und Ordnungsamt zusammen 2 936 Abschleppvorgänge einleiten. Im Jahr 2019 wurden in Bremen etwa 191 000 Mal Verwarnungen und Bußgelder wegen verkehrswidrigen Parkens und Haltens ausgesprochen.

Deswegen – ich will das jetzt abkürzen! – ist es richtig und notwendig, dass dieser Antrag von der Bürgerinitiative auf den Weg gebracht worden ist. Ich war in den Neunzigerjahren auch einmal Initiator eines Bürgerantrags und weiß, wie mühselig es ist, Unterschriften zu sammeln, mit den Menschen zu diskutieren, zu schauen, dass die Unterschriften sauber lesbar sind, dass die Anschriften mit angeben sind und so weiter.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir heute in der Lage gewesen wären, diesem Antrag zuzustimmen, und ich denke, es wäre auch eine Wertschätzung gegenüber denjenigen gewesen, die da sehr viel Arbeit investiert haben. Die akademische Diskussion um das Haar in der Suppe fällt mir auch manches Mal ein bisschen schwer nachzuvollziehen, ich muss aber auch lernen, letztendlich ist es, wie es ist in einer Koalition, wenn man sich nicht einig ist, und der kleinste gemeinsame Nenner war in diesem Fall eine Überweisung in die zuständige Deputation. Das werden wir selbstredend mittragen.

Abschließend noch einmal ein herzliches Dankeschön und eine hohe Anerkennung an die Bürgerinitiative, die diesen wichtigen Antrag auf den Weg gebracht hat! – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich sagen, ich finde Bürgeranträge richtig gut, weil sie nämlich zeigen, dass das ein Teil der lebendigen Demokratie ist. Dieser Antrag greift auch eine sehr wichtige Frage auf, nämlich mehr Platz weg von den parkenden Autos, von dem ruhenden Verkehr wegzunehmen – wir haben es vorhin noch einmal gehört, ein Auto steht mehr, als dass es fährt –, um dann nämlich den Menschen

den Platz wieder für andere Aktivitäten anzubieten, wie zum Beispiel Kindern auch den Platz zum Spielen zurückzugeben.

Der Antrag hat zum Ziel, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich Platz zurückzuerobert. Er spricht Themen an, die im Koalitionsvertrag verankert sind und die wir in der Koalition auch konsequent vorantreiben. Die ganz aktuellen Abstandsregelungen aufgrund der Coronapandemie haben wir heute Morgen noch einmal gehört, eineinhalb Meter Abstand zwischen Fahrradfahrern und Autos, das steht sowieso in der Straßenverkehrsordnung, aber jetzt haben wir noch einmal aufgrund der Coronapandemie gelernt, und es wird uns noch einmal sehr deutlich, wie sehr zum Beispiel auch die Gehwege in vielen Straßen durch parkende Autos eingeengt sind. Wir brauchen also mehr Platz für die Menschen und nicht unbedingt für die Autos.

Unabhängig von der Coronapandemie ist die Situation in den Straßen gerade in einigen Wohnquartieren extrem kritisch. Wir haben eine Verkehrsfährdung durch Sichtbehinderungen, gerade wenn an Querungsstellen oder in Kurvenbereichen geparkt wird, kann man oft nicht sehen, ob da ein Auto um die Ecke kommt. Das macht es schon einmal schwer für Fußgänger, gerade auch für kleinere Kinder, sicher über die Straße zu kommen.

Teilweise gibt es gar kein Durchkommen für Kinderwagen und Rollstühle, schon gar nicht für Zwillingskinderwagen auf einem Gehweg.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz wichtig, Liebespaare!)

Liebespaare, okay, die können sich ja vielleicht noch enger, Robert Bücking, aneinander kuscheln, aber jemand, der im Rollstuhl sitzt, kann nicht ausweichen, und ein Elternteil, das einen Kinderwagen schiebt, kann das auch nicht. Dementsprechend ist es mehr als misslich, wenn dort die Autos parken, ganz zu schweigen von Ausweichmöglichkeiten. Ein riesiges Problem ist auch, dass Rettungsfahrzeuge oft nicht durch die Straßen zum Einsatzort kommen oder durch die parkenden Autos behindert werden.

Die Koalitionsparteien haben den Handlungsbedarf anerkannt. Deswegen gibt es im Koalitionsvertrag dazu auch verschiedene Passagen, zum einen soll die Praxis des aufgesetzten Parkens neu geordnet werden, zum anderen grundsätzlich zurückgedrängt werden, Kontrolle und Durchsetzung von

straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften, Falschparken konsequent verhindern, personelle Verstärkung des Ordnungsamtes, konsequente Parkraumbewirtschaftung, Einführung von Bewohnerparken prüfen, Parkraum für Fahrradstellplätze und mobilpunkte und mobilpünktchen nutzen, das alles haben das Innenressort und wir in einem gemeinsamen Konzept zum Parken in den Quartieren zusammenggeführt.

Als Ergebnis gibt es ein Strategiepapier aus unseren beiden Häusern, das Innensenator Mäurer und ich Anfang Februar vorgestellt haben. Es wurde schon auf zwei Pilotprojekte eingegangen, wo wir Anwohnerparken noch einmal ausprobieren wollen, nämlich im Hulsbergquartier beziehungsweise im Gebiet Bismarckstraße/St.-Jürgen-Straße/Vordem Steintor/Horner Straße und in einem Gebiet in Findorff. Wir wollen das danach ausweiten und auf weitere Quartiere übertragen. Dieses Strategiepapier deckt schon viele Forderungen der Initiative Platz da! und des Bürgerantrags ab.

Ich will jetzt nicht auf alle Forderungen im Einzelnen eingehen – die Uhr tickt! –, aber ganz klar ist, dass es, wenn wir Anwohnerparken einrichten, auch nur mit konsequentem Handeln und einem konsequenten Überwachen einhergehen kann, und das ist auch richtig so, meine Damen und Herren. Ich sehe es als absolut richtig an, die Parkraumbewirtschaftung in den innenstadtnahen Quartieren auszudehnen, es ist ein wichtiger Hebel für die Verkehrswende.

Ich möchte zur Verkehrswende schon einen Kommentar in Ihre Richtung abgeben, Herr Schäck: Wir sind uns alle einig, dass wir den ganzen ÖPNV und die Alternativen attraktiver machen. Ich bin aber nicht einverstanden, dass Sie hier einen prozentualen Anstieg für den Fahrradverkehr um das Vierhundertfache anzeigen. Man muss sich einmal die Gesamtsumme ansehen, und dann sieht man, dass es, wenn man von einem kleinen Niveau kommt und etwas erhöht, prozentual natürlich immer höher ist, als wenn man für den großen Etat, der für den Individualverkehr vorgesehen ist, eine kleinere Steigung macht. Das macht prozentual nicht so viel aus, aber in der Gesamtsumme gibt es einen riesigen Unterschied zum Rad- und Fußverkehr, der finanziert wird, und wir sind froh, dass wir jetzt eine Vervielfachung für den Radverkehr vornehmen können. Dazu zählt im Übrigen auch – und das habe ich vorhin in der Fragestunde beantwortet – die Sanierung von Radwegen für 1,2 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021, aber neue Radverkehrsprojekte als Prestigeobjekte zu benennen,

kann ich ehrlich gesagt nicht gutheißen. Ich glaube, sie sind für eine konsequente und gute Verkehrswende im Sinne des Klimaschutzes notwendig, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss, Frau Präsidentin, und möchte noch einmal sagen: Wir halten viele Forderungen des Bürgerantrags für sinnvoll. Ich unterstütze die Ziele der Initiative Platz da!, der Innensenator und ich bearbeiten das Thema mit einer sehr hohen Priorität, und ich freue mich dann auf die Diskussion in der Deputation, wenn der Antrag überwiesen wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung, federführend, und Inneres vorgesehen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag entsprechend.

Bremer Hans-Koschnick-Flughafen erhalten
Antrag der Gruppe M.R.F.
vom 17. Februar 2020
(Drucksache [20/126 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Cordßen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Magnitz das Wort.

Abgeordneter Magnitz (M.R.F.): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bremer Flughafen hat verloren, und zwar im internationalen wie im nationalen Vergleich an Fluggästen, und zwar ganz massiv. Er befindet sich – und das nicht erst in Zeiten von Corona – in einer wirklich tiefen und existenzbedrohenden Krise, und deswegen haben wir uns entschlossen, diesen Antrag hier zu stellen. Es geht darum, den Bremer Hans-Koschnick-Flughafen zu erhalten, den wir massiv bedroht sehen, und wir sehen mit den getroffenen Maßnahmen auch im Moment nicht, dass die Möglichkeiten gegeben sind, ihn so weiterhin dauerhaft zu erhalten.

Der Bremer Flughafen ist derzeit bemüht, neue Airlines und neue Flugverbindungen von und nach Bremen anzuwerben, um durch mehr Starts, Landungen und Passagiere einen wirtschaftlichen Betrieb und damit den Erhalt des Flughafens und der Arbeitsplätze zu sichern. Der Bremischen Bürgerschaft ist die angespannte wirtschaftliche Lage des Flughafens mit einem Investitionsstau von 80 Millionen Euro und Darlehen von 12,6 Millionen Euro aus dem aktuellen bremischen Haushalt grundlegend bekannt.

Beschlussempfehlung: Die Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft, möge beschließen: Erstens: Die Bremische Bürgerschaft erkennt an, dass der Luft- und Raumfahrtstandort Bremen ohne einen eigenen Flughafen gefährdet wäre und bekennt sich zum Erhalt des Bremer Hans-Koschnick-Flughafens.

Zweitens: Die Bremische Bürgerschaft erkennt an, dass zum Erhalt des Bremer Hans-Koschnick-Flughafens und dessen wirtschaftlichen Betrieb die Passagierzahlen durch geeignete Maßnahmen gesteigert werden müssen, um zahlreiche Arbeitsplätze zu sichern.

Drittens: Die Bremische Bürgerschaft unterstützt die Bemühungen zum Erhalt des Bremer Hans-Koschnick-Flughafens durch geeignete Maßnahmen, um die flughafenbezogenen direkten, indirekten und induzierten circa 25 000 Arbeitsplätze zu sichern.

Viertens: Alle durch die Bremische Bürgerschaft zum wirtschaftlich erfolgreichen Betrieb des Hans-Koschnick-Flughafens unternommenen und/oder unterstützen Maßnahmen sind von der Beschränkung des Klimavorbehalts ausgenommen.“

Ich muss ganz deutlich sagen, dass die bisherigen angedachten oder durchgeführten Maßnahmen, wie zum Beispiel die Verlagerung der Kosten für die Flughafenfeuerwehr, mit Sicherheit nicht ausreichend sein werden. Wir haben weiterhin das Problem, dass wir durch die Vorbehalte, durch die verdeckte Förderung, also ich sage einmal, durch die EU-Richtlinien, natürlich sehr eingeschränkte Möglichkeiten der direkten Unterstützung haben. In Berlin beim BER ist man zweimal auf die Idee gekommen, wie das gehen könnte. Man hat Darlehen gewährt, beide Male in Höhe von 500 Millionen Euro, die dann im Anschluss in Eigenkapital umgewandelt werden müssten. Das ist mit Sicherheit nicht EU-konform, und ich weiß auch nicht, ob das weiterhin so gemacht werden kann.

Zur wirtschaftlichen Absicherung bräuchte der bremische Flughafen etwa fünf Millionen Fluggäste, um wirtschaftlich aus eigener Kraft tragfähig zu sein. Davon sind wir weit entfernt, wir liegen etwa bei der Hälfte. Um diese Fluggastzahlen zu erreichen, muss man einfach anfangen, über heilige Zöpfe, die man vielleicht auch abschneiden muss, nachzudenken. Es ist notwendig, dass man möglicherweise die Start- und Landezeiten ausweitet, weil das die Voraussetzung bietet, andere Fluglinien dazu zu bewegen, Bremen anzufliegen.

Man müsste auch weiterhin darüber nachdenken, die gesamte vorhandene Landebahn auszunutzen, denn ein Teil der Landebahn, die letzten 300 Meter, die nicht genutzt werden dürfen, ist ursprünglich ja einmal gebaut worden, um Start- und Landemöglichkeiten für den Guppy zu schaffen, der mittlerweile Bremen aber gar nicht mehr anfliegt und so weiter. Deswegen bitte ich, unserem Antrag hier zuzustimmen! – Vielen Dank!

(Beifall M.R.F.)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt ein Antrag von der Gruppe M.R.F. vor, den Bremer Hans-Koschnick-Flughafen zu erhalten, und sowohl der Inhalt des Antrages, also seine Begründung, als auch die Maßnahmen sind ungefähr so sinnvoll, als würde beantragt werden, die Bremische Bürgerschaft möge sich zum Hauptbahnhof bekennen.

(Beifall DIE LINKE)

Zwei Dinge kennzeichnen diesen Antrag. Das Erste ist, die Gruppe M.R.F. hat das Problem nicht durchdrungen. Demzufolge kommt sie auch nicht auf Lösungen. Sie waren offensichtlich in den letzten zwölf Monaten oder davor nicht im Parlament, sowieso nicht im Parlament, und in den letzten zwölf Monaten haben Sie nicht aufgepasst, denn sonst wüssten Sie, es gibt überhaupt gar keinen Zweifel, dass der Bremer Flughafen für die Wirtschaftspolitik, für die Wirtschaft in Bremen eine zentrale Rolle spielt, da wir hier Industrien haben, Firmen haben, die darauf angewiesen sind, und dass er natürlich auch für die Menschen in Bremen bislang eine Gelegenheit war, von Bremen aus in den Urlaub zu fliegen.

(Beifall FDP)

Ich mache darauf aufmerksam, ich blicke noch einmal zurück, denn ich kann die Gelegenheit wahrnehmen, einmal eben zu sagen, was diese Bürgerschaft jetzt schon auf den Weg gebracht hat. Wir haben uns vor zwei Jahren mit dem Sanierungsstau auseinandergesetzt. Das hat uns ein bisschen überrascht, dass es so gekommen ist, aber es steht seit zwei Jahren auf der Tagesordnung, und wir haben Konzepte, wie dieser Sanierungsstau abgebaut werden soll.

Wir haben im letzten Jahr nicht nur einfach einen Kredit gegeben, sondern wir haben geschaut, wie wir eigentlich EU-beihilfekonform den Flughafen unterstützen können, und wir haben uns entschieden, dass wir in Zukunft die Kosten der Flughafenfeuerwehr übernehmen, und das in einem ersten Schritt in Form eines Kredits gemacht. Das ist aber nicht nur einfach ein Kredit, sondern das ist ein erster Schritt, den Flughafen strukturell zu entlasten.

Im Jahre 2018 hatten wir ungefähr 2,5 Millionen Fahrgäste, ungefähr 48 Millionen Euro Einnahmen aus Fahrgästen, und das war schon ziemlich nah an einer schwarzen Null. Der Flughafen war also schon einmal in einer Situation, in der die Zuschüsse möglicherweise kleiner ausfallen könnten.

Jetzt haben wir aber eine vollständig andere Situation. Der Flughafen ist geschlossen, es fliegen keine Flugzeuge. Es ist so, dass Airlines in der ganzen Bundesrepublik um ihre Existenz kämpfen, und ich bin mir fast sicher, dass nicht alle Airlines überleben. Ich bin mir auch sicher, dass sich das Flugverhalten und das Benutzen von Flugzeugen schon deswegen, weil Homeoffice auf einmal praktikabel ist, verändert und zurückgeht. Das heißt, wir müssen uns die Frage stellen: Was für einen

Flughafen brauchen wir eigentlich in Zukunft? Diese Frage zu beantworten ist gar nicht so einfach vor dem Hintergrund mit höchstwahrscheinlich deutlich reduzierten Fluggastzahlen. Deswegen finde ich es gut, dass der Flughafen sich auf den Weg gemacht hat, vor diesem Hintergrund der Coronapandemie und des Ausbleibens von Fluggästen ein Sanierungskonzept aufzulegen, das schon mitdenkt, wie ein Flughafen in Zukunft aussehen kann.

Deswegen ist es richtig, dass wir dem Flughafen Zugang zu dem gegeben haben, was die Finanzer „Cashpool“ nennen. Das ist nicht etwa Dagobert Duck, wie er in seinen Goldmünzen badet, sondern das ist eine Möglichkeit, schnell und unkompliziert die Zahlungsfähigkeit einer Einrichtung, eines Betriebes zu sichern. Darin sind auch andere Firmen.

Wir machen eines ganz bestimmt nicht: Wir werden nicht Umweltschutz, Lärmschutz und ähnliche Dinge aufgeben, um einen Flughafen mit noch mehr Passagieren zu betreiben. Das geht nicht auf Kosten von Umwelt- und Lärmschutz, und das geht schon gar nicht auf Kosten eines beschleunigten Klimawandels, denn eines ist völlig klar: Entweder gelingt es uns, den CO₂-Ausstoß und die Zahl der Flugbewegungen zu verringern, oder wir werden irgendwann gar nicht mehr fliegen können. Dieser Prozess des Klimawandels wird uns in naher Zukunft mit Sicherheit intensiver beschäftigen als jetzt die Coronapandemie. Das ist ein Prozess, wenn wir den unterschätzen, wenn wir jetzt sagen, es ist egal, wir kippen es über Bord, dann machen wir einen großen strategischen Fehler, und das ist das Letzte, was die Gruppe M.R.F. nicht verstanden hat! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP,)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Möglichkeiten für neue Standorte für Windkraftanlagen an der A27 prüfen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 18. Februar 2020

(Drucksache [20/127 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Michalik.

Abgeordneter Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung, nicht nur aufgrund der aktuellen Coronakrise, sondern auch, wenn wir die Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreichen wollen. In den vergangenen Monaten wurden in der Bremischen Bürgerschaft viele lebhafte Debatten zum Thema Klima geführt, und diese thematisierten auch die dramatischen Folgen des Klimawandels. Diese Debatten und Anträge, die daraus resultierten, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Als Antwort auf diese globale Herausforderung hat die Bundesregierung bereits Beschlüsse gefasst und den Ausstieg aus Kernkraft und Kohleverstromung angepeilt. Mit dem Bundesklimaschutzgesetz vom Dezember 2019 hat sich die Bundesregierung außerdem deutlich zur Klimaneutralität bis spätestens 2050 bekannt. Gleichzeitig bedeuten diese Beschlüsse, dass erneuerbare Energien in den Bundesländern und Kommunen in der nächsten Zeit weiterhin massiv ausgebaut werden müssen, um ein nachhaltiges, kostengünstiges, klimafreundliches und umweltfreundliches Energiesystem aufzubauen.

Welche Situation haben wir aktuell in Bremen? Ich möchte an dieser Stelle ein paar Zahlen nennen, leider aus dem Jahr 2017, neuere liegen nicht vor: Im Land Bremen betrug im Jahr 2017 der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch nur circa

15 Prozent. Im gleichen Jahr setzte sich die Stromerzeugung – hier bitte differenzieren zwischen Verbrauch und Erzeugung! – im Land Bremen nur zu neun Prozent aus erneuerbaren Energien zusammen, und nur 3,6 Prozent kommen aus der Windenergie.

Gleichzeitig wurden zwischen 2011 und 2018 nur zehn weitere neue Windkraftanlagen in der Stadtgemeinde Bremen gebaut. Meine Damen und Herren, diese Situation und diese Zahlen können uns nicht zufriedenstellen.

(Beifall CDU)

Als Stadtgemeinde Bremen haben wir nicht viele Flächen, aber dennoch Potenziale. Eines der mächtigsten kommunalen Instrumente für die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien stellt die Flächenausweisung für Windkraftanlagen an Land dar. Da die Stadtgemeinde Bremen durch ihre Landesgrenzen räumlich erheblich eingeschränkt ist, müssen nun weitere Flächen für den Ausbau von Windkraft geprüft werden. Unser Antrag soll einen weiteren Beitrag dazu leisten, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Fläche entlang der A 27 zwischen Dreieck Bremen-Industrieafen und Bremen -Überseestadt solch ein Prüffall. Im Flächennutzungsplan sind bereits drei Standorte für mögliche Windkraftanlagen entlang dieser Strecke ausgewiesen. Wir sind der Meinung, dass wir auch in der Gesamtheit denken müssen, wenn wir Klimaziele erreichen wollen, also nicht entweder/oder, sondern auch an Offshore-, Onshore- und Solarenergie. Deshalb wollen wir prüfen, ob auch weitere Windkraftanlagen entlang dieser Strecke errichtet werden können, wie etwa südlich in Richtung der Bahnanlagen oder in Richtung Norden auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Diese Prüfung ist aus Sicht der CDU auch deshalb wichtig, weil die Errichtung von Windkraftanlagen in der Nähe von Naturschutzgebieten eben nicht unproblematisch ist und sorgfältig anhand des Einzelfalls geprüft werden muss.

Meine Damen und Herren, wer es ernst meint mit der Energiewende, der muss auch handeln. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Antrag Ihre Unterstützung findet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau der Windkraft onshore befindet sich in einer tiefen Krise, und es liegt deshalb nahe zu fragen: Was kann man machen? Kann man mehr machen? So wie es hier vorgetragen wird, stößt es allerdings erst einmal ein bisschen sauer auf, denn es wird mit einem Unterton vorgetragen, als wäre hier in Bremen, zumindest in den letzten sieben Jahren, nur sehr, sehr wenig getan worden.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Stimmt ja auch!)

Das ist ein Punkt, den man sich dann näher ansehen muss, und wenn man sich diese Sache näher ansieht, dann wird man natürlich erst einmal feststellen, dass Bremen mit seinen Möglichkeiten in der Windenergie zumindest schon einmal im Vergleich zu den beiden anderen Stadtstaaten allein mehr als diese geschaffen hat.

(Beifall SPD)

Wenn man dann weiterschaut, auch in die Flächenländer, dann wird man feststellen, wenn man das einmal nach der Fläche bemisst, von der Sie ja gesagt haben, dass sie etwas kleiner ist als bei den anderen Bundesländern, dass wir umgerechnet auf die Fläche mit Schleswig-Holstein an der Spitze liegen. Wir sind also ganz vorn, und ich glaube nicht, dass Sie die Veranlassung haben sollten zu sagen, dass wir uns hier unambitioniert ausruhen würden.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Wer hat das denn damals gemacht?)

Wir haben in diesem Bereich bis 2014 den Flächennutzungsplan neu aufgestellt. Sie waren damals nicht dabei, aber einige von Ihnen können sich noch daran erinnern. Wir haben damals sehr, sehr offensiv geprüft, was in diesem Bereich alles möglich ist. Wir sind in einer Reihe von Fällen durchaus an Grenzen gegangen. Ich möchte an die Ritterhuder Heerstraße erinnern, wo es durchaus Bürgerinnen und Bürger gab, die gesagt haben: Das könnt ihr nicht machen! Ich erinnere an den Bultensee, der uns heute noch beschäftigt, und ich erinnere an Obervieland, woran sich auch insbesondere Frau Ahrens wahrscheinlich noch erinnern wird, die dort damals als eine Jeanne d'Arc des Widerstands aufgetreten ist,

(Heiterkeit)

sodass die CDU damals sicherlich nicht zu den Förderern zählte. Wir haben es damals dort nicht gemacht, das hatte etwas mit dem Flughafen zu tun. Wenn man diese Sache jetzt Revue passieren lässt, was da gewesen ist, dann sind wir 2014 zu dem Ergebnis gekommen, ja, wir haben alles abgeklopft, und wir stellen fest: Mehr geht jetzt von der Fläche her nicht. Wir müssen darauf warten, bis wir im Repowering etwas machen können.

(Glocke)

Vizepräsidentin Grotheer: Herr Gottschalk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Imhoff?

Abgeordneter Gottschalk: Das kann er gleich machen, sobald er auch noch eine Möglichkeit hat! Wir haben hier zweimal fünf Minuten Redezeit, dann kann er sich ja melden. Es ist ein bisschen knapp, und ich möchte dies jetzt zu Ende bringen! Die CDU kommt nun ganz bescheiden daher und sagt: Na ja, geht denn nicht noch ein bisschen entlang der Autobahn?

Dazu Folgendes: Direkt an der Autobahn lässt sich natürlich nichts machen. 40 Meter sind schon einmal absolutes Tabu, da kann man nicht hinein. Sieht man sich Rotorblätter von 80 bis 100 Metern Länge an, dann sind wir schon einmal bei 120 bis 140 Metern jenseits der Autobahn. Wenn wir dann einmal ein bisschen genauer hinschauen, dann sehen wir, dass wir dort im Natur- und Freizeitbereich Bremer Westen sind. Man hätte als Überschrift ja auch „Neue Windenergieanlagen in den Natur- und Freizeitbereich Bremer Westen“ wählen können. Das haben Sie nicht gemacht. Warum? Weil Sie natürlich genau wissen, dass sich dieses Thema etwas anders darstellt! Wie stellt es sich dar? Wenn man sich den größten Teil dort anschaut, dann wird man erst einmal feststellen, dass sind Kleingartenbereiche.

(Zuruf Abgeordneter Imhoff [CDU])

In diesen Kleingartenbereichen ist natürlich schon einmal ein Bauverbot festzustellen. Dann gibt es daneben in der Tat weitere Bereiche, die man nutzen könnte, landwirtschaftlich in dem Bereich und auch für den Naturausgleich vorgesehen. In der gesamten Diskussion ist aber seinerzeit im Flächennutzungsplan entschieden worden, diese Fläche für den Freizeitbereich, den Erholungsbereich und die Natur zu belassen und sie dort weiterzuentwickeln.

Wenn Sie jetzt sagen, das machen wir jetzt wieder auf – das ist ja Ihr Antrag! –, dann würde natürlich auch eine Diskussion darüber stattfinden: Ist denn die Windenergieanlage das Richtige? Wollen wir da möglicherweise auch noch Gewerbeflächen hineinbringen, oder gibt es da sonst noch etwas?

(Unruhe CDU – Zuruf Abgeordneter Imhoff [CDU])

Wenn man in diesem Bereich dann noch weiter dazu kommen würde zu sagen, da quetschen wir noch eine kleine Windenergieanlage hinein – Herr Imhoff wird es ja wissen –, dann müssten wir den ganzen Flächennutzungsplan am Ende noch einmal öffnen. Da kann ich nur sagen, werter Kollege, das ist gut gemeint, aber dafür, dass sich die CDU jetzt profilieren will und für die 92. Windkraftanlage in Bremen auch einmal einen Vorschlag macht, werden wir so ein großes Fass nicht aufmachen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bruck.

Abgeordneter Bruck (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete der CDU, lieber Herr Michalik! Vielen Dank für den Antrag und den Willen, die Windenergienutzung in Bremen auszubauen! Sie wollen jetzt also prüfen, was entlang der A 27 noch möglich ist, und da hat der Kollege Gottschalk ja schon darauf hingewiesen, dass so eine Prüfung schon einmal mit dem Windenergiekonzept im Rahmen des Flächennutzungsplans stattgefunden hat. Sie sind ja auch Mitglied der KULT-Deputation, in der wir in der letzten Woche bereits auch noch einmal über die Windpotenziale informiert wurden. Einen Antrag auf nochmalige Prüfung dieser Windenergiestandorte lehnen wir deshalb ab.

Warum es so schwierig ist, neue Standorte zu finden, ist auch schon angesprochen worden. Das hat einen erfreulichen Grund, nämlich, dass die Windenergienutzung im Bremen schon ziemlich gut ist, vor allen Dingen, wenn man berücksichtigt, dass wir ein Stadtstaat sind, dass eine energieautarke Versorgung mit Windenergie auf der Fläche eines Stadtstaates einfach nicht funktionieren wird. Trotzdem können wir gern noch einmal diskutieren, warum das jetzt entlang der A 27 zwischen den von Ihnen genannten beiden Autobahnabfahrten unrealistisch ist.

Ich habe mir das noch einmal auf der Karte und in dem Windenergiekonzept angesehen, Herr Gottschalk hat dazu schon einiges gesagt. Südlich der Autobahn wird es ohnehin zu eng wegen der Abstände zur Autobahn und wegen der Abstände zur Wohnbebauung. Nördlich der Autobahn ist es dann vielleicht ein bisschen detaillierter, ich gehe das einmal von West nach Ost entlang der Autobahn zwischen dem Dreieck Industriehäfen bis zur Abfahrt Überseestadt durch, wie Sie es im Antrag beschrieben haben.

Das Erste ist die Ritterhuder Heerstraße, da stehen bereits zwei Anlagen, nachdem das 2015 in dem Konzept aufgetaucht ist. Das Potenzial der Fläche ist damit ausgenutzt. Das Zweite ist die Fläche östlich der ehemaligen JVA. An der JVA stehen allerdings auch Wohngebäude, und zu Wohngebäuden ist ein Abstand einzuhalten. Vielleicht kann man auf die Idee kommen, dass man dort dann eine kleine Anlage in dieses Gebiet hineinquetschen könnte. Die stünde dann aber direkt an der Ecke zum Fleet, zu den Kleingärten, die östlich angrenzen, und zum Natura 2000-Gebiet, das in den meisten Fällen nicht erlaubt, eine angrenzende Windenergieanlage zu errichten, noch dazu auf einer Fläche, die als Ausgleichsfläche für Naturschutz infrage kommt.

Das nächste Gebiet sind dann die Kleingartengebiete. Da haben wir auch schon gehört, dort sind Windenergieanlagen weder sinnvoll noch zulässig. Dann kommt das Gebiet Waller Feldmarksee. Wenn man der Meinung ist, da wäre noch Platz für Windenergieanlagen, dann kann man feststellen, dass auch in dem Windenergiekonzept steht, dass es ein Brutgebiet der Sumpfohreule und deswegen schon aus Gründen des Artenschutzes ungeeignet ist. Auch das wurde ja in der letzten Woche in der KULT-Deputation schon angesprochen und reicht als Grund eigentlich auch aus. Trotzdem auch da der Hinweis: Eine Anlage würde da deutlich näher am See stehen, als es beim Bultensee mit der geplanten Anlage der Fall ist. Der Erholungswert des Waller Feldmarksees leidet sowieso schon unter der Autobahn, und ich glaube, das könnte man aus unserer Sicht nicht rechtfertigen, abgesehen davon, dass ohnehin Gründe des Artenschutzes dagegensprechen.

Dann kommt die Blocklanddeponie – da stehen bereits Anlagen, die sollen da natürlich auch stehen bleiben –, und hinter der Blocklanddeponie folgt die Abfahrt Überseestadt, und dann ist Ihr favorisierter Autobahnabschnitt auch schon wieder vorbei. Fazit also: Realistisch ist da auf dem Gebiet

nichts zu holen, und eine erneute Prüfung können wir uns daher aus unserer Sicht sparen.

Trotzdem teilen wir natürlich Ihren Wunsch, die Windenergienutzung in Bremen auszubauen, und das sollten wir auch immer wieder gründlich prüfen. Auch das haben wir in der letzten Woche schon in der KULT-Deputation diskutiert. Der Konflikt liegt nämlich nicht im Gebiet entlang der A 27, sondern der Konflikt liegt in der Gewerbeentwicklung. Das betrifft zehn Anlagen in der Mahndorfer Marsch, wo das Gewerbegebiet Hansalinie ausgebaut werden soll, das betrifft acht Anlagen auf der Erweiterungsfläche des Industrieparks West beim Stahlwerk und auch noch andere Anlagen, die zum Repowering anstehen.

Der Bericht der Deputation hat gezeigt, dass 37 Prozent, also mehr als ein Drittel des Windenergiepotenzials, in Bremen im Jahr 2030 auf diese Konflikte entfällt, weit mehr, als man sich vielleicht irgendwie entlang einer Autobahn ausmalen könnte. Da müssen wir also ansetzen und diese Konflikte so lösen, dass beides zusammen funktioniert, Gewerbe und Windenergie. Dass das funktioniert, zeigen etliche Beispiele deutschlandweit, die Probleme, die es da gibt und auch angesprochen wurden, lassen sich lösen. Eisabfall kann durch Beheizung von Gondeln und Rotorblättern verhindert werden, um den Schattenwurf kann man sich durch die Ausrichtung von Gebäuden und so weiter kümmern. Wir sollten diesen Weg gehen, um diese Konflikte zu lösen, und ich würde mich freuen, wenn Sie, liebe Abgeordnete der CDU, sich hier mit uns ganz klar auch für die Windenergienutzung auf Gewerbeflächen positionieren. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU hat beantragt zu prüfen, ob entlang der A 27 zwischen dem Dreieck Bremen-Industriehäfen und Bremen-Überseestadt weitere Windkraftanlagen gebaut werden können.

Die Antwort darauf ist, dass diese Prüfung stattgefunden hat, und es hat eine Entscheidung gegeben, dort aus Gründen des Naturschutzes, aufgrund des Abstands und aus Gründen des Naherholungswertes der Gegend und anderem mehr keine Windkraftanlagen zu bauen. Deswegen kann man an

dieser Stelle sagen, wenn man eine erneute Prüfung nicht will und sie nicht für nötig hält, dann muss man diesen Antrag ablehnen. Wir gehören auch zu denen, die eine erneute Prüfung für diese Gebiete nicht für nötig erachten. Deswegen lehnen wir diesen Antrag auch ab.

Was man allerdings sagen muss, ist, dass ich – ich bin ja auch schon einmal umweltpolitischer Sprecher meiner Fraktion gewesen und heute nur für Ingo Tebbe eingesprungen, der aus Quarantänegründen zu Hause bleiben muss oder sich entschieden hat, zu Hause zu bleiben – hochofrend bin über den breiten Konsens, den es hier in Bremen in diesem Parlament gibt, was die Nutzung von regenerativer Energie angeht. Das ist ein Fortschritt, denn es gab auch Zeiten, meine ich, in denen das nicht ganz so klar war. Deswegen würde ich dafür werben, dafür einzutreten, dass wir die von meinem Vorredner beschriebenen Konflikte mit Gewerbegebieten, wo durchaus noch Windkraftanlagen entstehen könnten, gemeinsam aufarbeiten und gemeinsam nach Lösungen suchen, um tatsächlich weitere Windenergieanlagen zu bauen.

In der Tat ist es so, dass Bremen, was die Kapazitäten und die Flächenkapazitäten angeht, nicht so gut dasteht. Wenn in einen Bus 50 Leute hineinpasse und alle einen Sitzplatz haben, darf man sich nicht wundern, wenn auf der ganzen Strecke niemand mehr zusteigt. Die Sache ist, wir haben praktisch unser Potenzial zu einem großen Teil ausgenutzt, und es wird nicht einfach, dieses Potenzial zu erweitern. Das geht auch aus dem Bericht der Umweltdeputation hervor, der uns vor ungefähr zwei Wochen zugeschickt worden ist, der übrigens auch noch einmal bestätigt, dass eine weitere Prüfung dieser Flächen nicht notwendig ist.

Wofür ich auch werben will, und da sehe ich deutlich mehr Potenzial, ist erstens, dass wir schauen: Welche Art von Fotovoltaikanlagen können wir eigentlich in Industriegebiete integrieren? Ich finde es nach wie vor schwierig, dass es riesige Dächer gibt, und auf diesen Dächern gibt es kaum Fotovoltaikanlagen. Da liegt, glaube ich, wenn man einen Beitrag zur regenerativen Energiegewinnung leisten will, auch ein großes Potenzial, das wir uns gemeinsam ansehen müssen.

Meine persönliche Meinung ist auch, dass wir noch einmal hinsehen müssen: Was ist eigentlich mit Offshore-Windenergie? Können wir eigentlich irgendetwas tun, um die Deckelung aufzuheben, um wieder Teil dieser Entwicklung zu werden, sodass

auch Bremen und Bremerhaven wieder Möglichkeiten haben, das zu entwickeln? Ich habe vor Jahren einmal das Thema aufgebracht, warum die norddeutschen Küstenländer keinen eigenen Offshore-Windpark haben. Damals hat man mir den Vogel gezeigt und gesagt, ich würde wohl spinnen.

Ich sehe es nach wie vor so, dass wir dieses Problem ebenso wie bei Corona ohne einen resoluten staatlichen Eingriff in die Entwicklung nicht lösen werden. Wir werden das Problem des Klimawandels nicht durch den Markt lösen, das wird er nicht tun, das kann er auch nicht, und dazu ist er ja auch nicht da. Wir werden dort staatlich eingreifen müssen. Das heißt, dass wir ein bisschen über die A 27 links oder rechts hinaus denken und da hinsehen müssen, wo tatsächlich Potenziale liegen, nämlich in der Fotovoltaik, in der Offshore-Windenergie und im Energiesparen. Das ist etwas, was mir ganz persönlich am Herzen liegt, und ich freue mich, dass ich zumindest von der Grundidee her in diesem Hause eine Vielzahl von Befürworterinnen und Befürwortern in allen Parteien habe. Ich finde, das ist eine hohe Qualität. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben hier über einen Antrag zu beraten, der einerseits konkret fordert, etwas zu prüfen, und dann kann man sagen, das ist schon einmal geprüft worden, oder man sagt, man prüft noch einmal, weil sich vielleicht das eine oder andere verändert hat, weil sich die Sichtweise und vielleicht auch die Einschätzung des Bedarfs geändert hat und sich auch die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern oder ändern werden. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass gerade eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes diskutiert wird, die dazu führen könnte, dass dort andere Regelungen greifen und die Dinge dann auch anders betrachtet werden könnten.

Ich bin jetzt, was den konkreten Standort angeht, auch skeptisch. Trotzdem bin ich für eine Prüfung, und zwar nicht durch Parlamentarier hier, die eine Einschätzung zu einer Prüfung wiedergeben, die schon einmal stattgefunden hat, sondern noch einmal für eine neue Prüfung. Im Moment bin ich auch skeptisch, dass es gelingen wird, dort an dem konkreten Ort Windkraftanlagen unterzubringen, ganz

einfach, weil sie zu nahe am Vogelschutzgebiet und dem FFH-Gebiet sind – das sind harte Ausschlusskriterien –, aber daneben sind eben Gebiete, die weiche Ausschlusskriterien haben. Wenn gesagt wird, wir müssen uns an Gewerbegebiete herantasten und da im Einzelfall prüfen, was geht, dann müssen wir auch an anderen Stellen in Bremen prüfen, was geht, weil es dann eben notwendig ist zu überlegen, ob und wie das im Einzelfall geht.

Wir sind kein Flächenland, und wir können nicht alles pauschal handhaben, und wir hätten nicht die führende Position unter den Stadtstaaten, wenn wir uns auf Pauschalregelungen eingelassen hätten, sondern der Ausbau der Windkraft konnte immer nur stattfinden, weil die Einzelfälle geprüft wurden und man dann entschieden hat; einmal nicht unserer Auffassung entsprechend, einmal unserer Auffassung entsprechend, aber man hat die Einzelfälle geprüft und darüber entschieden.

Das muss man auch wieder tun, und das muss man auch weiter tun, denn hier steht einerseits der Naturschutz und andererseits die Erholung zur Debatte und die Frage, wie ist es denn mit der Wohnnutzung um die JVA in der Wirklichkeit bestellt. Ist sie wirklich weiter geplant, ist sie so geplant, und ist sie auch ein Ausschlusskriterium, weil wir Menschen damit natürlich nicht zu stark belasten wollen. Dann muss man eben schauen, welche Anlagen es dort gibt und ob es dort auch wirtschaftliche Anlagen gibt, die man dort hinstellen könnte, wenn man da überhaupt etwas hinstellen kann. Dass Eisschlag kein Problem mehr ist, gilt sowohl für Gewerbeflächen als auch für die Autobahn, da ist genügend über Gondelheizungen und Propellerheizungen gesagt worden.

Das Nächste, über das wir dann aber diskutieren müssen, ist die Frage, wie gehen wir insgesamt damit um. Schauen wir wirklich auch an anderen Stellen individuell und prüfen sie – das müssen wir tun! –, und wie gehen wir mit Altanlagen um, die aus der Förderung herauslaufen und repowert werden können? Ja, da können wir etwas tun! Wie gehen wir aber mit den Anlagen um, die nicht repowert werden können? Schauen wir, dass es da Lösungen gibt, dass sie noch möglichst lange genutzt werden können, weil wir auch deren regenerativen Strom haben wollen? Es ist ja schon richtig darauf hingewiesen worden, dass wir erneuerbare Energien im Energiemix ganz dringend brauchen, um die Klimaziele zu erreichen und den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken.

Natürlich wird das alles nicht in Bremen allein gelingen, weil ein Ballungsraum wie Bremen sich nicht energetisch selbst versorgen kann, weil einfach Flächen benötigt werden. Wir werden Offshore-Windenergie brauchen, wir werden Onshore-Windenergie brauchen, wir werden Fotovoltaik brauchen und auch die Fotovoltaik- und die Windenergie, die außerhalb von Bremen produziert wird, um Bremen energetisch zu versorgen. Das geht aber anderen Großstädten überall in der Republik auch so, das ist nichts Besonderes.

Wenn wir führender Wirtschaftsstandort in der Windenergie sein wollen, dann müssen wir aber eben auch das Unsere tun, und dann auch glaubhaft, und zwar bei der Onshore- und der Offshore-Energie, indem wir schauen, dass wir Anlagen hier hinstellen und hier an den Stellen positionieren, wo wir das können, und das geht nur mit Einzelfallprüfungen. So wird es im Übrigen auch den anderen Bundesländern gehen. Auch sie werden, so ist meine feste Überzeugung, das nur mit Einzelfallentscheidungen lösen können und nicht mit pauschalen Abstandsregeln, um die entsprechenden Ausbauziele zu erreichen, denn eines ist doch klar: Wir müssen Fotovoltaik ausbauen. Da ist im Moment die Diskussion zu führen, dass der Deckel entsprechend aufgehoben wird.

Wir müssen Offshore-Windenergie ausbauen und sehen, dass da die Begrenzungen wegkommen. Das haben wir – hier in dieser Halle, glaube ich, noch nicht, aber in der Bremischen Bürgerschaft, zumindest im Landtag – mehrfach gefordert, und wir müssen natürlich auch schauen, was onshore noch geht, hier und an anderen Stellen, denn sonst werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Die erreichen wir nur, wenn wir die Energieerzeugung entsprechend umstellen und dann eben auch die Nutzung entsprechend nachhaltig gestalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Michalik.

Abgeordneter Michalik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Zunächst einmal vielen Dank, Herr Dr. Buhlert, für diesen Beitrag! Das hat vieles von dem vorweggenommen, was ich jetzt noch sagen wollte.

Herr Gottschalk, eine Sache hat Herr Dr. Buhlert aber am Schluss noch einmal gesagt: Es geht auch um die Klimaziele! Sie selbst haben in der Koalition

doch die Klimanotlage ausgerufen, und irgendwie müssen wir doch einen gemeinsamen Nenner finden, um diese Klimaziele zu erreichen, zumindest die, die wir vertraglich einhalten müssen. Sicher ist es problematisch, in dieser Region zu prüfen, aber Sie brauchen auch etwas Mut, um in dieser Sache voranzukommen.

(Beifall CDU)

Herr Bruck, es ist eben nicht per se gesetzlich verboten, in Naturschutzgebieten zu prüfen. Im Einzelfall könnten daraus auch Chancen entstehen. Es gibt Gerichtsurteile, die das ebenso sehen. Das ist auch der Anlass gewesen, diesen Antrag einfach einmal hier zu debattieren. Herr Bruck hat es ja auch bereits gesagt, wir haben in der vergangenen Woche in der Deputation über Windkraft gesprochen, und daraus hat sich ergeben, dass in den nächsten zehn bis 15 Jahren höchstwahrscheinlich ein Rückbau einiger Windkraftanlagen erfolgen wird, das ist zum einen in der Mahndorfer Marsch, und das ist zum anderen auch in der Gegend der Stahlwerke Nordwest.

Dieser Prüfauftrag hier soll diesen politischen Diskurs anregen, um weitere Standorte zu finden. Wir müssen den Ausbau von Windkraft irgendwie voranbringen. Das schaffen wir nur, wenn wir Mut aufbringen und auch einmal unbequeme Standorte prüfen. Die CDU stellt sich klar hinter eine naturverträgliche Windkraftnutzung. Ich spreche hier auch nur vom Prüfen und Abwägen einzelner Interessen, um überhaupt zu schauen, ob man an dieser Stelle weiterkommt.

Wir haben die Situation, dass geplant wird, Windkraftanlagen sehr nah an Wohnbebauung zu stellen, aber wenn diese weiter weg sind und dann ein Naturschutzgebiet in der Nähe liegt, ist das sofort ein Tabuthema. Darüber muss man reden, und wenn Sie nicht einmal mehr prüfen wollen, dann verstehe ich Ihre Aussage nur so, dass die Windkraft für Sie onshore in Bremen gestorben ist und man gar nicht mehr darüber reden darf. Wenn es Ihnen zu unbequem ist, auch einmal unpopuläre Prüfungen zu vollziehen, dann werden Sie die Energiewende nie erreichen! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Michalik, ich nehme das gern in der Allgemeinheit auf, dass Sie sagen, wir müssen gemeinsame Wege finden, um das, was Bremen kann, hier möglichst auch vollständig auszuschöpfen. Da bin ich bei Ihnen. Bei diesem konkreten Vorschlag ist es nur so: Auch ich habe meine Geschichte, mich mit diesem Bereich auseinanderzusetzen. Ich erinnere mich, wie intensiv wir all diese Sachen diskutiert haben, und wenn ich das jetzt aktualisiere und mir noch einmal genau dieses Gebiet ansehe, dann komme ich zu dem Ergebnis, ich sehe nicht, was wir da prüfen sollen.

(Abgeordneter Imhoff [CDU]: Das ist ja gerade Ihr Problem!)

Herr Imhoff, Sie haben jetzt die Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen, wenn Sie fragen wollen, ich habe jetzt ein bisschen Zeit!

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Wir sind aber auch nicht immer schuld! – Zuruf – Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Ja, Kindergarten!)

Herr Michalik, wenn Sie jetzt in diesem Bereich aber einen konkreten Vorschlag gemacht und gesagt hätten, schauen Sie doch einmal, wir kennen uns doch da in diesem Bereich aus, dort könnten wir von der CDU uns nach all den Diskussionen vorstellen, dass da noch etwas hinpasst, und da passt nicht nur so eine Zwerganlage hin, sondern auch eine moderne Anlage, wenn Sie uns das hier vorgestellt hätten, anstatt zu sagen, schaut doch einmal, ob ihr da noch etwas zwischen dem Dreieck Industriehafen und der Überseestadt findet, dann muss ich einfach sagen – da haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht richtig gemacht –, da müssen Sie schon ein bisschen konkreter werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der zweite Punkt ist in diesem Bereich – ja, Herr Bruck hat das genau angesprochen! –, wir müssen ja einmal schauen, was wir mit unseren knappen personellen und finanziellen Ressourcen machen. Ich glaube, wenn wir uns die Windenergie ansehen, dann ist in dieser Vorlage der KULT-Deputation wo ich auch nachgefragt habe, was ist denn mit der Windenergie –. Das ist ja nun auch meine Anfrage gewesen, weil ich sehe, dass wir da ein Problem haben, das wir lösen müssen. Wir sehen, dass dort in diesem Bereich die Sachen rückläufig sind. Wir haben bislang keine einfache Antwort darauf, wie wir das machen müssen.

Mein Vorschlag ist in diesem Bereich, dass wir unsere Überlegungen und unsere Kapazitäten darauf konzentrieren, wie wir damit umgehen, wenn die Frage von Repowering und so weiter ansteht. Ich glaube, das ist eine große Herausforderung, und der würde ich mich auch gern stellen.

Der dritte Punkt ist diese Sache, die uns, ich glaube, jetzt aktuell am meisten fordern wird: Wir müssen mit der Fotovoltaik vorankommen. Wir haben uns das Ziel der Solarcity gesteckt. Da sind wir auch im Versprechen, und ich kann zumindest für meinen Teil sagen: Ja, das ist das Projekt, von dem ich glaube, dass Bremen noch einmal so richtig etwas zeigen und auch richtig etwas bewegen kann, wenn es um die erneuerbaren Energien geht. Darauf möchte ich mich konzentrieren, und ich möchte nicht die Zeit für Bereiche vergeuden, bei denen ich zumindest nicht sehe, an welchem Quadratmeter ich da eigentlich anfangen sollte. Dafür bitte ich um Verständnis! – Danke!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Michalik, jetzt sind Sie doch ein bisschen trotzig geworden, stimmt das? Jetzt haben Sie gesagt, die wollen das nicht einmal prüfen, dann haben Sie erklärt, dass wir das mit der Solarenergie nicht wirklich ernst nehmen und gar keinen Ausbau wollen. Das ist ein bisschen trotzig, aber ich will das – –.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Aber richtig!)

Nein, das wollte ich ja gerade sagen, es ist natürlich auch ein Vorwurf, der nicht zutrifft! Ich habe mir noch einmal die Tabelle aus der Umweltdeputation von vor einer oder zwei Wochen angesehen. Da wird gesagt, dass wir eine Kapazität haben, was die Onshore-Windenergie angeht, die wir um ungefähr zehn Prozent von 115 000 Kilowatt auf ungefähr 133 000 Kilowatt steigern können. Das ist ein bisschen mehr als nichts, das ist ein Ausbau. Ich glaube, das ist im Rahmen dessen, was möglich ist, durchaus ein respektables Ziel.

Zweitens, ich habe Ihren Antrag noch einmal gelesen. Ich habe unglücklicherweise gar keinen Grund gefunden, warum wir eine Prüfung, die im Jahr 2015 vorgenommen worden ist, jetzt noch einmal wiederholen sollen. Hätten Sie ein Argument

geliefert und gesagt, dieses und jenes habe sich geändert – es fliegen dort nicht mehr so viele Vögel, den Autofahrern hat es gefälligst egal zu sein, ob sie beschattet werden –, dann wäre ich ja viel mehr geneigt gewesen zu sagen, okay, in Marx' Namen, dann prüfen wir das eben noch einmal, aber diese Details fehlen in diesem Antrag, und ich befürchte, ich bleibe dabei: Ich empfehle meiner Fraktion, diesem Antrag nicht zuzustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht sei das als Erstes gestattet zu sagen – auch wenn alle im Moment nur über Corona reden –: Ich freue mich über diese Debatte hier, weil der Klimawandel in der Tat die größte globale Herausforderung ist und wir das Thema jetzt auch nicht vergessen dürfen. Es wurde vorhin schon einmal kurz gesagt: Was gehört zum Klimaschutz, gerade wenn es um den Bereich Energie geht? Es ist die Einsparung, es ist die Effizienz, aber auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, und der Antrag greift das Thema des Ausbaus der Windenergienutzung auf. Das hat für die Koalition eine hohe Bedeutung, und ich freue mich, dass die CDU dies jetzt auch unterstützen möchte.

Herr Michalik, Sie haben die Bundesregierung angesprochen. Die Bundesregierung steht schon in einer sehr scharfen Kritik der Windkraftbranche. Warum? Weil die Windenergie und deren Ausbau in den letzten Jahren wirklich deutlich ausgebremst worden ist, und das muss erst einmal wieder deutlich angeheizt werden!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich auch, dass die CDU die Unterstützung hier vorgebracht hat. Sie haben gerade gesagt, dann müsse man auch den Mut zu unpopulären Prüfungen haben, für unbequeme Standorte, die muss man auch einmal geprüft haben, Naturschutz dürfe da nicht immer Vorrang haben. Ich glaube, es war maßgeblich beim Bultensee auch die CDU, die gesagt hat, so nahe an einem Vogelschutzgebiet, das geht schon einmal gar nicht, hier darf keine Windkraftanlage hin, und es gab einen unpopulären Standort, und jetzt möchte ich einmal aus dem „Weser-Kurier“ vom 18. März 2013 zitieren

ren – da ging es um eine Windkraftanlage in Obervieland/Arsten an der Autobahn –: „Die Horrorvision, die Kinder des Ortsteils müssten eventuell künftig zum Lernen in andere Stadtteile verfrachtet werden, da ihre Zukunft andernfalls durch den Schattenschlag und die Drehung der Windräder zerstört werden könnte, so vorgetragen von Sandra Ahrens, CDU, schoss ebenfalls über das Ziel hinaus.“ So kommentierte der „Weser-Kurier“ im Jahr 2013. Deswegen freue ich mich, dass es hier jetzt einen Switch gibt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Nutzung der Windenergie in Bremen befindet sich bereits auf einem sehr hohen Niveau, das hat Herr Rupp vorhin auch noch einmal gesagt. Daher wird es auch bei einer erneuten Suche allenfalls im Einzelfall zu neuen Standorten kommen. Wir sind ein Stadtstaat, wir sind eine Stadt, und deswegen haben wir eine begrenzte Fläche. Uns ist klar, wir müssen die Nutzung aller erneuerbaren Energien in Bremen betrachten und ausbauen, ja, sicher auch die Windenergie, aber – und das haben viele Vorredner hier vorhin gesagt – vor allem auch schauen, wie wir die Fotovoltaik weiter ausbauen können.

Das Stadtgebiet Bremen wurde im Zuge der Erarbeitung des Flächennutzungsplans 2015 systematisch und flächendeckend nach geeigneten Flächen für Windenergieanlagen untersucht, und die Kriterien für die Abstände zur Wohnbebauung haben sich dabei an Erfordernissen orientiert, die im Genehmigungsverfahren nach bundesrechtlichen Vorgaben ohnehin anzuwenden sind. Also ist eine weitere Verringerung der Abstände daher schon einmal weitgehend ausgeschlossen. Das macht das Spektrum schon einmal kleiner, in dem man Windkraft noch ausbauen kann.

Auch eine erneute Untersuchung des Stadtgebietes würde nicht zu weiteren Flächen führen. Es ist immer wieder geprüft worden, auch das wurde vorhin schon gesagt. Es ist baurechtlich vorgeschrieben, dass sich jede Veränderung in die stadtweite Betrachtung des Ausbaus der Windenergie einfügt, und eine auf den im Antrag vorgegebenen Bereich beschränkte Prüfung ist baurechtlich nicht zulässig.

Ich finde die Debatte wichtig, die hier einige auch schon angestoßen haben, nämlich wenn wir über Windenergieflächen und über Windenergieanlagen sprechen, dann wirklich zu schauen, was können wir auch noch in Gewerbegebieten machen.

Dort geht es nicht nur um die Frage, können wir dort ausbauen, sondern es geht auch schon allein um die Frage des Repowerings, zum Beispiel auf der Fläche der Stahlwerke.

(Glocke)

Vizepräsidentin Grotheer: Frau Bürgermeisterin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bodeit?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Nein, weil ich nur noch 27 Sekunden Redezeit habe!

Ich finde, dass die Windkraft und auch gerade das Repowering gerade auch in Gewerbegebieten möglich sein sollte. Da muss man ehrlicherweise in Bremen auch bei der WFB noch mehr Überzeugungsarbeit leisten, aber da weiß ich die CDU ja jetzt an unserer Seite.

Wir haben im Land Bremen in den letzten Jahren den Ausbau der Windenergie auf der Basis des geltenden Bau- und Immissionsschutzrechts und durch die Ausweisung von geeigneten Flächen im Flächennutzungsplan wirklich weiter vorangebracht. Heute werden im Land Bremen 89 Windenergieanlagen betrieben. Der durchschnittliche Stromertrag aus der Windenergienutzung beträgt über 460 000 Megawattstunden pro Jahr – das entspricht einem Verbrauch von etwa 185 000 Durchschnittshaushalten –, und in den letzten 20 Jahren, Herr Michalik, konnte der Stromertrag aus der Windenergienutzung mehr als verzehnfacht werden.

Nach Angaben der Agentur für Erneuerbare Energien aus dem Jahr 2018 weist das Land Bremen bundesweit trotz der städtischen Siedlungsstruktur die höchste installierte Windleistung im Verhältnis zur Landesfläche auf, und ich finde, das sollten wir dann auch nicht kleinreden, wenn wir hier schon trotz unseres kleinen Bundeslandes erfolgreich sind, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sehe schon, ich bin zeitlich mit meiner Rede etwas Minusbereich, aber stadtweit, das möchte ich schon noch einmal sagen, ist auch noch einmal der Bereich Dreieck Industriehafen und Abfahrt Überseestadt geprüft worden. Wir haben hier einmal im F-Plan den Gestaltungsraum Kleingärten, Freizeit und Natur Bremer Westen. Hier ist es schwierig, Windkraftanlagen zu bauen. Große Teile dieses

Bereichs sind Kleingartengebiete, in denen die Errichtung von Windenergieanlagen nicht zulässig ist, und südlich der Autobahn sind Standorte durch die erforderlichen Abstände zu Wohngebieten, zum Beispiel in der Nähe Auf dem Krüge, und der Autobahn vermutlich ausgeschlossen.

Man kann eine kleine Fläche genauer betrachten, wenn man das möchte, das ist, und auch das wurde schon angesprochen, die kleine Restfläche östlich der ehemaligen JVA – aber auch hier gibt es starke Einschränkungen durch Wohngebäude an der JVA – und eine Fläche östlich des Waller Feldmarksees, aber auch hier, und das wurde schon gesagt, gibt es Einschränkungen durch den Artenschutz.

Also, ich glaube, wir sollten unseren Fokus darauf legen, wie wir mehr Windenergie in Gewerbeflächen unterbringen, gerade auch im Gebiet an der Hansalinie, aber auch bei den Stahlwerken. Ansonsten würde ich mich freuen, wenn wir auch alle gemeinsam verstärkt Anstrengungen unternehmen, die Fotovoltaik in Bremen noch weiter auszubauen, da liegt meines Erachtens das größte Potenzial. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache [20/127 S](#), seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Beck [AFD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Entlastungsprogramme für Bremer Kitas neu auflegen!

**Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. März 2020
(Drucksache [20/140 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bilden in Bremen mehr Erzieherinnen aus. Freude und Bedarf werden groß sein, wenn diese dann irgendwann zur Verfügung stehen. Das hilft allerdings den Familien, deren Kinder jetzt klein sind, nicht. Für sie ist entscheidend, ob wir jetzt eine Entlastung für die heutige Situation finden.

(Beifall FDP)

Sie erinnern sich, dass wir als Fraktion der FDP Ende letzten Jahres, als noch niemand über Corona gesprochen hatte, eine Aktuelle Stunde beantragt hatten, weil die Anzahl fehlender Kita-Plätze, Kita-Gebäude, fehlender Erzieherinnen in Bremen ein alarmierendes Ausmaß angenommen hatte. Erzieherinnen hangelten sich ebenso wie die Kinder von Notdienst zu Notdienst und bekamen im Alltag keine Unterstützung, auch wenn manch einer schon total erschöpft war, und den Grundschullehrern ging es teilweise ähnlich. Als Fraktion der FDP laden wir Sie heute ein, mit uns ein Entlastungsprogramme für Kitas, Horte und Grundschulen zu beschließen.

Es macht nach Aussage der Betroffenen im Alltag einen ganz großen Unterschied, wenn in einer Gruppe mit jüngeren Kindern einfach noch einmal zwei Hände, zwei Augen und ein zweiter Kopf in Kita und Schule unterstützen. Damit können wir erstens eine akute Erleichterung in den Bildungseinrichtungen schaffen – vorübergehend natürlich, bis die Personaldecke den Bedarf wieder auf Dauer solide decken kann –, und zweitens können wir, falls diese Hilfskräfte Freude und Interesse an ihrer Arbeit haben, etwas für die Fachkräftegewinnung tun, indem wir ihnen bei Eignung auch eine entsprechende Qualifikation anbieten.

Das Programm ist keine unbekannte Maßnahme in Bremen. KiTa Bremen hatte bereits 2018 Tanzpädagoginnen, Vorlesehelfer, Büro- oder Küchenkräfte, aber auch Ruheständler als 450-Euro-Kräfte angestellt und einer bestimmten Kita zugeordnet, und ich habe eine aktuelle Umfrage von KiTa Bremen gelesen, das Ergebnis lässt keinen Zweifel, die Unterstützterkräfte waren für das Stammpersonal eine

enorme Erleichterung, und auch die Eltern waren sehr zufrieden.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Gefunden wurden diese unterstützenden Menschen von den Einrichtungsleitungen. Die haben die Idee erstaunlich erfolgreich umgesetzt und meiner Meinung nach damit auch die Hypothese bestätigt, dass die Entscheidungsträger vor Ort ganz genau wissen, welche Personen man anfragen kann, wer in welchem Feld tatsächlich eine Unterstützung ist und wo die Unterstützung am dringendsten benötigt wird. Dieses lokale Vorgehen hat sich bewährt, und so sollte man auch ein zweites Mal vorgehen.

Wir werden in den kommenden Wochen Schulen und auch Kitas Schritt für Schritt wieder öffnen. Im Moment haben wir in den Kitas eine erweiterte Notbetreuung mit einem Personalschlüssel von eins zu fünf, traumhaft eigentlich, nur sind natürlich die Kapazitäten äußerst begrenzt, Mensch und Raum sind die limitierenden Faktoren. Kinder in kleineren Kohorten zu betreuen und zu unterrichten bedeutet nicht, dass wir weniger, sondern mehr Personal benötigen werden. Meine Damen und Herren, das Entlastungskräfteprogramm könnte auch der Startschuss für eine Kette von schnell umsetzbaren Lösungen sein, die die Befähigung haben, das Betreuungsdilemma für Kinder und Eltern insgesamt zu verbessern.

Im Moment haben wir in Bremen ungefähr 20 000 Kita-Kinder ohne Betreuung, ohne soziales Miteinander, ohne spielerisches Lernen, und bei den Grundschulkindern sind es noch einmal so viele. Als Fraktion der FDP können und wollen wir die Kausalkette, deren Folgen bis in die Familien-, Frauen-, Arbeits-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik hineinreicht, nicht ignorieren. Wir möchten, soweit es in unserer Macht steht, mehr denn je lokale, flexible und kreative Lösungen auf den Weg bringen.

(Beifall FDP)

Können wir nicht auch im Homeschooling vom Kochen entlasten? Können wir mehr Räumlichkeiten auf Parzellen, in Tanzstudios oder Turnhallen für Kinderbetreuung nutzen? Können wir pädagogische Praktika so gestalten, dass gleichzeitig die Personalnot in Kitas oder Grundschulen gelindert werden kann? Das sind ganz viele Dinge, die man durchdenken kann. Ein erster Schritt in diese Rich-

tung wären die geforderten Entlastungskräfte. Daher bitten wir darum, unserem Antrag zur erneuten Umsetzung des Entlastungskräfteprogramms zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krümpfer.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, liebe Kollegin Frau Bergmann, Sie haben recht: Ausreichendes Fachpersonal fehlt nach wie vor in unseren Tageseinrichtungen für Kinder und auch bei den Elternvereinen. Richtig ist aber auch, dass wir alles Erdenkliche tun, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Hierzu haben wir schon eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Gerade in der letzten Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung haben wir den Einstieg in eine vergütete Ausbildung an den allgemeinbildenden Fachschulen beschlossen und freuen uns, wenn viele junge Menschen diese tolle Aufgabe annehmen wollen.

In dem von Ihnen benannten Entlastungskräfteprogramm, welches KiTa Bremen bereits durchgeführt hat – das hatten Sie eben schon beschrieben –, war das Resümee aus den Einrichtungen sehr gut. Die Aushilfen sind nicht nur bei den Fachkräften gut angekommen, sondern auch bei den Eltern. Das Projektziel – denn es war ein Projekt – einer Entlastung der pädagogischen Fachkräfte im KiTa-Alltag war erreicht, und damit war das Projekt abgeschlossen.

Eine weitere Befristung mit Sachgrund war nicht möglich, weil das Projekt eben auch abgeschlossen war, das heißt, man hätte mit viel Aufwand ein neues Projekt auf den Weg bringen müssen. Dieselben Entlastungskräfte in einer sachgrundlosen Beschäftigung weiterhin einzusetzen ist auch rechtlich nicht möglich, denn sachgrundlose Beschäftigung lehnen wir ab, und eine befristete Beschäftigung ist nicht vorgesehen, da wir weiterhin dringend Fachpersonal in den Einrichtungen benötigen.

Sie möchten, dass ein neues Projekt aufgelegt wird und auch die freien Träger und Elternvereine bei Bedarf von dieser Unterstützungsmaßnahme profitieren. Dieses Angebot konnten die freien Träger bereits im Jahr 2018 einrichten, sie haben es aber nicht genutzt. Der Einsatz von Ehrenamtlichen mit einer Aufwandsentschädigung wie jetzt bei KiTa

Bremen ist für die Träger und Einrichtungen sehr viel einfacher zu handhaben. Er ist kontinuierlicher, flexibler und dem tatsächlich möglichen Einsatz wesentlich realitätsnäher, denn die Kitas brauchen zurzeit auch weiterhin eine Unterstützung im Alltag, Unterstützung bei den Mahlzeiten, beim An- und Ausziehen von Jacken und Schuhen oder Hilfe und Begleitung bei Ausflügen. Ich könnte noch jede Menge andere Beispiele aufführen, bei denen helfende Hände eine Unterstützung sind.

Es besteht die Möglichkeit für einen Einsatz von mehr Ehrenamtlichen. Es geht ja darum, dass das Geld, das für die Fachkräfte nicht genutzt wird – also für nicht besetzte Stellen –, genutzt wird. Das ist jetzt das, was KiTa Bremen auch macht, dort wird es als sogenannte Übungsleiterpauschale im Rahmen einer Aufwandsentschädigung eingesetzt. Nun kann man dort viel mehr Hände damit unterbringen. Wir wollen doch gar nicht den Bereich des Arbeitsmarktes von Minijobs ausweiten, wir wollen doch eigentlich für Frauen eine volle Beschäftigung und keine Minijobs.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

KiTa Bremen macht mit diesem neuen Einsatz von Ehrenamtlichen gute Erfahrungen, und dies könnten auch alle anderen Träger mitnutzen. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, dass der Einsatz von Ehrenamtlichen und deren Einführung und Begleitung natürlich auch Ressourcen braucht, und wir sind uns hier sicherlich gemeinsam einig darin, dass dies auch nur eine vorübergehende Maßnahme und keine Dauerlösung sein darf.

Bei Ehrenamtlichen kann auch das Interesse an einer kontinuierlichen Arbeit in einer Kita geweckt werden, und somit können auch diese Menschen für eine Ausbildung zur Fachkraft gewonnen werden. Diese Erfahrung habe ich selbst in der Kita auch schon bei FSJlern, bei BFDlern und vor vielen Jahren auch bei den Zivis gemacht. Die haben das nicht ehrenamtlich gemacht, das ist schon klar, aber sie haben ja auch vorübergehend für einen bestimmten Zeitraum Tätigkeiten in Einrichtungen der Tagesbetreuung kennen- und schätzen gelernt.

Unser Ziel sollte es doch sein, uns auch weiterhin stark dafür einzusetzen und dafür zu werben, dass alle Ausbildungsplätze besetzt werden, und wir als SPD werben dafür, dass sich Tarifpartner für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen und die pädagogischen Berufe damit auch mehr Anerkennung erfahren.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir verfolgen weiterhin das Ziel von ausgebildeten Fachkräften in unseren Tageseinrichtungen für Kinder, und wir halten daran fest: Wir wollen gute Arbeit und gute Bezahlung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Glocke)

Wir lehnen den Antrag der FDP ab. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Bergmann, Ihr Antrag klingt auf den ersten Blick ja ganz gut, muss ich sagen. Sie wollen das Programm der Entlastungskräfte fortsetzen, und Sie wollen es ausweiten. Das klingt deswegen auf den ersten Blick gut, weil es absehbar weiterhin einen Mangel an Kita-Plätzen geben wird, der eben vor allem und zuvörderst auf den Mangel an pädagogischen Fachkräften zurückzuführen ist. Er klingt auch deshalb gut, weil die rund 40 Entlastungskräfte in den Einrichtungen sehr gut angenommen wurden, das wurde ja bereits festgestellt. Sie haben bei den Mahlzeiten unterstützt, beim Umziehen oder Zähneputzen, sie haben vorgelesen oder mit den Kindern gebastelt. Angesichts einer angespannten Personaldecke in vielen Einrichtungen wurde das von den Erzieherinnen als echte Entlastung wahrgenommen.

Jetzt kommt das Aber: Wir als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger müssen immer auch einen zweiten Blick auf die Gegenstände unserer Beschlussfassung werfen, und der bringt deutliche Nachteile beziehungsweise Hindernisse zum Vorschein. Die Umsetzung Ihres Beschlussvorschlags würde faktisch bedeuten, dass bei einer weiteren sachgrundlos befristeten Anstellung, wie Sie, die FDP, es in Ihrem ersten Punkt vorschlagen, das Teilzeit- und Befristungsgesetz verletzt würde. Das wurde geprüft, denn natürlich war ein Interesse an der Fortführung dieses Programms da, das sich ja, wie Sie zu Recht feststellen, bewährt hat. Die Prüfung hat ergeben, dass eine weitere sachgrundlose Befristung nach zwei Jahren Beschäftigung nicht möglich ist, und das müssten Sie als FDP eigentlich wissen, Sie sind ja auch Mitglied im Betriebsausschuss. Wir LINKEN – und ich glaube, da kann ich auch für die gesamte Koalition sprechen – und auch der Träger können und

wollen geltende Arbeitsrechte an dieser und an jeder Stelle nicht untergraben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte nicht verschweigen, dass auch eine unbefristete Weiterbeschäftigung möglich gewesen wäre. Das wiederum hätte aber zur Folge, dass wir das Fachkräftegebot mit der Schaffung unbefristeter Planstellen für Unqualifizierte dauerhaft aufweichen würden. So wertvoll und hilfreich die Arbeit der Entlastungskräfte war, eine dauerhafte Lösung ist sie nicht. Sie würde vermutlich auch keine Zustimmung von den Personalvertretungen bekommen, und die Entlastungskräfte sind ja auch zunächst nur eingeschränkt einsatzfähig, weil sie eben keine langjährige Ausbildung als Erzieherin und Erzieher haben. Es ist ein Trugschluss und würde der Qualifikation und Fachlichkeit von Erzieherinnen und Erziehern nicht gerecht werden, wenn man annähme, man könnte jede Person mit ein bisschen pädagogischer Erfahrung dauerhaft in Kitas einsetzen.

(Beifall SPD)

Dennoch sind in prekären Zeiten Notmaßnahmen nötig und richtig, und der Einsatz dieser Kräfte war eine gute und eine pragmatische Lösung, die den immensen Kraftaufwand der Beseitigung des Fachkräftemangels flankiert hat und flankiert. Als mehr können wir sie auch nicht betrachten, als Unterstützungsmaßnahme, als Maßnahme, die die Erhöhung der Attraktivität und die Anerkennung des Erzieherinnenberufs nur begleiten kann. Vor diesem Hintergrund, mit beiden Blicken im Sinn, mit dem ersten Blick und dem zweiten Blick, unterstützen wir die Linie des Ressorts für Kinder und Bildung und des Trägers, die Entlastungskräfte weiter auf ehrenamtlicher Basis mit einer Übungsleiterpauschale als Entschädigung einzusetzen, wenn sie mögen und bereit dazu sind. Den hoch engagierten Entlastungskräften ging es zumeist nicht um die Verdienstmöglichkeiten, die ja zugegebenermaßen auch nicht exorbitant waren, sondern es ging ihnen um eine sinnvolle und erfüllende Tätigkeit. Wir bedanken uns herzlich bei all denen, die den Alltag in den Kitas auf diese Weise unterstützt haben und auch weiterhin dazu bereit sind!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Den Antrag der FDP lehnen wir konsequenterweise ab. Da gibt es andere, sinnvollere Wege, die jetzt auch schon beschrritten werden, und wenn die

freien Träger und Elternvereine interessiert daran sind, dann soll es an uns nicht scheitern, das findet auch unsere Unterstützung. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung in Bremen ist eklatant. Das wissen wir, das konnten wir vielfach in der Presse lesen, und das fand seinen traurigen Höhepunkt im Februar dieses Jahres in einer Veranstaltung der Zentralen Elternvertretung, zu der wir kinderpolitischen Sprecher komplett eingeladen waren. Dort haben mehrere Familien aus zehn verschiedenen Kitas ihren Betreuungsnotstand – so haben sie es zu Recht betitelt – mit Kindern bis zu zwei Jahren mit ständigen Notbetreuungen bis hin zu Losverfahren, wo Eltern ein Los ziehen konnten, ob sie in der nächsten Woche eine Betreuung haben oder nicht, in allen Einzelheiten ausgeführt.

Wir waren damals eingeladen und sollten zuhören, wir durften nicht antworten, und ich glaube, das war auch genau das richtige Format, weil es uns in aller Eindrücklichkeit deutlich gemacht hat, dass wir hier im Bereich des Fachkräftemangels wirklich noch ein Riesenbrett zu bohren haben in Bremen.

Wenn man sich jetzt also das Thema anschaut und weiß, was für Schwierigkeiten wir haben, dann stellt man fest, dass jedes bisschen Hilfe helfen könnte. Das Entlastungsprogramm wurde nicht aufgelegt, weil bei KiTa Bremen Personen, die keine pädagogische Ausbildung haben, unbedingt in die Kita sollten, sondern es wurde aus der Not heraus geboren. Das muss man auch ganz deutlich festhalten, und es war gut, dass es diese Personen gab, denn es hat ein bisschen positiv gewirkt, das muss man eindeutig konstatieren, und alle, die kritisch waren, haben deutlich gesagt: Es war gut, es war hervorragend, wir hätten uns gewünscht, dass es weiterläuft. Das muss man zur Wahrheit und Klarheit an dieser Stelle auch feststellen.

(Beifall CDU)

Wenn man sich jetzt also diese Erfahrungen anschaut, muss man ehrlicherweise erst einmal zu der Überzeugung kommen: Der Antrag der FDP ist nicht ganz so schlecht, wie er hier gemacht wurde, sondern er hat durchaus seine Berechtigung. Es ist

mitnichten so, dass es eine sachgrundlose Befristung gab, liebe Kolleginnen und Kollegen, die entsprechende Verordnung des Senats ist hier aufgeführt, und das können Sie nachlesen im Rundschreiben der Senatorin für Finanzen – jetzt Senator für Finanzen – Nummer 17/2018. Eine sachgrundlose Befristung ist es also nicht, eine Überbrückung des Fachkräftemangels ist durchaus ein Befristungsgrund.

Wenn man dann feststellt, dass an dieser Stelle diese Entlastungskräfte nur wenige Stunden zur Arbeit gekommen sind, weil 450 Euro schnell aufgebraucht sind, dann stellt man auch fest: Im Juli 2019 war das Ganze beendet, es ist also sozusagen ein neues Programm, das jetzt starten würde, auch das muss man an dieser Stelle festhalten. Das heißt, erst einmal spricht nichts gegen diesen Antrag der FDP, dem wir aus diesem Grunde auch zustimmen.

Doch jetzt kommt das Aber: Das war in der Zeit vor Corona, und wir haben derzeit eine weltweite Pandemie mit erschwerten Bedingungen. Wir haben im Moment das Problem, dass wir weit weg von jeglichem Normalbetrieb in einer Betreuungseinrichtung für Kinder sind. Selbst wenn wir uns die ambitionierten Pläne, die ja jederzeit wieder verworfen werden können, der Senatorin anschauen, die heute in einer Pressekonferenz gesagt hat, dass sie sich erhofft – und da steht das Wort Hoffnung noch in dicken Anführungszeichen –, bis zu 50 Prozent der Kinder vor den Ferien wieder in die Kindertagesbetreuung zu bringen, davon aber diverse Kinder nicht mit dem notwendigen Angebot, das sie eigentlich vorher hatten, die nämlich einen Rechtsanspruch auf eine sechsstündige Betreuung oder gar einen Vollzeitplatz hatten, sondern Kinder mit anerkanntem Cito-Sprachförderbedarf von 15 Stunden in der Woche, dann stellt man fest, wo wir in Wirklichkeit eigentlich stehen und was wir für Schwierigkeiten haben.

Wenn man dann feststellt, dass wir davon ausgehen, um das Pandemiegeschehen in irgendeiner Form beherrschbar zu halten und um Infektionsketten nachvollziehen zu können, dass wir mit maximal acht Kindern pro Raum und einer Erzieherin arbeiten können, dann wird es zurzeit, ohne dass man wirklich darüber nachdenkt, wie man das kreativ lösen könnte für das Entlastungsprogramm, an dieser Stelle etwas schwierig, und das wäre die Zweitkraft, die nicht als Erstkraft in einer solchen Gruppe sein darf, weil sie die pädagogische Qualifikation nicht hat.

Deswegen gibt es zwar ein Ja von uns zu Ihrem Antrag, aber auch ein deutliches Fragezeichen in der Zeit der Coronapandemie. Es gibt sicherlich Möglichkeiten, das möchte ich an dieser Stelle sagen, und deshalb finde ich den FDP-Antrag auch richtig: Wir müssen auch für die anderen 50 Prozent Lösungen finden, die seit acht Wochen, seit zehn Wochen ohne jegliche Betreuung dastehen, die seit Mitte letzten Jahres darum kämpfen, ihren Arbeitsplatz behalten zu können, weil es da schon ständig Notdienste gab, weil sie im Losverfahren darum kämpfen mussten, überhaupt einen Kita-Betreuungsplatz erhalten zu können, um dann tatsächlich ihrer Verpflichtung nachkommen zu können, die sie dem Arbeitgeber gegenüber eingegangen sind. Diese Familien sind nämlich häufig diejenigen, die jetzt auch seit acht oder zehn Wochen und demnächst auch noch mit Sommerferien und Schließzeiten und so weiter ohne Betreuungsplatz dastehen.

(Glocke)

Das führt dazu – ich komme zu den letzten fünf Worten! –, dass wir Frauen –. Früher hieß es einmal die drei Ks, Kinder, Kirche, Küche, heute gibt es einen neudeutschen Begriff dafür: Homeschooling, Homeoffice, Homeworking. Genau das haben wir hier in Bremen ganz massiv, und dafür braucht es Lösungen. Wenn ein Entlastungsprogramm helfen kann, sind wir sofort dabei, das muss klug überlegt werden, und da muss genau geschaut werden. Fakt ist, dass wir im Moment für die anstehenden Probleme, die ich hier in Bezug auf die Coronapandemie skizziert habe, keine wirklichen Lösungen haben. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hupe.

Abgeordneter Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Kollegin, unsere kinderpolitische Sprecherin Frau Dr. Eschen, ist aktuell erkältet und aufgrund der Situation zu Hause, daher werde ich heute ihren Redebeitrag vortragen. Der Wunsch der FDP, sofort wirksame Maßnahmen zur Entlastung von Personal in den Kitas zu ergreifen, ist absolut nachvollziehbar und hört sich auf den ersten Blick sehr gut an. Ganz so einfach ist es jedoch leider nicht!

Nach Rücksprache mit verschiedenen Trägern sind wir Grünen zu dem Schluss gekommen, dass 450-

Euro-Kräfte in der geforderten Art und Weise keine gute Lösung für die Kitas sind, auch wenn es uns natürlich allen schwerfällt, dass viele Maßnahmen ihre Zeit brauchen, bis sie greifen werden. Aber zur Erinnerung: Auch kurzfristige Lösungen sind dabei. Wir haben zum Beispiel bereits den Quereinstieg auf den Weg gebracht, bei dem die Teilnehmenden von Beginn an fest in einer Kita tätig sind und begleitend Fortbildungsmodule besuchen.

Hilfskräfte dagegen, die maximal neun Stunden pro Woche oder weniger in die Kita kommen, je nach Stundenlohn, können für die Fachkräfte, die die Verantwortung tragen, schnell zur Belastung anstatt zur Entlastung werden, denn fraglich ist, wie schnell die Hilfskräfte zu einer Entlastung führen können, wenn diese doch erst eintritt, sobald eine Beziehung zu den Kindern aufgebaut ist. Dieser Beziehungsaufbau ist nicht einfach, wenn die Anwesenheitszeiten gering sind.

Eltern wissen aus unangenehmer Erfahrung, wie schwer es vielen kleinen Kindern fällt, wenn sie es mit vielen wechselnden Bezugspersonen in der Kita zu tun haben. Hier möchte meine Kollegin, Frau Dr. Eschen, gern an die Beispiele der Eltern erinnern, die im Februar dieses Jahres bei der Veranstaltung „Elternsorgen“ der Zentralen Elternvertretung vorgetragen wurden. Auch wenn es sicherlich Personen gibt, die aufgrund ihrer Persönlichkeit zur Entlastung beitragen können und es schaffen, zügig Vertrauen zu den Kindern aufzubauen, können Notdienste aufgrund der Vorgaben zum Fachkräfteschlüssel, die ihre Berechtigung haben, trotzdem nicht verhindert werden.

Wie sieht es mit der Anleitung und Begleitung der Hilfskräfte aus? Gerade mit Fachfremden ist eine Reflexion der pädagogischen Arbeit zwingend und fairerweise nötig. Das bedeutet weiteren Mehraufwand für die Fachkräfte beziehungsweise die Leitungen. Abgesehen davon müsste auch die Reflexionszeit innerhalb der erwähnten neun oder weniger Stunden pro Woche geleistet werden, sodass noch weniger Zeit mit den Kindern bliebe und diese Zeit ebenfalls mit den ohnehin beanspruchten Fachkräften zusätzlich fehlen würde.

Zusammenfassend zitiert Frau Dr. Eschen daher hier das Fazit eines großen Trägers in der Bremer Kindertagesbetreuung: „Der stundenweise Einsatz von Hilfskräften in der Kita ist aus unserer Sicht nicht zu verantworten.“ Ihren gut gemeinten Antrag müssen wir daher leider ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war eine sehr erfreuliche und fruchtbare Diskussion zum Thema, aus der sich für mich gar nicht viele Punkte ableiten lassen, warum man das nicht tun sollte. Es gab eine ganze Reihe von Dingen, die schlicht widerlegt wurden, und es wurden Dinge benannt, von denen gesagt wurde, ja, die machen wir, und wir machen schon ganz viel, die aber dem, dass man auch Entlastungskräfte haben könnte, gar nicht widersprechen.

Ich habe auch nicht die Vorstellung, dass das eine Maßnahme ist, die die Not komplett löst, aber eine Maßnahme, die das große Problem, das wir vor uns haben und man gut mit „H H H“ statt „K K K“ benennen kann, ein Stück löst. Die Tatsache, dass wir qualifizierte Fachkräfte haben wollen, widerspricht diesem Ansatz überhaupt nicht, denn wir haben die Vorstellung, so wie es auch im ersten Durchlauf gut gelaufen ist, dass man Leuten, die Freude an dieser Art von Arbeit haben, eine Qualifizierung anbietet. Das bleibt immer die Richtung, in die wir gehen.

Mit dem Entlastungskräfteprogramm geben wir nebenbei Menschen die Möglichkeit zu einer beruflichen Umorientierung, indem sie den Kita-Betrieb oder auch die Schule aus einer neuen Perspektive vor Ort einmal ausprobieren können, und so können sie wissen, was sie erwarten würde. Manchen würden vielleicht diese Möglichkeit und diese Erfahrung motivieren, sich für eine qualifizierende Maßnahme zu entscheiden. Das wäre ganz toll, um auch eine Fachkräftegewinnung als Nebeneffekt zu haben.

Vielleicht würde auch der Gedanke von polyfunktionalen Teams auf eine sehr sympathische Weise in die Breite getragen und dadurch vielleicht auch die Akzeptanz von nicht pädagogischen Kollegen im Team steigern. Das ist ja nicht so selbstverständlich, und dann kann man damit eben auch Erfahrungen machen. Wir als FDP-Fraktion sind aufgrund der früheren sehr guten Erfahrungen bei KiTa Bremen davon überzeugt, dass Kinder, Eltern und Familien, aber auch Erzieher, Lehrkräfte und Träger sehr von dem Entlastungskräfteprogramm profitieren würden, und daher bitten wir auch in deren Namen: Tragen Sie unseren Antrag bitte mit,

und stimmen Sie zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage erst einmal ganz herzlichen Dank, es ist ja ganz selten, dass man hier vorn steht und aus den Reihen der Opposition so viel Lob für ein Programm bekommt, das man schon durchgeführt hat. Das finde ich erst einmal grundsätzlich gut.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das zeigt ja auch, dass wir in vielen Debatten in der Bürgerschaft festgestellt haben, dass uns im Hinblick auf das, was uns wichtig ist, wenn es um die Kindertagesbetreuung geht, eigentlich gar nicht viel trennt. Wir wollen etwas für die Kinder dieser Stadt tun, wir wissen alle, dafür müssen wir noch große Schritte gehen, und das erfordert noch viele gemeinsame Anstrengungen. Ich glaube, in diesem Zusammenspiel ist es richtig, auf die unterschiedlichen Faktoren zu schauen und zu sagen, es wird nicht nur den einen Weg geben können, sondern wir müssen schauen, wie wir im Hier und Jetzt Lösungen schaffen und gleichzeitig dazu beitragen, dass wir in Zukunft eben auch ganz viele Fachkräfte haben.

Wir haben die Programme mit den Entlastungskräften gemacht, und ich muss sagen, es ist ja schon weiterentwickelt worden und eigentlich auch im laufenden Kindergartenjahr bei KiTa Bremen am Start. 36 Personen sind dort im Moment als Entlastungskräfte unterwegs, das heißt, wir können gar nicht davon reden, dass das Programm eingestellt ist, sondern wir haben es modifiziert, und das ist genau der Punkt, auf den ich hinauswill: Wir haben es auf der Basis der Erfahrungen modifiziert, die wir mit dem Programm gemacht haben. Gleichfalls hatten wir in den Grundschulen bereits ein solches Programm, das sich Schulhelferinnen- und Schulhelferprogramm nannte, auch damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, aber es ergab auch ein gemischtes Bild, denn nicht alles ist prima gelaufen, sondern wir haben auch gesehen, wo solche Programme Schwächen haben, und die will ich kurz nennen.

Diese Personen sind eben kein Ersatz für pädagogische Fachkräfte und sollen auch genau diese Tätigkeiten nicht machen, sondern sie sollen unterstützend andere Aufgaben übernehmen. Damit können wir aber nicht das Angebot ausweiten, wie es hier eben angedeutet worden ist, sondern es muss klar sein, es ist eine Maßnahme, die im Sinne helfender Hände eine Entlastung für die pädagogischen Fachkräfte sein kann, das heißt, wir werden dadurch kein einziges Kind mehr betreut bekommen können.

Wir müssen aufpassen, dass solche Programme auch für die Beschäftigten darin nicht zu Sackgassen werden, und da sind wir bei dem Thema der befristeten Beschäftigung oder der Frage, wie oft man dann so eine Befristung stückeln kann. Klar ist, die Maßnahme ist eine vorübergehende, weil sie dafür gedacht ist, in Phasen eines Fachkräftemangels für Entlastung zu sorgen. Das grundsätzliche Ziel besteht darin, dass wir kleine stabile Gruppen haben wollen, die von ausreichendem Fachpersonal betreut werden, also haben wir geschaut, wie wir die Stärken, die auch genannt worden sind, einbinden und wie wir Menschen womöglich gar für den Beruf der Erzieher oder Erzieherinnen gewinnen und in das System holen können. Das heißt aber, dass am Anfang eine andere Prüfung erfolgen muss, und genauso gehen wir vor.

Wir haben in den letzten Monaten unsere Angebote für Menschen, die aus anderen Qualifikationen kommen oder noch keine ausreichende Qualifizierung haben, ausgeweitet, um sie tatsächlich berufsbegleitend in Qualifizierungen zu bekommen. Im Bereich der Kitas ist das unser sogenannte Quereinsteigerinnen-/Quereinsteigerprogramm, und im Bereich der Grundschulen haben wir eine Anwerbestrategie verfolgt, mit der wir jetzt berufsbegleitend Frauen – es sind ausschließlich Frauen – in der Erzieherinnenausbildung haben, die von uns dabei finanziell unterstützt werden. Das alles ist ein guter Weg, um am Ende dann auch tatsächlich mehr qualifizierte Fachkräfte zu haben und damit schneller an das Ziel zu kommen, das wir eigentlich erreichen wollen, nämlich qualifizierte Fachkräfte, die in der Lage sind, für unsere guten Bildungsangebote zu sorgen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Deshalb freut es mich, dass ich hier heute noch einmal betonen kann, denn in Zeiten von Corona geht das manchmal alles auch so ein wenig unter, dass der Senat in der letzten Woche auch beschlossen

hat, dass unsere Bildungspläne jetzt endlich kommen, das heißt, dass alle Fachschülerinnen und Fachschüler, die an unseren öffentlichen Fachschulen für Sozialpädagogik Erzieherinnen und Erzieher werden, ab dem Sommer 300 Euro pro Monat erhalten. Wir hoffen, dass es uns angesichts der Zahlen gelingt – wir haben zuletzt auch gehört, wie sich der weitere Ausbildungsmarkt entwickelt –, mit dieser Prämie noch ganz viele junge Menschen anzulocken, die unter den Bedingungen sagen, ja, die Arbeit mit Kindern kann ich mir gut vorstellen, und wenn es sich jetzt finanziell für mich in der Ausbildung auch noch auszahlt und ich eben nicht darauf angewiesen bin, nebenher noch zu jobben, dann gehe ich auch in diese Ausbildung. Darauf setzen wir, wir wollen qualifizierte Fachkräfte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Insofern wird es bei einem Mix an Maßnahmen bleiben müssen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Informationsdefizit beenden – Planungsprozess für das Sparkassenareal „Am Brill“ transparent gestalten!

**Antrag der Fraktion der CDU vom 21. April 2020
Drucksache [20/158 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat der Abgeordnete Strohmann das Wort.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag vorgelegt. Wie wir ja alle wissen, plant die Sparkasse ab Oktober 2020 einen neuen Standort im Technologiepark, und mit der Ankündigung stand auch das im Antrag genannte Gebiet zum Verkauf. Es gab auch einen Investor, es gab auch Gespräche, und im April 2019 hat der Investor die Pläne präsentiert, die in erheblicher Art und Weise von den Beteiligungsprozessen abgewichen sind. Seitdem wissen wir, dass die Bausektorin Dr. Schaefer einen Brief geschrieben hat, ansonsten wissen wir nichts.

Daraufhin haben wir als CDU-Fraktion im Januar dieses Jahres in der Deputation nachgefragt und bekamen dann in der Sitzung am 20. März 2020 einen Sachstandsbericht, in dem eigentlich ehrlicherweise nicht so viel stand. Wir mussten dann leider über die Medien erfahren – wahrscheinlich Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer ebenso –, dass der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Bovenschulte, sich mit den Investoren getroffen hat. Was dort beschlossen oder besprochen wurde, wissen wir letztlich bis heute nicht.

Dieses Verfahren, sage ich einmal, ist schon eine Ohrfeige für das Parlament. Es ist sehr intransparent und auch sehr schlimm. Im Grunde wäre es jetzt nicht einen Antrag wert, das muss man auch sagen, das wäre mehr etwas für die Fragestunde. Dass der Bürgermeister so etwas zur Chefsache macht, ist auch sein gutes Recht, das muss er dann mit seiner Stellvertreterin klären, wenn er sie denn überhaupt informiert. Auch da kann man sagen, das ist vielleicht nicht so in Ordnung, aber damit kann man letztlich leben, denn mit Chefsachen haben wir auch so unsere Erfahrungen gemacht. Die letzte Chefsache, die übernommen wurde, war ja die Straßenbahnhaltestelle an der Domsheide. Das Ergebnis sehen wir auch.

Wie schon gesagt, das sind aber nicht die Punkte, weshalb wir diesen Antrag gestellt haben, sondern unsere große Sorge als CDU-Fraktion ist im Prinzip, dass bei diesem Projekt wieder die drei großen I massiv zum Vorschein kommen, die da sind Ideologie, Inkompetenz und Ignoranz, und deshalb haben wir eigentlich diesen Antrag gestellt.

(Beifall CDU)

Wir haben mit diesem Sparkassengelände wirklich eine zusätzliche Chance für die Innenstadtentwicklung geliefert bekommen. Sie haben als Regierung in den letzten zehn bis 15 Jahren im Grunde genommen schon so viel verdorben, und wir haben hier noch einmal eine Chance bekommen, und auch hier haben wir erneut die große Sorge, dass das wieder einmal so im Sande verläuft. Ich glaube noch nicht einmal, dass Sie uns etwas verheimlichen, Sie wissen noch nicht einmal selbst etwas, und Sie haben auch selbst keine eigenständigen Ideen, wie es da weitergehen soll, geschweige denn, dass wir hier wirklich einmal architektonisch ein Pilotprojekt, ein Leuchtturmprojekt hinsetzen könnten, das dann auf den Rest der Innenstadt einwirkt.

Das ist nämlich das große Problem: Es geht jetzt nicht nur gesondert gesehen um das ehemalige Sparkassengelände, sondern es geht weiterhin auch darum, wie wir mit dem neuen Bebauungsplan 2420 eine vernünftige Verbindung zur Innenstadt bekommen, und die große Sorge ist eben, dass Sie selbst diese neue Chance wiederum nicht nutzen, dass Sie nicht ansatzweise irgendeine vernünftige Idee haben und uns außerdem die Zeit durch die Finger rinnt.

Es ist mittlerweile unerträglich. Wir reden jetzt wirklich seit zehn Jahren, und seit zehn Jahren versuchen Sie es zu kaschieren. Irgendetwas ist immer. Wahrscheinlich wird es dann ab Sommer noch einmal fünf Jahre Corona sein, womit Sie versuchen, Ihr Versagen zu kaschieren. Sie müssen jetzt endlich einmal handeln, denn so viele Chancen bekommen wir nicht!

Wenn Sie sich das jetzt anschauen: Wir wissen auf der Seite beim Sparkassengelände nicht, was Sie da vorhaben. Wahrscheinlich wird dann wieder irgendein 08/15-Hotel – ein Parkhaus ja nicht – oder irgendwie ein Bürogebäude dorthin kommen, es wird keinerlei Ideen geben, wie man den Übergang schafft, es wird keinerlei Ideen geben, wie man das im Grunde genommen in der Innenstadtentwicklung weiter sieht. Wenn ich einmal schaue, Sie haben bis heute noch nicht einmal einen Planfeststellungsbeschluss vorgelegt. Es gibt so einen groben Entwurf, und wenn man den liest, wird einem wirklich angst und bange. Da bleibt wirklich alles offen: Da bleibt die verkehrliche Anbindung offen, da bleibt offen, welche Nutzungsidee Sie haben, wie es umgesetzt werden soll, was eigentlich mit dem Lloydhof wird. Im Moment ist er da allein und wird wahrscheinlich genau in der Geschichte

wie in den letzten 20 Jahren jetzt mit neuen Investoren dort auch wieder sterben. Auch das Jacobs-Gebäude ist wunderschön, alles neu, aber es ist in nichts eingebunden.

Sie geben keine Antworten. Sie werfen wirklich nur Worthülsen in den Raum, zum Beispiel autofreie Innenstadt 2030, begründen aber noch nicht einmal, wie Sie sich das vorgestellt haben. Wo soll sie anfangen, wo soll sie enden, was ist mit den Parkhäusern? Sie merken ja, wir sind relativ offen für neues Denken, aber irgendwann müssen Sie uns auch einmal etwas geben, über das man einmal streiten und diskutieren kann!

(Beifall CDU)

Was ich bis jetzt gesehen habe, ist wirklich kleinteilig, miefig-piefig, das reicht für Weyhe, aber nicht für so ein Oberzentrum wie Bremen. Das ist das große Problem.

(Beifall CDU)

Irgendwann hören auch Ihre Ausreden auf, denn andere Städte können es uns ja vormachen. Im Jahr 2015, als dieses grandiose Projekt des Einkaufszentrums, der Mall, gescheitert war, war es der Onlinehandel. Gut, den gab es jetzt in anderen Großstädten nicht, das ist jetzt ein spezielles bremisches Thema, das verstehe ich, aber irgendwann werden Sie keine Ausreden mehr finden, und dann müssen Sie sich hinstellen und feststellen, dass es in den letzten Jahren hier wirklich gegen die Wand gefahren ist. Es ist genügend Kapital auf dem Markt, auch der Bedarf ist da, die Innenstädte haben wieder einen neuen Rand, und Sie bekommen es nicht hin! Das ist eben das sehr große Problem, bei dem ich jetzt ehrlicherweise auch so allmählich schon ein bisschen verzweifelt bin. Ich weiß, Herr Bücking wird mir das jetzt erst einmal wieder alles in schönen Worten erklären, ja, das reicht für eine Beiratssitzung, es tut mir leid, aber hier werden Sie damit nicht mehr durchkommen.

(Beifall CDU)

Ich werde jetzt allmählich wirklich nicht nur nervös, sondern ich werde auch allmählich böse, denn wenn Sie sich einmal diesen Vorentwurf für Ihren Planfeststellungsbeschluss anschauen, sind das Denkphasen. Sie wollen die Lloyd Passage, das war 1990 die große Innovation mit der Überdachung, die Zeiten sind vorbei! Sie müssen heute größer denken, die Leute wollen mehr! Sie müssen Nut-

zungskonzepte haben, darin steht nichts! Wir wollen mehr Wohnungsbau auch in der Innenstadt, mehr Wohnraum in der Innenstadt, wir wollen mehr Entertainment in der Innenstadt, aber es steht in keinem Satz, wie das miteinander verbunden werden soll, denn es geht doch nachher los: Dann haben wir unten Entertainment, oben wohnen die Leute, und dann sind doch schon Klageverfahren vor auszusehen. Wir sehen es doch schon am Doms- hof mit dem Manufactum und der Markthalle Acht, wie schnell das geht, weil es nicht richtig überlegt war. In dem Fall ist es nicht zu ändern gewesen, aber wenn man das konzeptionell aufstellen lässt; aber da kommt nichts, das sind wirklich nur Sprechblasen.

Deswegen wollen wir uns hier auch noch einmal anbieten, dass wir gemeinsam für die Innenstadt etwas machen, aber bitte machen Sie endlich ein- mal etwas, machen Sie wirklich einmal etwas, und hören Sie nur mit den Heißluftsprechblasen auf! Wir wollen jetzt einmal Taten sehen, und wir wol- len Konzepte sehen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wagner.

Abgeordneter Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der SPD widerspricht entschieden der Geringschät- zung unserer Beiräte durch die Fraktion der CDU!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zum Thema: Angesichts der Bedeutung des Spar- kassenareals möchte ich gern das Einigende voran- stellen. Es handelt sich bei diesem Areal um ein Grundstück von herausgehobener städtebaulicher Bedeutung.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wenn die Entwicklung an dieser Stelle gelingt, dann kann unsere Innenstadt den Sprung über die Kreuzung Am Brill schaffen, und dann kann es ge- lingen, dass das Faulenquartier insgesamt aufge- wertet wird und unsere für eine Halbmillionenstadt ja doch recht kleine Bremer Innenstadt an die At- traktivitätspunkte anknüpft, die es im Faulenquar- tier jetzt schon gibt, an die Hotels und Restaurants, an die Verlängerung der Schlachte bis zu Radio Bremen und auch an die endlich dann bald kom- mende Entwicklung in der Ölmühlenstraße vor

dem Telekom-Turm. All das macht das Areal so chancenreich.

All das lässt im Umkehrschluss aber auch erwarten, dass ein gewinnorientierter Investor nicht in erster Linie die städtebauliche Exzellenz verfolgt, son- dern sein Gewinninteresse, ganz besonders dann, wenn es ein Investor ist, dessen Geschäftsfeld nicht dauerhaft an Bremen gebunden ist, sondern der womöglich für das eine Projekt einfliegt, und wenn das erfolgreich war, dann wieder abfliegt. Das ist zu erwarten. Es ist auch zu erwarten, dass eine Stadtverwaltung für ein solches Vorhaben keinen Blankoscheck ausschreibt, sondern an ein solches Areal besondere städtebauliche Anforderungen stellt.

Im Ergebnis ist dann zu erwarten, dass bei dieser Interessenkollision, die es gibt, die Gespräche über einen längeren Zeitraum andauern werden, dass sie zäh sein werden und Wendungen hervorbrin- gen, dass sie Wendungen schon hervorgebracht haben und – davon müssen wir ausgehen – auch in Zukunft noch Wendungen hervorbringen werden, die wir heute noch gar nicht kennen. All das ist zu erwarten.

Dass das so ist, dass diese Gespräche schwierig sind und der Verlauf Wendungen nimmt, liebe Kol- leginnen und Kollegen, ist natürlich auch der Frak- tion der CDU in diesem Raum bewusst. Dass des- halb der Senat Aussagen, wie sie hier von der CDU verlangt werden, mit einem Detaillierungsgrad von „welche Teile des Werkstattverfahrens werden beibehalten und welche nicht“, „wie wird der ver- bindliche Zeitplan aussehen“ oder sogar „was pas- siert mit welcher Straßenbahnhaltestelle während der Baustellenphase“ zum jetzigen Zeitpunkt über- haupt noch gar nicht machen kann, dass er das aber zu einem Zeitpunkt, an dem es dann möglich ist, sowieso tun muss, weil wir anders ja gar nicht in die Bauleitplanung hineinkommen, all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich auch der Fraktion der CDU in diesem Hause bewusst.

Drittens, der Punkt ist mir wichtig: Das Schlimmste, was wir der Verhandlungsposition unserer Stadt, die sowieso schon nicht einfach ist, zum jetzigen Zeitpunkt antun können, wäre, sie zu veröffentli- chen, damit der Investor uns bitte schön aber auch vollständig in die offenen Karten schauen kann! Dass das das Schlechteste ist, was wir für die Ver- handlungsposition unserer Stadt tun können, das, liebe Kolleginnen und Kollegen – Sie ahnen es! – ist sogar der Fraktion der CDU in diesem Hause be- wusst.

(Beifall SPD – Abgeordnete Aulepp [SPD]: Man weiß es nicht, sollte es aber! – Zurufe CDU)

Kollege Strohmann, beantragen Sie denn wirklich, dass die Stadt Bremen sich ein Eigentor schießen soll? Denn genau das ist der Inhalt Ihres Antrags. Das kann nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall SPD)

Es ist keine Frage, dass das kein einfacher, sondern ein zäher Prozess wird. Es geht dabei um viel, und gerade weil es ein zäher Prozess wird, gerade weil es um viel geht und gerade weil sich niemand über den weiteren Verlauf sicher sein kann, stärken wir dem Senat für seine Verhandlungen ausdrücklich den Rücken. Gerade weil es um viel geht und gerade weil sich niemand über den weiteren Verlauf sicher sein kann, lehnen wir den Eigentorantrag der CDU ab. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Verhandlungspositionen im Einzelnen Auskunft zu geben – das hat Herr Wagner eben schon präzise vorgetragen –, macht hier keinen Sinn. Was aber vielleicht doch Sinn macht, ist, noch einmal einen Blick auf die Innenstadt zu werfen und sich die Kräfte zu vergegenwärtigen, die da jetzt im Moment wirken. Das ist ja alles kein Geheimnis, und ich glaube, es macht aber trotzdem einen gewissen Sinn, das heute noch einmal in Erinnerung zu rufen. Die strukturellen Herausforderungen, die unsere Innenstadt hatte, schon vor der Coronakrise, haben sich mit dieser Krise und mit den absehbaren Aussichten noch einmal enorm verschärft.

Sie müssen sich doch einmal klarmachen, wir hatten schon in der Situation im Herbst letzten Jahres in den Fachkreisen der Immobilienwirtschaft eine stehende Aussage: Einzelhandel/größere Flächen laufen nicht mehr. Sie finden keine Nachfrage nach Flächen der Größenordnung von 1 000/2 000 Quadratmetern, H&M, Esprit und all die anderen sind in der Innenstadt nicht mehr Nachfrager großer Flächen. Das hat ja Konsequenzen: Klassisch wird in der Innenstadt ein Gebäude mit der sicheren Aussicht errichtet, dass man ein bis zwei Stockwerke davon an den Einzelhandel vermietet. Also hat das Folgen.

Wir waren aber noch im Herbst letzten Jahres völlig sicher, dass Tourismus und Gastronomie weiter für die Innenstadt prägend sein werden. Fragen Sie im Moment einmal herum, wer gerade gewillt ist, ein neues Hotel zu errichten! So richtig lang wird die Liste nicht werden, das sage ich Ihnen, weil keiner voraussagen kann, ob dieser Typus in Zukunft noch im gleichen Umfang wie in der Vergangenheit wächst. Wenn Sie sich aber ausmalen, was an den jeweiligen Standorten tatsächlich geplant ist, dann spielen diese beiden Themen Einzelhandel und Hotel/Tourismus eine sehr große Rolle. Dass das im Kreis der Leute, die Geld einsetzen, Risiken eingehen und Kredite zeichnen wollen, eine gewisse Sorge auslöst, brauchen wir doch hier nicht auszumalen.

Also geht es weiter: Wir müssen die Frage beantworten, was in Zukunft unsere Innenstädte tragen wird. Ich bin ganz fest davon überzeugt, der Tourismus kehrt zurück. Das, glaube ich, ist mit einer großen Wahrscheinlichkeit zu sagen, aber man weiß nicht, wann er zurückkehrt und mit welcher Kraft und ob die in Bremen ja schon ziemlich entwickelte Hotellandschaft auf absehbare Zeit wächst. Das wissen wir nicht. Ich bin auch ziemlich sicher, es wird in der Innenstadt wieder in großem Stil Gastronomie geben. Wir werden beklagen müssen, dass es einen ganz schlimmen Verlust auf diesem Feld gibt, dass etliche Unternehmen pleitegehen, dass viele Kollegen ihre Arbeitsorte verlieren, aber die Gastronomie wird auch in Zukunft in der Innenstadt eine Rolle spielen. Wir wissen nur nicht, in welcher Größenordnung es über das jetzt schon erreichte Maß hinaus der Fall sein wird, und wer ein Haus bauen will, fragt sich natürlich: Mache ich darin Gastronomie? Das alles muss man sich doch einmal einen Moment klarmachen.

Jetzt reden wir darüber, dass die CDU meint, wir könnten einmal eben – und zwar offenbar auf der Basis einer kleinen Beratung im Senat – das Nutzungskonzept für ein Gebäude formulieren, das irgendwo an der Brillkreuzung eine Grund- und Geschossfläche in einer Größenordnung zwischen 45 000 und 55 000 Quadratmetern hat. Das ist doch dummes Zeug! Es geht jetzt darum herauszufinden, wie diese Unternehmen, die ihr Geld einsetzen wollen, die ins Risiko gehen und da bauen wollen, auf diese Krise und auf diese Veränderung der Umstände reagieren, und auch da kommen wir noch einmal ein Stück weiter.

Die beiden Brüder Schapira sind Immobilienkäufer. Sie haben nicht die Absicht – das hat Herr Wagner auch schon gesagt, ich wiederhole es noch

einmal –, dieses Gebäude lange in ihren Büchern zu halten und es zu pflegen und über 100 Jahre zu entwickeln, was es ja früher auch schon einmal gegeben hat, sondern sie entwickeln es, vermieten es, und die Mietverträge bestimmen darüber, was es wert ist, wenn sich irgendein Fonds entscheidet, das zu kaufen. Aber diese Mietverträge müssen sie haben, sonst läuft es nicht!

Da wiederum, meine Damen und Herren, kommen wir noch einmal auf so ein Thema, das ja in der Stadt eine große Rolle gespielt hat: Wir haben viel darüber geredet, wie hoch das Gebäude denn sein darf. Wie dicht darf denn dieses Grundstück mit so einer Grundfläche von 11 000 Quadratmetern bebaut werden? Wir hatten aus der Perspektive der Stadt immer gesagt: Betrachten Sie den Maßstab der Stadt, da kann nichts errichtet werden von der Dimension der von Libeskind geplanten Türme.

Jetzt fragt man sich natürlich, warum denn die Herren Schapira so sehr daran interessiert waren, so hoch zu bauen. Dafür gibt es ein sehr naheliegendes Motiv. Der Grundstückspreis ist exorbitant hoch. Sie haben sich gegenüber der Sparkasse bereit erklärt, 50 Millionen Euro zu bezahlen. Wenn man nun mit Leuten spricht, die sich damit auskennen, dann kalkulieren sie und sagen: Wie soll das Geld wieder hereinkommen? Unter den Bedingungen der Hochkonjunktur im Herbst letzten Jahres war das schon zweifelhaft und führte dazu, dass sie gesagt haben, ohne noch einmal 20 000 Quadratmeter mehr geht das gar nicht. Unter den Bedingungen heute ist es völlig irre. Es ist nicht möglich, diese 50 Millionen Euro zu verdienen. Es ist meiner Meinung nach eine Zahl, die korrigiert werden muss, wenn es da zu einer städtebaulich verträglichen Lösung kommen soll, die unter anderem die Vorstellung enthält, dass man dort durchgehen kann, dass diese hermetische Fassade an der Bürgermeister-Smidt-Straße aufgebrochen wird und dass es überhaupt eine Beziehung zwischen dem alten Geschäftsbezirk in der Hutfilterstraße und dem zweiten auf der Seite der Faulenstraße gibt. Die Sparkasse nimmt da zu viel Geld, und sie beschädigt unsere Innenstadt, nachdem sie beschlossen hat, da wegzuziehen, und zwar unter dramatischen Bedingungen.

Der Senat hat es gewissermaßen als Zweiter erfahren, nachdem es im Aufsichtsrat gesagt wurde, und danach hat Herr Nesemann eine Reihe von sehr erstaunlichen Interviews gegeben. Nach meiner Auffassung hat die Sparkasse mit der BREBAU so viel Geld verdient, sie hat sich mittlerweile bei der

Stadt für diesen ausgezeichneten Service zu bedanken, den sie am Technologiepark sozusagen in Anspruch genommen hat, sodass sie jetzt der Innenstadt etwas schuldig ist, und wir brauchen ein Dreieck von Verhandlungen: hier die Sparkasse, die bereit ist, über ihren Preis nachzudenken, dort die Herren Schapira und hier die Stadtplanung, die den Vorteil der Stadt optimieren muss, denn sonst wäre es ein Drama.

Die anderen Kollegen haben alle schon sehr überzeugend dargestellt, dass dieses Grundstück von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Innenstadt ist – ich habe noch zwei Minuten, die will ich noch schnell nutzen! –, und zwar deswegen, weil sich paar Hundert Meter weiter diese Überseestadt entwickelt, und sie entwickelt sich ja auch unter immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten und dem Gesichtspunkt der Ansiedlung von Unternehmen sehr erfolgreich. Das bringt das Faulenquartier in die Rolle eines Trittsteins zwischen dem kommerziellen Bezirk der Innenstadt und dieser neuen Überseestadt. Wenn man diesen Trittstein überhaupt zugänglich machen will, dann muss man dieses vermaledete Sparkassengrundstück entwickeln, und selbstverständlich haben wir ein großes Recht zu erwarten, dass das, was da entsteht, einen Beitrag zur Lösung aller Probleme der Innenstadt leistet. Das sind Verkehrsprobleme, das sind Beziehungsprobleme – also wie überbrückt man Zäsuren? –, und es sind Probleme, die die Frage der Zentralität neu beantworten, nämlich die Frage, warum wir in die Innenstadt kommen.

Damit komme ich dem letzten Punkt, es sind mehr Andeutungen als fertige Gedanken: Wir Grünen haben einmal dafür geworben, einen Teil der Universität für die Innenstadt zu gewinnen und dort anzusiedeln, vielleicht in einer Größenordnung von 2 500 Studenten. Im Technologiepark ist es sehr eng geworden. Ich halte das nach wie vor für eine sehr gute Idee, und würde man dieser Idee näher treten, dann hätte man einen Teil der Antworten auf die Frage, wie wir diese Innenstadt wieder zu einem bedeutenden Zentrum aufgebaut bekommen, das in die Region, in die Stadt ausstrahlt und die neuen Kräfte der Stadtentwicklung zu binden versteht.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Sie können da auch einen Zoo hinsetzen!)

Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schumann.

Abgeordneter Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur kurz darauf eingehen – das haben ja meine Vorredner schon gesagt –, diese Eigentorgeschichte sehe ich ähnlich, und deswegen sage ich gleich am Anfang: Wir werden den Antrag auch ablehnen. Ich wundere mich – der Kollege Strohmann ist sonst eigentlich ganz plietsch –, dass das so passiert ist.

Nach Robert Bücking zu sprechen ist nie so ganz einfach, aber ich möchte einmal seinen Faden aufgreifen und vielleicht auch noch einmal die Sicht ein wenig erweitern. Ich glaube auch, insbesondere nach der Coronakrise werden wir umdenken müssen, was die Entwicklung der Innenstädte angeht. Ich glaube, dass die Erlebbarkeit der Innenstädte wesentlich wichtiger ist als zum Beispiel Verkaufsflächen. Da müssen auch die Investoren, ob das nun die Brüder Schapira sind oder Kurt Zech, noch einmal nachdenken. Ich glaube, Kurt Zech sieht das auch.

Wir werden über eine Vergrößerung der Einzelhandelsflächen diese Innenstadt nicht nach vorn bringen. Dieser Kuchen ist schon längst an den Rändern Bremens an den Weserpark und die Waterfront oder an den Onlinehandel verteilt worden. Das wird uns nicht nach vorn bringen. Ich bin auch felsenfest der Meinung, dass das Abstandsgebot aufgrund dieser Coronakrise auch zukünftig bestehen bleibt. Die Viren werden sich verändern, wir werden mit Pandemien, glaube ich, weiter leben müssen. Die Gastronomie wird höchstwahrscheinlich nicht mehr so aussehen, wie sie heute aussieht. Sie wird mehr Flächen brauchen, sie wird größer werden müssen, um die Abstandsregeln einzuhalten. Innenstädte müssen mehr bieten als das, was sie heute bieten.

Ich bin vor knapp 40 Jahren von Hamburg nach Bremen gezogen und seit knapp 40 Jahren immer noch in Bremen. Ich finde, Bremen ist eine tolle Stadt, sie hat mich hier immer noch aufgrund ihrer alten Architektur, aufgrund ihrer Gassen, aufgrund ihrer Kleinteiligkeit gehalten, und ich denke einmal, das müssen wir ausweiten, das ist das Potenzial, das Bremen hat. Wir müssen mehr Kultur hineinbringen. Wir müssen Plätze schaffen, an denen sich die Menschen gern aufhalten. Wir müssen Autos herausnehmen. Belgien macht uns das gerade vor, hat das Auto von Platz eins auf den letzten Platz gebracht, und wenn Erlebbarkeit da ist und Parkmöglichkeiten am Rande auch vorhanden

sind, dann will man vielleicht gar nicht mehr mit dem Auto in diese Stadt fahren, dann will man sich vielleicht auf den Marktplatz setzen und schauen, wie schön Bremen ist. Wenn man die Straßenkultur sieht, die ja immer in Zeiten von La Strada stattfindet, erlebt man auch immer wieder, wie viele Menschen nach Bremen gezogen werden, um sich gerade das anzuschauen.

Ich glaube auch, wenn wir eines von dieser Pandemie, von dieser Krise gelernt haben, dann ist es, dass wir uns von dem Diktat der Ökonomie ein wenig lösen müssen, um mehr den Menschen und die Umwelt in den Vordergrund zu bringen und nicht immer nur zu sehen, wie man maximal Profit schaffen kann. In diesem Zusammenhang hat natürlich das Grundstück Am Brill eine erhebliche Bedeutung, aber der erste Aufschlag, hohe Türme zu bauen mit Zehntausenden Quadratmetern Verkaufsfläche ist, glaube ich, nicht das, was zu Bremen passt, und das ist für mich auch der falsche Weg.

Insofern ist der Aufschlag von der CDU zu sagen, nun lasst uns doch einmal darüber diskutieren, wie die Innenstadt aussehen soll, vom Grundsatz her einerseits auch kein verkehrter Aufschlag, aber er muss weiter gedacht werden, er muss größer gedacht werden, er muss über die Innenstadt bis zur Weser gedacht werden, und er muss vielleicht aus einer ganz anderen Sichtweise gesehen werden, die wir vielleicht heute noch gar nicht haben, aber die uns einfach die Realität beibringt.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Fehlt!)

Bei diesem großen Denken muss man die Technokratie und die Kleinteiligkeit eben einmal lassen. Ob da nun Herr Dr. Bovenschulte nach Hamburg gefahren ist und sich mit Leuten getroffen hat, ob denn Frau Dr. Schaefer das nun wusste oder nicht, das ist im Prinzip eine Sache, da müsste ich jetzt eigentlich eine Vokabel nehmen, die ich nicht mehr nehmen will, weil sie verbrannt worden ist, weil Herr Gauland sie in einem unrühmlichen Zusammenhang genannt hat, also insofern nenne ich diese Vokabel nicht, aber die Angelegenheit ist total nebensächlich.

(Zurufe CDU)

Da müssen wir, denke ich einmal, im Großen und Ganzen wieder den Horizont öffnen, zusammen schauen, wie wir dieses Bremen, wie wir die Innenstadt von Bremen nach völlig anderen Gesichtspunkten neu gestalten und attraktiver machen und

uns nicht nur der Ökonomie beugen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden wieder einmal über das Sparkassenareal Am Brill. Das war in der Vergangenheit ja immer wieder einmal Thema, und auch, als ich noch nicht Mitglied der Bremischen Bürgerschaft war, habe ich die Diskussionen darüber verfolgt. Die Sparkasse zieht an die Uni, das Areal wird frei, und das bietet natürlich viele neue Möglichkeiten, gerade dort an dieser Stelle. Gerade deswegen ist es, glaube ich, wichtig, nicht nur an das Areal zu denken, sondern auch den gesamten Brill mit zu denken.

Der Brill, der im Moment die Innenstadt mit der Überseestadt und dem Stephaniviertel leider nicht verbindet, sondern abschneidet und trennt, ist einer der zentralen Knotenpunkte. Die Überlegungen bezüglich des Sparkassenareals und auch bezüglich des Brills gingen ja relativ dynamisch los, als Anfang 2018 die Brüder Schapira das Sparkassengelände Am Brill kauften. Anschließend gab es dann im Auftrag der Brüder Schapira bereits einen Entwurf des Architekten Daniel Libeskind für das Brill-Gelände, einen Entwurf, den wir alle kennen: relativ groß, nach oben hoch hinaus, mit vier Türmen, und es ist für mich ein Entwurf, der sich an der Geschichte der Stadt orientiert und trotzdem das Bild der Stadt in einem modernen Entwurf weitergedacht hat. Ich persönlich finde die Pläne von Libeskind mutig und eine gute Weiterentwicklung, aber über Geschmack kann man streiten, da kann man auch anderer Meinung sein, und ich denke, das ist auch in Ordnung.

Wir müssen aber festhalten, dass dieser Entwurf zumindest viele Dinge enthalten hat, die eigentlich unsere gemeinsame Vorstellung einer modernen Stadt sind. Es gab die Idee eines öffentlichen Platzes, Büros, Bildungseinrichtungen, ein Hotel, es sollte ein Studentenwohnheim geben, Einzelhandel und auch möblierte Appartements und Wohnungen sowie eine Terrasse mit Blick über die Stadt und Grün. Es war also ein Entwurf, der bei der Vorstellung damals aus vielen politischen Richtungen – übrigens auch aus der Richtung von Rot-Grün-Rot – Zuspruch bekommen hat. Heute sind sie wiederum nicht mehr so überzeugt, und auch

das ist erst einmal in Ordnung, Einschätzungen können sich ändern.

Was mich aber stört, ist, wie das Ganze abläuft. Wir reden hier über ein Gelände mit rund 11 000 Quadratmetern Fläche, wir reden über eine Gesamtfläche, die je nach Entwurf mindestens 45 000 Quadratmeter Grundfläche umfasst, und wir erleben jetzt quasi über die gesamte Zeit ein Architektenbüro aus Berlin, das den Architektenwettbewerb damals eigentlich gewonnen hatte und dann doch nicht zum Zuge kam. Wir erleben einen internationalen Stararchitekten, der über alle politischen Richtungen hinweg erst in den Himmel gejubelt wurde – übrigens auch von den Grünen – und dann nachträglich zerredet worden ist, und wir erleben jetzt einen Investor, der einen der ganz zentralen Knotenpunkte in Bremen weiterentwickeln möchte, dafür übrigens auch viel Geld in die Hand nimmt und jetzt an der Stelle seit sehr langer Zeit ausgebremst wird.

Wir erleben letztendlich eine Regierung, bei der die eine Hand – und das ist anscheinend nicht nur mein Eindruck – nicht weiß, was die andere tut und man nicht ausreichend miteinander spricht, und das Ergebnis sind viele heftig kritisierte Interessen und Stillstand, über den wir hier heute leider erneut sprechen müssen.

(Beifall FDP, CDU)

Der Umgang mit diesem Projekt ist Chaos, und der Umgang mit den beteiligten Investoren, die hier viel Geld in die Hand nehmen wollten, um diesen Bereich weiterzuentwickeln, ist meines Erachtens eine bodenlose Frechheit. So geht man nicht mit Menschen um, die ein Interesse daran haben, diese Stadt hier weiterzuentwickeln!

(Beifall FDP)

Herr Wagner, Sie haben auch eben in Ihrer Rede so ein bisschen nebulös gesagt, na ja, da hängt jetzt ein Investor mit darin, der will Geld verdienen, und das ist ja auch so ein wenig kritisch. Dass ein Investor Geld verdienen möchte, ist nicht kritisch. Das Ganze funktioniert nur dadurch, dass man langfristig mehr Geld einnimmt, als man verdient, und mein Eindruck ist ehrlich gesagt, dass das die ganz zentrale Schlucht ist, die hier durch das Gebäude läuft: dass die linke Seite permanent mehr Geld ausgibt, als sie einnimmt und die rechte Seite verstanden hat, dass das Ganze auf Dauer nur funktioniert, wenn man mehr Geld einnimmt, als man

ausgibt. Darüber sprechen wir, glaube ich, schon eine sehr lange Zeit.

(Beifall FDP, CDU – Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Es ist übrigens schade, dass ich hier einmal im Quartal eine kleine Nachhilfe im Fach Wirtschaft geben muss. Ich glaube, das macht dann noch einmal deutlich, wie wichtig Wirtschaftsunterricht in Bremen ist, nicht?

(Zuruf SPD)

Ja, Herr Wagner, ich weiß auch, dass Sie nicht in Bremen zur Schule gegangen sind, sondern in Hamburg, glaube ich, aber das ist auch SPD-regiert, da ist ein Muster erkennbar!

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Meine Güte!)

Aber lassen Sie uns jetzt einmal im Thema weitermachen! Jetzt lesen wir die spektakuläre Meldung im „Weser-Kurier“, ich zitiere: „Immerhin reden sie wieder miteinander: Verhandlungen über das Sparkassengelände Am Brill, das Ende des Jahres von der Bank geräumt wird und dann für eine Nutzung zur Verfügung steht.“ Mein Eindruck ist ehrlich gesagt, dass hier seit zweieinhalb Jahren nichts passiert ist, zumindest wissen wir nicht wirklich viel darüber. Andererseits gibt es jede Menge Gerüchte: das Gerücht, dass Herr Bürgermeister Bovenschulte sich vielleicht auf eigene Faust und ohne Absprache mit der zuständigen Senatorin mit den Brüdern Schapira in Hamburg getroffen hat und – Zitat des „Weser-Kurier“ – „Bremens Bause-natorin geschäumt“ habe. Anschließend gab es wohl noch weitere Treffen, aber ehrlich gesagt, so ganz genau weiß man nichts.

Das ist das, was mich daran zentral stört: Ich erinnere noch einmal daran, wir sprechen hier nicht über den Umbau von irgendeinem Kleingarten, sondern wir reden über eines der größten und wichtigsten Innenstadtentwicklungsprojekte Bremens, und solch ein Verhalten, solch ein Vorgehen bei solch einem Projekt ist ehrlich gesagt unwürdig, und es ist eine Katastrophe mit Ansage, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall FDP, CDU)

Ich glaube, uns alle eint das Verständnis – und deswegen auch die deutlichen Worte der Opposition an dieser Stelle! –, dass an diesem Projekt relativ

viel hängt. Wir reden ja nicht nur über die Verbindung der Innenstadt zum Stephaniviertel und zur Überseestadt, sondern wir reden auch über einen zentralen Knotenpunkt, der auch eine Verbindung zur Schlachte und zur Neustadt darstellt, und insbesondere unter Einbeziehung der Brillkreuzung hat das Ganze, alles, was wir dort entscheiden, einen massiven Einfluss auf die zentralen Verkehrsströme von Pkws, Fahrradfahrern und auch Fußgängern. Wir reden auch darüber, dass der Brill einer der zentralen Knotenpunkte des ÖPNV ist, und die Entscheidung, die wir dort treffen, wird zwangsläufig Folgen dafür haben, wie sich der ÖPNV in Bremen entwickelt, wo zentrale Routen entlanglaufen. Das müssen wir an dieser Stelle alles bedenken, und wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir immer noch die Untertunnelung unter dem Brill haben. Wir alle wissen, dass Untertunnelungen wahnsinnig viel Geld kosten, und wir haben sie dort, und wir sollten auch das mitdenken und gemeinsam überlegen, wie wir auch diese Untertunnelung an der Stelle in Zukunft besser nutzen können.

Kurzum, ich glaube, es lässt sich festhalten, dass zu Beginn verschiedene demokratische Institutionen deutlich stärker eingebunden wurden – Deputationen, Beiräte, auch die Teilnehmer des Werkstattverfahrens –, und davon ist heute leider nicht mehr so ganz viel übrig. Deswegen meine Bitte, mein Appell an Sie: Hören Sie bitte auf, dieses Projekt wie den Bau eines Gartenhauses zu bearbeiten, und fangen Sie bitte endlich an, dieses Projekt strukturiert und transparent zu managen und als das ernst zu nehmen, was es ist, nämlich als eines der zentralsten Bauprojekte, die wir im Moment in Bremen haben! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schumann, in einem gebe ich Ihnen recht: Es stimmt, es ist heute nicht mehr nur die Anzahl oder die Größe der Flächen, sondern die Qualitätsveredelung der Flächen. Wir sind, glaube ich, rein flächenmäßig gut in der Innenstadt ausgestattet, nur dass wir zu viele 2-a-, 2-c-Lagen haben und keine Laufwege, das ist das Problem. Vielleicht noch ein Hinweis: In die Hochhäuser sollte kein Einzelhandel hinein, denn Einzelhandel funktioniert mittlerweile im Erdgeschoss und der ersten Etage, alles andere macht im Grunde genommen keinen Sinn.

(Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Hotel!)

Jetzt fange ich einmal an mit meinen drei „I“. Ideologie, das war von der linken Seite hier wirklich eindeutig, von Herrn Bücking bis Herrn Schumann, die bösen Investoren, die bösen Kapitalisten, nur profitorientiert! Entschuldigen Sie bitte, Herr Bücking, wenn ein Investor kommt, will er damit auch Geld verdienen, keine Frage, aber ein Investor weiß eben, wohin er kommt, dass das eben nicht New York ist oder Düsseldorf, sondern Bremen, und kann sich schon vorstellen, wie da seine Kalkulationen sind, die haben sich schon etwas dabei gedacht! Geld verdienen, wenn es der Gemeinheit nützt, macht Sinn, weil das Steuern generiert, wovon wir dann Soforthilfen, Sozialhilfe und so etwas bezahlen können. Es ist also eigentlich erst einmal nichts Schlechtes.

Jetzt kommen wir einmal zum nächsten „I“. Es hat Sie doch keiner daran gehindert, dieses Grundstück zu kaufen. Dann hätten sie das Geld nicht bei der BREBAU verplempern müssen.

(Unruhe SPD)

Das war ein gut aufgestelltes Unternehmen, das gut funktioniert hat, das sozial verträglich seine Wohnungen vermietet hat, und Herr Dr. Sieling hat es aus ideologischen Gründen mit großem Tamtam gekauft. Sie waren ja mit dabei und haben das auch toll gefunden, und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, die böse Sparkasse hat Sie über den Tisch gezogen.

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Ja!)

Meine Lebenserfahrung ist immer, es gehören im Grunde genommen immer zwei dazu, einer, der zieht, und einer, der sich ziehen lässt. Tut mir leid.

(Beifall CDU)

Ein klassisches Vorkaufsrecht hätte auch gereicht, das hätten die sogar mitgemacht. Jetzt haben wir nämlich das zweite „I“, Inkompetenz. Also, tut mir leid, wenn Sie das Geld verplempern, können sie es nicht sinnvoll ausgeben, beschweren Sie sich nicht!

Kommen wir zum nächsten „I“. Also, das müssen Sie mir noch einmal erklären, Herr Bücking. Wir bringen es schon städtebaulich nicht zustande, an der Kreuzung Am Brill wirklich eine Brücke ins Stephaniviertel zu schlagen und jetzt schlagen Sie

uns vor, wir müssen noch eine weitere Brücke in die Überseestadt schlagen. Das funktioniert doch nicht, und das ist es doch genau, Sie werfen Nebelkerzen und lenken von den eigentlichen Problemen ab.

Die eigentlichen Probleme sind jetzt nicht nur das Stephaniviertel mit dem ehemaligen Sparkassengelände, sondern dass Sie in den letzten zwölf Jahren beim Ausbau der Innenstadt, praktisch bei der Revitalisierung der Innenstadt, bei der Neuaufstellung der Innenstadt außer Heißluft nichts produziert haben. Tut mir leid, es ist einfach so, und das ist auch in gewisser Weise Ignoranz. Wenn ich mir diese Debatte anhöre, fällt mir nichts mehr ein. Was soll denn noch passieren? Gehen Sie mit offenen Augen durch diese Innenstadt, und sehen Sie, wie im Grunde genommen wirklich Läden oder irgendwelche Büros in Ladenhöhe sind, mit 1-a-Lagen oder ehemaligen 1-a-Lagen. Das ist wirklich sehr erschreckend, und irgendwann ist das nicht mehr reparabel, das sage ich Ihnen voraus.

Ich habe die große Sorge, dass Bremens Innenstadt diesen Weg geht wie damals nach der Wende viele ostdeutsche Städte, deren Innenstädte aus anderen Gründen ausgeblutet sind, und die Einkaufszentren sind noch weiter aufgeblüht. Sie hatten es ja mit viel Geld – so ist ja zum Beispiel WiN, Wohnen in Nachbarschaften, entstanden –wieder revitalisiert, aber im Grunde genommen sind wir an einem ganz kritischen Punkt, und Sie haben es bis heute noch nicht verstanden, ansatzweise einmal zu überlegen. Sie haben viele Projekte, viele Gesprächsrunden, dabei ist aber ehrlicherweise nichts herausgekommen, da ist noch nichts, da ist wirklich noch nichts!

Sie problematisieren, welche Funktion die Knochenhauerstraße haben soll. Darüber brauchen wir nicht mehr zu diskutieren. Wenn die Knochenhauerstraße keine Fußgängerzone wird, können sie das Ganze in der Innenstadt vergessen. Die Lloydpassage wird nicht reichen, und Sie diskutieren solche Sachen oder wollen solche Sachen diskutieren! Das funktioniert nicht und das ist das große Ärgernis. Hören Sie auf, das dann immer punktuell – –.

Natürlich weiß ich, dass es in Verhandlungen immer sehr schwierig ist mit der Öffentlichkeit. Ich meine, ich bin nicht doof. Ich bin seit 30 Jahren Unternehmer, ich weiß schon, wie man Verhandlungen führt, das ist mir schon klar. Doch wenn ich mir dann überlege, wenn ein Blinder ins Farbensgeschäft geht und Farbe kaufen soll: Das ist meine Angst, wenn Herr Dr. Bovenschulte losmarschiert,

ob er Frau Dr. Schaefer mitnimmt oder nicht, spielt ehrlicherweise keine Rolle. Das ist das große Problem: Sie können es einfach nicht! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Bürgermeisterin Frau Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auch gleich damit anfangen, noch einmal wie viele vor mir zu beteuern, dass es sich um ein sehr wichtiges Areal in der Bremer Innenstadt handelt. Deswegen haben wir ja auch städtebaulich hohe Ansprüche, das Ganze muss zu Bremen passen. Was ist der Anspruch? Wir müssen zum einen die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigen, zum anderen auch den Umgebungsschutz, und wir müssen die Wegebeziehungen berücksichtigen. Die Vorstellung ist ja, dass man das Ganze vom Parkhaus Mitte zum Brill bis hin zum Faulenquartier verknüpft. Ob man das jetzt Brücke nennt oder Brückenschlag, ist egal, aber wichtig ist, dass wir eine bessere Wegebeziehung erreichen als die bisherigen, die existieren. Wir wollen eine weitere Belebung des Faulenquartiers, und deswegen ist die Sparkasse Am Brill auch ein wichtiger Baustein dafür.

Wir haben immer den Anspruch gehabt, dass wir diesen bisher geschlossenen Gebäudebestand auflockern, dass wir ihn öffnen, dass wir es durchlässig machen, und wir wollen einen guten Mix, nämlich von Wohnen, Dienstleistung, Gewerbe, Hotel und Veranstaltungen haben. Deswegen war es uns so wichtig, weil es so hohe Ansprüche an diese Fläche gibt, auch einen Wettbewerb auszuloben. Am Ende des Tages stellt man fest, dass das, was einmal das Ergebnis des Wettbewerbs war, von dem viele gesagt haben, das ist ein gutes Ergebnis, ganz offensichtlich nicht mit den Vorstellungen der Brüder Schapira oder der Investoren konform war. Warum? Weil plötzlich das Ergebnis vergessen war, verworfen wurde und ein neuer Plan kam.

Ich möchte einmal auf die Größenverhältnisse eingehen, damit wir uns das noch einmal vor Augen halten! Der Bestand liegt jetzt bei circa 51 000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche, bei der Auslobung des Wettbewerbs war die Zielgröße 40 000 Quadratmeter. Das Wettbewerbsergebnis lag bei 47 000 Quadratmetern, und dann kam dieses neue Konzept von Libeskind, das eine Bruttogeschossfläche von 76 000 Quadratmetern hatte, also knapp doppelt so viel wie das, was bei dem Wettbewerb

damals ausgelobt wurde. Das ist deutlich zu viel, und darüber gibt es Diskussionsbedarf.

Ich möchte schon auch einmal sagen – Herr Strohm, Sie haben das vorhin so ideologisch gesagt – , ich glaube, niemand hat ein Problem damit, ich zumindest nicht, wenn Investoren Gewinne machen. Ich finde es aber problematisch oder schwierig, wenn die Vorstellungen eines Verkäufers über den Kaufpreis dazu führen, weil ein Investor Gewinn machen will oder es refinanzieren muss, dass es am Ende zu einer deutlichen Überhöhung der Bruttogeschossfläche führt, also die Vorstellungen über den Verkaufspreis am Ende entscheiden, wie sich so ein Bauwerk städtebaulich in die Stadt einfügt. Das ist, finde ich ehrlich gesagt, schon ein schräges Verhältnis, dass nicht geschaut wird, was die Innenstadt verträgt, was gut ist für die Innenstadt, und wie viel Bruttogeschossfläche wir uns maximal vorstellen können – deswegen gab es ja den Wettbewerb –, sondern dass über den Kaufpreis definiert wird, wie viel Bruttogeschossfläche herauskommen muss, damit es sich überhaupt lohnt. Das mache ich zumindest den Investoren gar nicht zum Vorwurf, aber es entscheidet am Ende für den Investor, wie viel Bruttogeschossfläche er bauen will. Das ist ein Missverhältnis, und ich finde, Bremen hat es verdient, dass wir hier städtebaulich hohe Qualitätsansprüche stellen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe vorhin gesagt, wir wollen einen guten Mix aus Wohnen, Dienstleistung, Gewerbe, Hotel und Veranstaltungen, und ich glaube, auch darüber wird man noch einmal neu reden müssen, und zwar vor dem Hintergrund, dass Innenstädte – und nicht nur die Bremer Innenstadt, sondern viele andere – auch nach Corona dann noch einmal vor deutlich anderen Herausforderungen stehen. Wir haben vorher die Diskussion gehabt, was eigentlich der Online-Handel mit Innenstädten macht. Bluten die Innenstädte aus? Haben wir am Ende nur noch große Ketten? Wie können sich große Kaufhäuser überhaupt noch behaupten? Geht alles hinaus auf die grüne Wiese, oder kaufen die Menschen sowieso nur noch im Internet? Nach Corona – wir merken jetzt, wie viele Geschäftsinhaber von gerade kleineren Geschäften wirklich existenzielle Ängste haben – werden die Innenstädte wahrscheinlich noch einmal anders aussehen. Deswegen muss man auch hier noch einmal überlegen, was wir uns zukünftig für einen guten und gesunden Mix für die Innenstadt vorstellen.

Mit Ihrem Antrag beklagen Sie ein Informationsdefizit in Bezug auf den Planungsprozess für das Sparkassenareal. Wenn man sich anschaut, wann welche Planungsschritte durch die Investoren oder anfangs auch im Verbund mit der Sparkasse unternommen worden sind, kann ich nachvollziehen, dass nicht nur Sie als Abgeordnete, sondern auch die Bremer Bürgerinnen und Bürger wissen möchten, wie es nach dem Auszug der Sparkasse dort demnächst aussehen und weitergehen soll.

Ich möchte jetzt noch einmal an einige Planungsschritte erinnern: gemeinsame Absichtserklärung zwischen Sparkasse, Bauressort und Wirtschaftsressort für ein städtebauliches Verfahren im Mai 2017, Durchführung des städtebaulichen Werkstattverfahrens Ende 2017/Anfang 2018 im Zusammenhang mit zwei sehr gut besuchten Beteiligungsterminen zu Beginn und Abschluss des Verfahrens, anschließend weiterführende Gespräche, Präsentation – plötzlich! – einer völlig anderen Konzeptidee des Büros Libeskind im April 2019, also von einem konstruktiven und gut strukturierten Prozess plötzlich und unerwartet eine Abweichung durch den Investor. Dann gab es Vereinbarungen der Koalition im Juni 2019. Da ist beschlossen worden, dass wir das Konzept von Libeskind nicht weiter verfolgen wollen und an das Wettbewerbsverfahren, das Sie ja auch in Ihrem Antrag, in dem Antrag der CDU, fordern, – bitte zurück zum Wettbewerbsergebnis, das steht ja darin! –, also das ist auch die Grundlage im Koalitionsvertrag, zurück an das Wettbewerbsverfahren, dort bitte anknüpfen, und dann die Übermittlung genau dieser Entscheidung in einem Brief meinerseits im September 2019!

Ich will einmal sagen, Herr Schäck, Sie haben gesagt, es brauche einen strukturierten Prozess oder ein strukturiertes Projekt. Ich finde, die Phasen zeigen, dass es vonseiten der Stadt durchaus sehr strukturiert war, aber es braucht eben auch beide Seiten, die dann immer wieder aufeinander zugehen, und es ist schon eine Herausforderung, wenn ein Investor plötzlich mit einem komplett neuen Konzept ankommt. Dass die Investoren nach dieser Mitteilung zunächst eigene neue Überlegungen anstellen mussten, mit welcher Konzeption und Zielsetzung sie das Areal entwickeln wollen, ist meines Erachtens allerdings auch nachvollziehbar, und auf das ausdrückliche Gesprächsangebot in meinem Schreiben vom September sind die Investoren lange nicht eingegangen. Also, es braucht auch zwei Seiten für einen strukturierten Prozess.

Jetzt ist dieser Gesprächsfaden mittlerweile wieder aufgenommen worden, nicht nur durch ein Treffen mit dem Bürgermeister, sondern auch auf Arbeitsebene, unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern meines Ressorts. Es ist erkennbar, dass die Investoren erwägen, einen größeren Teil der Bestandsimmobilien, also nicht nur den denkmalgeschützten Bereich zu erhalten und nachzunutzen sowie andere Bestandteile abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Es wird also nicht mehr alles abgerissen. Der denkmalgeschützte Bau war ja sowieso immer in der Erhaltung, und es sollen jetzt auch weitere Gebäudeteile erhalten bleiben. Da es sich aber bisher nur um vage Vorerklärungen handelt, haben wir die Bitte um Vertraulichkeit für diese Phase auch respektiert. Dabei kann ich Ihnen von der CDU-Fraktion durchaus zustimmen, dass sich ein neues Konzept möglichst eng an den Ergebnissen des städtebaulichen Werkstattverfahrens anlehnen sollte, aber es gibt nun einmal keinen Anspruch der Stadt auf Umsetzung des ausgewählten Konzepts. Dies sollte ja erst noch Grundlage des neuen Bebauungsplans und weiterer Architekturwettbewerbe werden, die dann mit einem Vertrag flankiert werden müssen.

Vor diesem Hintergrund bleibt für die Stadt zu akzeptieren, dass die Investoren neu nachdenken und dabei möglicherweise auch Teile des Bestands nachnutzen wollen. Ich räume gern ein, dass die Bestandssituation städtebaulich derzeit eher unbefriedigend ist und ich mir daher auch einen hohen Neubauanteil mit Chancen für eine bessere Einbindung in die Stadträume wünsche. Ich freue mich allerdings auch, wenn Teile des Gebäudes bestehen bleiben, allein schon vor dem Hintergrund der grauen Energie. Auch da ist es, glaube ich, ein gesunder Mix, der am Ende ein gutes Ergebnis bringt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Da das Wettbewerbsergebnis von einem fast vollständigen Abriss und Neubau auf dem gesamten Areal ausgegangen ist, ergibt sich zwangsläufig, dass mit einem teilweisen Erhalt von Gebäuden das städtebauliche Konzept wesentlich modifiziert werden muss, und selbstverständlich kann es überhaupt keinen Zweifel geben, dass wir natürlich die zuständigen Gremien Beirat Mitte, die Bau- und die Wirtschaftsdeputation, aber auch die Stadtgesellschaft in diese Überlegungen mit einbinden.

Ich bleibe dabei, es ist gut, dass wir den Gesprächsfaden mit den Investoren wieder aufnehmen können, aber wir werden ganz sicher das Thema Bruttogeschossfläche – wie viel können wir für diesen

Standort als gesund für Wohnen und Arbeiten erachten? – neben anderen städtebaulichen Aspekten auch mit in das Zentrum der Diskussionen rücken müssen. Ich finde, die Bremerinnen und Bremer haben es verdient, dass dort, an dieser zentralen Stelle, am Ende auch etwas Gutes herauskommt. Das kann dann nicht nur daran hängen, was sich Verkäufer und Investor vorstellen, sondern unser Auftrag und auch Ihr Auftrag ist es vor allem, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, die dann am Ende auch eine große Akzeptanz für die Pläne mitbringen müssen. Das ist unser Auftrag, und der ist nicht leicht, meine Damen und Herren. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich eben überlegt, aber, Frau Dr. Schaefer, das, was Sie uns hier erzählen wollten, kann ich so nicht stehen lassen, weil dieser Senat – jetzt noch mit der LINKEN, aber auch der vorherige Senat – Wiederholungstäter ist! Es war schon 2015 so, dass Sie uns bis zur Bürgerschaftswahl erzählen wollten, im Himmel ist Jahrmarkt, und sich gewundert haben, dass wir nicht nach den Öffnungszeiten gefragt haben. Es ist jetzt wieder genauso bei dieser Wahl gewesen. Ich meine, Herr Libeskind ist in das Rathaus eingeladen worden, und dann hat er etwas präsentiert. Was hat Carsten Sieling denn gedacht, wir können ihn ja fragen! Das war „Jugend forscht“, oder das sind aber schöne Modelle? Was wollen Sie uns denn hier erzählen?

(Beifall CDU)

Sie wollen uns jetzt erzählen, dass die Investoren nicht ansatzweise gesagt haben, was sie wollten. Ich habe noch in Erinnerung, dass im April vor der Wahl diese Hochhäuser auch in der Zeitung abgebildet waren und es eine heiße Diskussion gab. Warum haben Sie es da nicht abgebrochen und gesagt, nein, das machen wir nicht mit, das ist Turbo-kapitalismus, das wollen wir nicht, unser Dorf soll schöner werden? Das hätten Sie doch alles machen können, aber Sie haben uns hier präsentiert, Carsten Sieling hat den Libeskind nach Bremen geholt, jetzt wird alles gut, und das werden hier blühende Landschaften!

(Beifall CDU)

Was wollen Sie uns jetzt erzählen? Das ist das, was mich verdammt noch einmal ärgert! Das ist im Grunde genommen das, was ich jetzt noch einmal herauslassen musste. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 7 vom 8. Mai 2020 (Drucksache [20/164 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petitionen S 20/22 und S 20/26 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Änderung des Namens der städtischen Deputation für Klima, Umweltschutz, Landwirtschaft und Tierschutz
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 12. Mai 2020
(Drucksache 20/165 S)**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG)
Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2020
(Drucksache 20/166 S)**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen einen schönen Abend und freue mich auf ein morgiges Wiedersehen mit Ihnen!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18:25 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfrage aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 12. Mai 2020

Anfrage 8: Möglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigungen in betreuten Wohnformen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Zeiten der Corona-Pandemie

Anfrage der Abgeordneten Pörschke, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Mai 2020

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat in Zeiten der Corona-Pandemie die Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Beeinträchtigungen, die in betreuten Wohnformen mit anderen Menschen zusammen in einer Gruppe leben, vor dem Hintergrund, dass es einem Teil von ihnen voraussichtlich noch lange nicht möglich sein wird, ihrer regulären Beschäftigung, in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder auf dem ersten Arbeitsmarkt, nachzugehen?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat für diesen Personenkreis, dass die jetzigen Arbeitgeber wie zum Beispiel die Werkstatt Bremen ihren Beschäftigten zeitlich und fachlich individualisierte Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, die dem Schutz, aber auch dem Teilhabege danken Rechnung tragen und die über pauschale Angebote wie Telefonkontakte und das zur Verfügung stellen von Beschäftigungsmaterialien hinaus gehen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat für diesen Personenkreis, zum Beispiel über Heimarbeit, bei der aufsuchende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Menschen an bestimmten Tagen in der Woche in der eigenen Häuslichkeit aufsuchen und sie „vor Ort“ bei der Wiederaufnahme einer Beschäftigung begleiten und unterstützen, oder über andere Arbeiten, die mehr Schutzmöglichkeiten für sie bieten, zum Beispiel Gartenarbeit, die Teilhabe am Arbeitsleben in nächster Zeit sicherzustellen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Auch in Zeiten der Corona-Pandemie gibt es für Menschen mit Beeinträchtigungen, die in betreuten Wohnformen leben, die Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsleben. Die

Teilhabemöglichkeiten sind aber aufgrund des verfügbaren Betretungsverbot durch die Corona-Verordnung eingeschränkt und können derzeit nur in einer anderen Form angeboten werden.

Hervorzuheben ist, dass die Arbeit auf allen ausgelagerten Arbeitsplätzen auch während des Betretungsverbotes möglich ist. Nach einer individuellen Gefährdungsbeurteilung unter Mitwirkung der Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes, der Werkstatt und den Beschäftigten, kann hier weiterhin gearbeitet werden. Zudem gibt es während des Betretungsverbotes Notbetreuungen und Ausnahmen zur Beschäftigung in betriebsrelevanten Bereichen. Diese werden in Abstimmung mit der zuständigen Fachabteilung nun zunehmend ausgebaut.

Da die meisten Menschen mit Beeinträchtigungen in den Besonderen Wohnformen aber dennoch nicht wie gewohnt arbeiten können und ihre Kolleginnen/Kollegen nicht persönlich sehen, verpflichtet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport die Werkstätten zur alternativen Leistungserbringung. Die Werkstätten haben während der Schließung ihre personellen und kommunikationstechnischen Ressourcen für eine bestmögliche alternative Form der Teilhabe am Arbeitsleben, der beruflichen und persönlichen Bildung, der Gestaltung einer Tagesstruktur sowie der Übergangsförderung in den besonderen Wohnformen einzusetzen.

Zu Frage 2: Die Werkstätten bieten den Beschäftigten zeitlich und fachlich individualisierte Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die über Telefonkontakte und der Zurverfügungstellung von Beschäftigungsmaterialien hinausgehen. Diesbezügliche Möglichkeiten liegen aufgrund der Rahmenbedingungen während des Betretungsverbotes schwerpunktmäßig im Bereich der sozialemotionalen Unterstützung. Anstelle einer konkreten Beschäftigung erfolgt durch die Fachkräfte eher die Aufrechterhaltung des Bezugs zur Arbeit für die Beschäftigten.

Die alternative Form der Leistungserbringung sollte nicht unterbewertet werden. Die Fachkräfte der Werkstätten leisten neben dem telefonischen Kontakt auch sehr individuelle Unterstützung per Videoberatung, um bei Krisen zu intervenieren sowie Vereinsamung und psychischen Krisen vorzubeugen. Unter Einhaltung der

Hygiene- und Abstandsregelungen finden Übergangsweise Treffen mit Einzelnen zum Spaziergang und zur Beratung oder aufsuchende Hilfestellungen bei den Beschäftigten zu Hause statt. Regelmäßig werden Tipps zur Beschäftigung, Bildung und Freizeitgestaltung per Post oder digital zugesandt. Diese Art der Kommunikation erfolgt in Abstimmung mit den Trägern der besonderen Wohnformen.

Im Bereich der Bildung der Beschäftigten ist nach wie vor die Vermittlung von Inhalten zur Förderung der Fach-, Methoden-, Sozial- sowie Individualkompetenzen wichtig. Im Fokus steht hierbei die personenzentrierte Orientierung der Beschäftigten. Gemeinsam mit den Beschäftigten werden individuelle Ziele vereinbart. Diese entsprechen weitgehend denen, die im vorherigen Verlauf der Förderungen erarbeitet wurden, können aber situationsbedingt angepasst oder auch ausgesetzt werden, wenn andere Themen im Vordergrund stehen. Für jeden Beschäftigten, auch für die, die in betreuten Wohnformen leben, werden so individuelle Angebote gemacht.

Zu Frage 3: Heimarbeit wird seitens der Senatorin aufgrund der rechtlichen Vorgaben zum Arbeitsschutz, zu Hygiene und Ergonomie sowie

der aufwändigen organisatorischen Umsetzung eher kritisch gesehen. Die derzeit bestehenden Arbeitsmöglichkeiten und Einsatzbereiche in der Produktion und Dienstleistung der Werkstätten im Land Bremen sind kaum auf die eigene Häuslichkeit übertragbar. Die maschinellen Vorrichtungen und Anlagen können nicht aus der WfbM in den Wohnraum verlagert werden. Die Teeverpackung oder Herstellung von Konfitüre beziehungsweise die Holzbearbeitung als Heimarbeitsplatz in den eigenen Wohnraum zu verlagern, würde gegen die hygienischen Standards und die Vorgaben zum Arbeitsschutz verstoßen.

Zudem lässt sich die einzelbezogene Begleitung durch die Fachkräfte vor Ort auf dem Heimarbeitsplatz personell nicht darstellen. Die Teilhabe am Arbeitsleben im Arbeitsbereich ist nach den rechtlichen Vorgaben des SGB IX und der Werkstättenverordnung eine gruppenbezogene Leistung. Die Arbeit in Außengruppen im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus findet saisonbedingt ohnehin statt. Dieser Bereich ist gerade systemrelevant und muss von den Werkstätten für die Auftraggeber bedient werden.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft der 11. Sitzung nach interfraktioneller Absprache
beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
9.	Geschäftsbericht, Haushaltsrechnung und Abschlussbericht Produktgruppencontrolling des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2017 Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drucksache 19/895 S)	Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 LHO in Verbindung mit § 118 Absatz 1 LHO Entlastung für das Haushaltsjahr 2017. Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
10.	Jahresbericht 2019 – Stadt – nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO) Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 7. März 2019 (Drucksache 19/940 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Rechnungshofes der Freien Hansestadt Bremen Kenntnis.
11.	Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2017 (Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018 (Drs. 19/895 S) und Jahresbericht 2019 - Stadt - des Rechnungshofs vom 7. März 2019 (Drs. 19/940 S) Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses vom 30.03.2020 (Drucksache 20/150 S)	Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei und nimmt im Übrigen den Bericht der Kenntnis.
12.	Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen für das Jahr 2019 Mitteilung des Senats vom 31.03.2020 (Drucksache 20/152 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht Kenntnis.
14.	Ortsgesetz über die Aufhebung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Borgfeld“ vom 3. Juni 1996 Mitteilung des Senats vom 28.04.2020 (Drucksache 20/159 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
15.	Bebauungsplan 2391 für ein Gebiet in Bremen-Schwachhausen zwischen Schwachhauser Heerstraße und Scharnhorststraße, südlich der Tettenbornstraße (Bearbeitungsstand: 17.07.2017) Mitteilung des Senats vom 05.05.2020 (Drucksache 20/161 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2391.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
16.	Bebauungsplan 2504 für ein Gebiet in Bremen - Neustadt / Alte Neustadt zwischen Langemarckstraße, Grünenstraße, Häschenstraße und der Straße Am Deich (Bearbeitungsstand: 02.03.2020) Mitteilung des Senats vom 05.05.2020 (Drucksache 20/162 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2504.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft